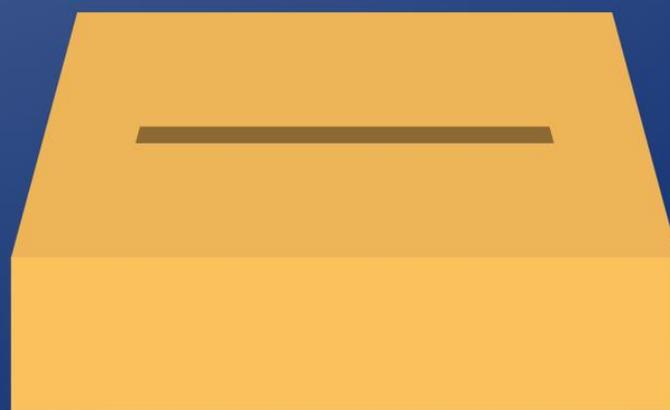
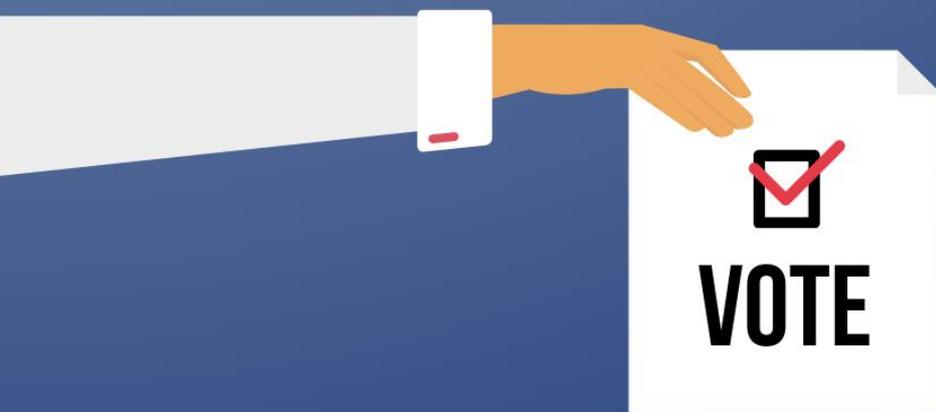


JUNGER

DBSH

DBSH

WAHLPRÜFSTEINE
SOZIALE ARBEIT
KOMMUNALWAHL
NRW 2025



Kommunalwahlen in NRW

Wir haben als DBSH Wahlprüfsteine zur Sozialen Arbeit an einige Kommunen in NRW gestellt. Gefragt wurden jeweils die demokratischen Parteien, welche Stand August 2025 eine realistische Chance auf Plätze in den jeweiligen Stadtrat haben. Nicht von allen Parteien haben wir Antworten erhalten. Eine detaillierte Übersicht über die Fragen findest Du auf der ersten Seite.

Inhalt

Fragen Übersicht.....	4
Aachen	5
CDU Aachen	5
FDP Aachen.....	7
SPD Aachen.....	8
Bielefeld	10
CDU Bielefeld	10
Grüne Bielefeld	12
SPD Bielefeld	14
Bochum.....	16
SPD Bochum	16
Dortmund.....	17
CDU Dortmund	17
Grüne Dortmund.....	20
Linke Dortmund.....	23
SPD Dortmund	25
Linke Dortmund	27
Düsseldorf	29
CDU Düsseldorf.....	29
Grüne Düsseldorf	32
FDP Düsseldorf	34
SPD Düsseldorf	37
Linke Düsseldorf	40
Essen	44
Freie Wähler Essen.....	44
	2

SPD Essen.....	45
Köln	48
FDP Köln.....	48
Grüne Köln	50
SPD-Köln	52
Leverkusen.....	54
Grüne Leverkusen.....	54
Linke Leverkusen	56
FDP Leverkusen	58
Mönchengladbach	61
Grüne Mönchengladbach	61
SPD Mönchengladbach	63
Münster	65
CDU Münster	65
ÖDP Münster	67
SPD Münster.....	70
Volt Münster	71
Grüne Münster	73
Paderborn	75
Linke Paderborn	75
SPD Paderborn.....	76

Fragen Übersicht

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Laut Landesstatistik fehlen in NRW ausreichend Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. in Frauenhäusern oder Krisenzentren). Was werden Sie unternehmen, um die Zahl der Schutzplätze zu erhöhen und gleichzeitig eine gesicherte Finanzierung und Planungssicherheit sicherzustellen?

2. Fachkräftemangel und Sparmaßnahmen in der Sozialen Arbeit – Strategie trotz Haushaltsengpässen

Die Soziale Arbeit und damit auch die soziale Infrastruktur steht unter Druck: Überall wird in den kommunalen Haushalten v.a. bei Trägern und Maßnahmen der Sozialen Arbeit gespart. Wie planen Sie

a.) ausreichend Personal für die Soziale Arbeit zu gewinnen und zu halten? Gibt es eine Strategie trotz Haushaltsengpässen die Soziale Infrastruktur nicht zu gefährden?

b.) die langfristigen Folgen von solchen Sparmaßnahmen abzufedern? Werden z.B. wie bereits in NRW mehrfach passiert, Einrichtungen der Migrationsberatung etc. geschlossen, führt dies auf lange Sicht nur zu noch mehr Hilfebedarf der betroffenen Personen.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder zu sichern (z. B. über Bauleitplanung, kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Mietpreisbindungen in Neubauten) und Unterstützung für wohnungslose Personen zu verbessern?

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Gibt es aktuelle oder geplante Änderungen bei den kommunalen Richtwerten für angemessene Unterkunftskosten im Rahmen von SGB II/SGB XII? Diese passen, wie vielerorts nicht zu den durchschnittlichen qm Preisen, womit es betroffenen Personen unmöglich ist angemessenen Wohnraum zu finden.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Welche Maßnahmen sind, geplant, um die kommunale Sozial- und Jugendhilfe personell und finanziell zu stärken?

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wie möchten Sie auf kommunaler Ebene dafür sorgen, dass studienintegrierte Pflichtpraktika in der Sozialen Arbeit vergütet werden? Auch im Sinne der Fachkräftebindung und des Fachkräftemangels?

Aachen

CDU Aachen

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir setzen uns für den Ausbau und die verlässliche Finanzierung von Schutzangeboten für Frauen in akuten Gefährdungssituationen ein. In enger Zusammenarbeit mit freien Trägern und der Städteregion wollen wir prüfen, wie bestehende Einrichtungen gestärkt und bedarfsgerecht erweitert werden können – zum Beispiel durch zusätzliche Räume oder neue Formen dezentraler Schutzunterkünfte. Ziel ist ein Hilfesystem, das kurzfristig Schutz bietet und langfristig Stabilität ermöglicht. Die Stadt kann hier insbesondere durch Bereitstellung geeigneter Immobilien, Koordination der Akteure und gesicherte Zuschüsse wirksam werden.

2a. Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit – Strategie trotz Haushaltsengpässen

Um die soziale Infrastruktur in Aachen zukunftsfest zu machen, müssen Fachkräfte für Soziale Arbeit dauerhaft gewonnen und gehalten werden. Wir setzen uns deshalb für attraktive Rahmenbedingungen in städtischen Einrichtungen ein – mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Entlastung durch digitale Prozesse und klaren Entwicklungsperspektiven. Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir zudem duale und praxisintegrierte Studiengänge fördern und gezielt für den Einsatz in der Stadtverwaltung sowie bei Trägern vor Ort werben. Unser Ziel ist es, Aachen als verlässliche Arbeitgeberin im sozialen Bereich zu positionieren.

2b. Folgen von Sparmaßnahmen – soziale Infrastruktur sichern

Die soziale Infrastruktur ist für uns keine freiwillige Aufgabe, sondern eine tragende Säule des städtischen Zusammenhalts. Wir setzen uns dafür ein, bewährte Angebote langfristig abzusichern – insbesondere in der Jugendhilfe, in der Integrationsarbeit und in der Migrationsberatung. Dazu streben wir verlässliche, mehrjährige Vereinbarungen mit freien Trägern an und fördern quartiersbezogene Ansätze, die Hilfe nah an den Menschen ermöglichen. In besonders belasteten Stadtteilen sollen niedrigschwellige Angebote ausgebaut und über kommunale Budgets gezielt gestärkt werden. Sparmaßnahmen dürfen nicht zu höheren Folgekosten bei Wohnungslosigkeit, Jugendhilfe oder Integration führen.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum, indem wir städtische Grundstücke gezielt in die kommunale Wohnungsbaugesellschaft *GEWOG* einbringen. Diese entwickelt neue, dauerhaft mietpreisgebundene Wohnungen – insbesondere für Familien, Alleinerziehende, Ältere und Menschen mit niedrigem Einkommen. Das erste Neubauprojekt wird unmittelbar nach der Wahl starten.

Für wohnungslose Menschen setzen wir auf einen Paradigmenwechsel: Die Aachener CDU hat sich bereits frühzeitig für die Einführung von *Housing First* in Aachen eingesetzt – das Konzept wurde auf unseren Antrag hin erarbeitet und wird derzeit in einem Modellprojekt praktisch erprobt. Ziel ist es, Menschen ohne Obdach unmittelbar in eigene Wohnungen zu bringen – ohne Vorbedingungen – und sie dort durch begleitende Hilfen zu stabilisieren. Dieses Konzept wollen wir nach erfolgreicher Evaluation verstetigen und ausbauen. Ergänzend stärken wir das bestehende Hilfesystem durch zusätzliche Übergangswohnungen, sozialpädagogische Begleitung und niedrigschwellige Unterstützungsangebote in den Stadtteilen.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die Angemessenheitsgrenzen für Unterkunftskosten werden durch die Städteregion Aachen festgelegt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese wie bislang auch regelmäßig überprüft und an die realen Mietpreise angepasst werden. Denn nur so kann verhindert werden, dass Menschen in Grundsicherung aus ihrem gewohnten Wohnumfeld verdrängt werden oder keine Wohnung mehr finden. Unser Oberbürgermeisterkandidat Dr. Michael Ziemons bringt hier als Sozialdezernent der Städteregion direkte Erfahrung mit – und steht für eine sozial gerechte Ausgestaltung der Richtwerte, die den tatsächlichen Bedarf der Menschen im Blick behält.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Wir wollen die Jugendhilfe in Aachen personell und strukturell stärken. Dazu gehört die Schaffung zusätzlicher Fachstellen – insbesondere in multiprofessionellen Teams –, der Ausbau mobiler Hilfsangebote und die bessere Verzahnung mit Kitas, Schulen und Trägern vor Ort. Außerschulische Lernorte, sozialpädagogische Unterstützung in den Quartieren und präventive Angebote sollen gezielt gefördert werden. Die CDU Aachen setzt sich für langfristige Planungssicherheit, stabile Finanzierung und eine sozialräumliche Steuerung ein, die besonders belastete Stadtteile gezielt unterstützt.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wir befürworten die Einführung einer Praktikumsvergütung für Studierende der Sozialen Arbeit. Gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel halten wir es für sinnvoll, Praxisphasen auch finanziell anzuerkennen. Wir setzen uns dafür ein, dass städtische Einrichtungen künftig eine monatliche Vergütung für Pflichtpraktika vorsehen. Zudem wollen wir prüfen, wie auch freie Träger

bei der Einführung vergüteter Praktikumsplätze unterstützt werden können – etwa über einen kommunalen Refinanzierungszuschuss. Damit stärken wir nicht nur die soziale Arbeit, sondern senden auch ein klares Signal der Wertschätzung an die nächste Generation von Fachkräften.

FDP Aachen

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Der Mangel an ausreichenden Schutzplätzen für Frauen z. B. in Frauenhäusern beunruhigt uns. Wegen des sachlichen Mangels mit bisweilen gefährlichen Folgen für die Betroffenen. Aber auch wegen dem, was der Bedarf für diese Plätze über die Lage unserer Gesellschaft aussagt. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Planung, welche die internationalen Verpflichtungen (z. B. Istanbul Konvention) erfüllt, auf Landesebene und in Aachen ein. Die notwendige Finanzierung muss sichergestellt sein.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Soziale Pflichtaufgaben haben zurecht Priorität, für sie ist aber auch ausreichend Finanzkraft in den kommunalen Haushalten, die eher aufgrund zahlloser freiwilliger Ausgaben aus der Bahn geworfen wurden.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Dort, wo die Notwendigkeit die öffentliche Hand nicht zur Bereitstellung eines Angebotes verpflichtet, wollen wir das bürgerschaftliche Engagement stärken und befähigen, die Kraft für privat finanzierte Beratungsstellen aufzubringen.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wohnungslosigkeit ist ein Problem für die Betroffenen, aber auch nicht nur sie. Wir unterstützen daher das „Housing-First“-Konzept. Klar ist aber auch, dass wir viel mehr – bezahlbaren – Wohnraum benötigen. Der weit größte Treiber der Wohnkosten ist der Staat. Durch Absenkung der Regulierungsdichte vor Ort (Detailtiefe von Bebauungsplänen, kommunale Bauvorschriften) als auch überörtlich (landes- und bundesrechtliche Bauvorschriften) sowie eine weitaus größere Flächenausweisung kann der Baupreis, der sich im Mietpreis widerspiegelt, zügig und deutlich für alle gesenkt werden.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Wir setzen uns für faire Richtwerte bei den Unterkunftskosten im Rahmen von SGB II und XII ein, fair für die Bezieher und fair für die Solidargemeinschaft. Daher wollen wir sie an die Entwicklung des Mietspiegels (unter Berücksichtigung der Ausstattungsqualität und einer Begrenzung der Spannenbreite) koppeln. Wir setzen uns überörtlich für eine stärkere Pauschalierung ein.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Wir wollen die kommunale Sozial- und Jugendhilfe bedarfsgerecht mit Blick auf die Notwendigkeiten finanziell langfristig sichern und auskömmlich ausstatten.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wir setzen uns dafür ein, dass Pflichtpraktika fair vergütet werden. Einer kommunalen Regelung in Aachen stehen wir offen gegenüber. Das gilt für die der sozialen Arbeit wie auch dem praktischen Jahr im Medizinstudium.

SPD Aachen

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Die Federführung beim Thema Frauenhäusern liegt nicht bei der Stadt Aachen, sondern bei der StädteRegion. Daher hat der Rat der Stadt nur begrenzt Einfluss auf die Zahl der Plätze in Frauenhäusern. Mit Blick auf Zahl und Intensität von Gewalt gegen Frauen, auch und insbesondere im häuslichen Umfeld, unterstützen wir die Forderung nach einer ausreichenden Zahl von Schutzplätzen in NRW ausdrücklich. Auch die StädteRegion Aachen muss hierzu ihren Beitrag leisten. Wir werden die dafür zuständigen Stellen der Städteregion entsprechend adressieren und Druck aufbauen.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

ausreichend Personal für die Soziale Arbeit zu gewinnen und zu halten? Gibt es eine Strategie trotz Haushaltsengpässen die Soziale Infrastruktur nicht zu gefährden?

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

die langfristigen Folgen von solchen Sparmaßnahmen abzufedern? Werden z.B. wie bereits in NRW mehrfach passiert, Einrichtungen der Migrationsberatung etc. geschlossen, führt dies auf lange Sicht nur zu noch mehr Hilfebedarf der betroffenen Personen.

Die soziale Infrastruktur ist entscheidend für den sozialen Frieden in der Stadt und existentiell

wichtig für Betroffene, die Hilfe und Unterstützung suchen. Wir planen keinerlei Kürzungen im sozialen Bereich und setzen uns für eine Finanzierungssystematik ein, bei der die Zuschüsse der Stadt Aachen an freie Träger nicht jedes Jahr neu verhandelt werden muss, sondern dynamisch steigt. Nur wenn Sozialarbeiter_innen fair und angemessenen bezahlt werden, können wir sie für die Arbeit bei Stadt und freien Trägern gewinnen und halten. Ein Entsprechender Ratsantrag ist bereits in Bearbeitung durch die Verwaltung.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wohnen ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit. Menschen, die unsere Senioren pflegen, unsere Kinder betreuen und unsere Straßen sauber halten, können sich unsere Stadt nicht mehr leisten. Deshalb planen wir, die gewogen zu stärken und zusätzlich eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Diese benötigen wir für kleinere Bau- und Sanierungsvorhaben. Nachverdichtung und die Priorisierung von Bebauungsplänen mit Wohnraum sind ebenso erforderlich. Der „Bauturbo“ muss in Aachen zünden – für Familien, Studierende, Ältere. Wir brauchen Wohnungen in allen Preissegmenten, denn es kann nicht sein, dass Menschen aus ihren Quartieren verdrängt werden. Im Bereich der Wohnungslosenhilfe haben wir in der vergangenen Ratsperiode das Projekt „Housing first“ auf den Weg gebracht, das nun mit Leben gefüllt werden muss. Für Auszubildende verweisen wir auf das in Gründung befindliche Azubiwerk, das in Aachen von der SPD initiiert wurde.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Aktuell liegen die vom Jobcenter als angemessen angenommenen Mieten für einen 1-Personen-Haushalt bei 512,00€, bei einem 4-Personen-Haushalt bei 851,20€. Die Grenzwerte werden nach gesetzlichen Regelungen regelmäßig angepasst. Insbesondere die Menschen, die sich nur geringe Mieten leisten können, sind vom Verdrängungswettbewerb auf dem Wohnungsmarkt betroffen, der die Mieten weiter in die Höhe treibt. Es ist daher eine der größten und wichtigsten Herausforderungen, vor der wir stehen, unter anderem mit den unter Frage 3 genannten Instrumenten für Entlastung zu sorgen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Die kommunale Sozial- und Jugendhilfe hat eine hohe Bedeutung für den Zusammenhalt in unserer Stadt und ist für viele Familien, insbesondere Kinder, eine unverzichtbare Stütze. Wie in allen Bereichen, stehen wir auch hier zunehmend vor einem Fachkräftemangel. Die Stadt muss daher als Arbeitgeberin attraktiv sein und sich mit innovativen Konzepten um gute Fachkräfte bemühen. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderungen der Gewerkschaften im Rahmen der Tarifverhandlungen nach fairem Lohn für gute Arbeit. Um freie Träger finanziell langfristig stark aufzustellen, haben wir eine Finanzierungssystematik beantragt, die dynamisch anhand der Tarifabschlüsse und Kostenindex steigt und somit nicht jedes Jahr neu verhandelt werden muss.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Auch im Sinne der Fachkräftebindung und des Fachkräftemangels? (Studierende der Sozialen

Arbeit arbeiten Vollzeit bis zu 8 Monaten während des Studiums. Eine Vergütung ist keine Pflicht – kann aber durch kommunale Beschlüsse unterstützt werden. So haben andere Kommunen z.B. eine Vergütung der kommunalen Stellen beschlossen oder einen Refinanzierungszuschuss für freie Träger in der jeweiligen Kommune, damit diese Praktika vergüten können. Es gibt hier Handlungsmöglichkeiten abseits der Bundesebene, auf welche die Kommunen zurückgreifen können. Mehr Informationen zur fehlenden Vergütung im Studium der Sozialen Arbeit finden Sie hier: <https://praktikum.junger-dbsh.de>

Wir unterstützen die Forderung, dass auch Pflichtpraktika vergütet werden sollten. Insbesondere für Studierende, die ihr Studium durch Nebenjobs selbst finanzieren, ist ein über mehrere Monate dauerndes Vollzeitpraktikum ohne Vergütung kaum finanzierbar. Für die Stadt Aachen haben wir daher im vergangenen auf unseren Antrag hin beschlossen, Pflichtpraktika bei der Stadt Aachen zukünftig zu vergüten.

Bielefeld

CDU Bielefeld

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Der Schutz von Frauen vor Gewalt, Vernachlässigung und Missbrauch hat für uns höchste Priorität. Der konsequente Ausbau von Schutzräumen, Frauenhäusern und niedrigschwelligen Beratungsangeboten ist dringend notwendig, um jederzeit verlässlich Hilfe zu leisten.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Die Gewinnung und Bindung von Fachkräften in der Sozialen Arbeit ist ein wichtiges Anliegen für uns. Ein wichtiger Schritt ist die gezielte Nachwuchswerbung, unter anderem über soziale Medien, eine Maßnahme, die wir als CDU in den letzten Jahren aktiv unterstützt haben. Zusätzlich wurden unter anderem im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung neue Ausbildungsplätze geschaffen.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Angesichts der angespannten Haushaltslage ist es unumgänglich, Angebote und Maßnahmen entsprechend anzupassen. Die Streichung von Angeboten und Maßnahmen gilt es dabei möglichst zu verhindern.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Eine soziale Stadt braucht Wohnraum für alle Lebenslagen. Wir möchten bezahlbares Wohnen für junge Menschen, Familien, Senioren und Menschen mit Behinderung gleichermaßen sicherstellen. Dafür setzen wir auf eine Vielzahl von Maßnahmen: Wir unterstützen den barrierefreien Umbau bestehender Wohngebäude, fördern den Ausbau von Mehrgenerationen-Wohnprojekten und stärken bewährte Konzepte wie das „Bielefelder Modell“. Außerdem setzen wir uns für die gezielte Förderung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende ein (Azubi-Wohnheim). Die Ausweisung neuer Baugebiete, die Entbürokratisierung des Wohnungsbaus sowie intelligente Lösungen wie Nachverdichtung, Hinterhofbebauung und Aufstockung bestehender Gebäude tragen dazu bei, den dringend benötigten Wohnraum effizient und nachhaltig zu schaffen. Die BGW (kommunale Wohnungsbaugesellschaft) ist ein verlässlicher Partner auf dem städtischen Wohnungsmarkt. Sie steht für bezahlbares, qualitätsvolles und sozial ausgewogenes Bauen. Wir wollen die BGW weiter stärken und ihre Rolle beim Ausbau des Wohnraums in allen Stadtteilen stärken. Nur durch eine enge Zusammenarbeit von Stadt, kommunalen Unternehmen und privaten Investoren können wir der Wohnraumnachfrage gerecht werden und die soziale Balance in Bielefeld erhalten.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Wir sehen momentan keinen Grund, die aktuellen Richtwerte anzupassen. Die letzte Anpassung wurde auch erst vor einem Jahr vorgenommen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Es braucht eine kommunale Sozial- und Jugendhilfe, die sich konsequent an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert. Wir wollen, dass Unterstützung gezielt wirkt. Deshalb setzen wir uns für eine stärkere Steuerung und Kontrolle bei der Mittelvergabe ein. Dabei geht es um kluge Prioritätensetzung. Wir wollen eine soziale Infrastruktur fördern, die nah an den Menschen ist, die flexibel auf Veränderungen reagieren kann und die vorhandenen Hilfsangebote besser miteinander vernetzt.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Studienintegrierte Pflichtpraktika in der Sozialen Arbeit bei der Stadt Bielefeld werden bereits nach Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Praktikanten vergütet.

Grüne Bielefeld

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir sichern über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen die Förderung der Frauenberatung und Frauenhäuser weiter ab. Ab 2026 werden wir trotz knapper Kassen die Förderung für die Frauenberatung erweitern, damit der gewachsenen Bedarfslage entgegengewirkt werden kann. In Bielefeld haben wir bereits zwei Frauenhäuser, die tolle Arbeit machen und sich in besonderer Weise für die Frauen/Familien engagieren. Wir sind weiterhin davon abhängig, dass das Land seinen finanziellen Versprechungen zu den Frauenhausplätzen nachkommt.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Mit unseren Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sichern wir immer für drei Jahre das soziale Netz mit umfangreichen Beratungs- und Unterstützungsangeboten ab. Für die nächste Laufzeit ab 2026 konnten wir gerade das Volumen der Förderung um Tarif- und Sachkostensteigerungen erweitern. Wir konnten sogar in kleinerem Umfang neue Angebote aufnehmen und die o.g. Frauenberatung ausbauen. Dennoch wird es in begrenztem Umfang auch Leistungseinschränkungen geben, da wir den Trägern erstmalig eine Regiekostenfinanzierung ermöglichen werden. Mögliche Kürzungen von Bund, Land oder LWL können wir jedoch als Kommune nicht in gleicher Weise kompensieren.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Die Stadt Bielefeld versucht in Kooperation mit der Fachhochschule der Diakonie gem. GmbH Fachkräfte für das Jugendamt im Rahmen eines dualen Studiengangs soziale Arbeit zu fördern und für die Arbeit im Jugendamt zu gewinnen. Ebenso investiert die Stadt Bielefeld in die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und PIA Kinderpflege.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Den Bestand an Sozialwohnungen wollen wir mindestens erhalten, was uns in den vergangenen Jahren im Gegensatz zu vielen anderen Städten auch gelungen ist. Ein Instrument dafür ist unsere Vorgabe von 33% öffentlich geförderten Wohnungen für Neubaugebiete, die bereits umgesetzt wird und die wir erhalten wollen. Zusätzlich befürworten wir, dass die Bielefelder Gesellschaft für Wohnen und Immobiliendienstleistungen (BGW) diese Quote für Ihre Bauvorhaben weiterhin bei 50% hält. Auch für die Verlängerung und den Ankauf von Belegungsbindungen für Sozialwohnungen und setzen wir uns bei der BGW und darüber hinaus ein, zudem möchten wir die Fördermöglichkeiten des Landes hierfür bekannter machen.

Grundsätzlich möchten wir zudem langfristig für bezahlbare Mieten sorgen, indem Gesellschaften, die für solche Mieten sorgen, bevorzugt und gefördert werden. In aller Regel handelt es sich dabei um die BGW und Genossenschaften. Ein Mittel ist die bevorzugte Vergabe was bedeutet, dass Grundstücke nicht nach dem Höchstpreis und damit vergünstigt vergeben werden. Eine solche Möglichkeit der bevorzugten Vergabe von Grundstücken an den genossenschaftlichen Wohnungssektor haben wir im Rahmen der Bielefelder Baulandstrategie festgeschrieben. Generell befürworten wir den genossenschaftlichen Wohnungsbau und möchten wie beim Wohnbauprojekt

auf dem Schildescher Marktplatz das genossenschaftliche Wohnen weiter ausbauen. Für den kommunalen Wohnungsbau stärken wir die BGW als städtische Gesellschaft durch eine Kapitalerhöhung und einen Verzicht auf die Gewinnabführung, was zu mehr städtische Wohnungen führt. Konkret wollen wir die ehemaligen Kasernenflächen an die BGW und Wohnungsbaugenossenschaften vergeben, um dort für langfristig bezahlbare Mieten zu sorgen. Grundsätzlich wird der Druck auf den Wohnungsmarkt aber auch gesenkt, indem passender neuer Wohnraum geschaffen und bestehender Wohnraum besser genutzt werden. In den letzten zehn Jahren sind in Bielefeld rund 9.000 Wohnungen gebaut worden, der Bau weiterer 2.400 Wohnungen ist geplant und genehmigt. Die Wohnfläche pro Person ist jedoch weiter gestiegen, es gibt eine steigende Anzahl von Ein-Personen-Haushalten. Gleichzeitig stehen laut Zensus-Daten mehr als 3.000 Wohnungen längerfristig leer, zusätzlich wird Wohnraum vermehrt in Ferienwohnungen umgewandelt. Auch deshalb bleibt es schwer, insbesondere kleine Ein-Personen-Wohnungen und Wohnungen für Familien mit einer günstigen Miete zu finden. Der Neubau auf der grünen Wiese ist ökologisch schädlich, hat negative Auswirkungen auf die im Hinblick auf die Klimaanpassung wichtigen Kaltluftleitbahnen und -entstehungsgebiete, zerstört landwirtschaftliche und Erholungsflächen und ist bei den stark angestiegenen Baukosten nicht geeignet, um diese Probleme zu lösen. Deshalb ist neben dem gezielten Wohnungsbau eine bessere Nutzung von Wohnraum im Bestand nötig. Wir setzen deshalb auf Ansprache, Anreize, Werbung und Beratung für bauliche Aufteilung von Wohnraum, Dachgeschossausbau, Aufstockung, gemeinschaftliches Wohnen und Umzüge in kleinere Wohnungen. Der Zweckentfremdung von Wohnungen durch Leerstand und Umwandlung in Ferienwohnungen wollen wir per Satzung entgegenzutreten. Die Geschoszahl in der Wohnbebauung wollen wir, angepasst an die bauliche Umgebung, erhöhen. Bei neuen Bauprojekten, z. B. auf den ehemaligen Kasernenflächen sollen Neubauten mindestens vier Vollgeschosse haben. Die Möglichkeiten der Baulandstrategie wollen wir ausnutzen. Die Kommune soll ihr Vorkaufsrecht bei Neubau- und Brachflächen nutzen, um Spekulation zu vermeiden.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die Stadt Bielefeld folgt dem sogenannten „Schlüssigen Konzept zur Ermittlung von angemessenen Kosten der Unterkunft nach SGB II und XII für die Stadt Bielefeld“, wobei in den vergangenen Jahren die Richtwerte für die angemessenen Unterkunftskosten durchgängig gestiegen sind (https://anwendungen.bielefeld.de/bi/vo0050.as__kvonr=39732). Das schlüssige Konzept wird mindestens alle zwei Jahre überprüft und neue Werte für die Unterkunftskosten festgelegt. Wir verfolgen dieses Konzept weiter, weisen jedoch auch auf unsere Antwort 3. hin – das Beste ist es, langfristig für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

In der Jugendhilfe stehen wir weiterhin vor großen Herausforderungen, denen wir im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe jährlich begegnen (jährliche signifikante Steigerungen des kommunalen Etats). in Bielefeld haben wir ein neues Sleep Inn für Jugendliche geschaffen und werden nun eine separate Inobhutnahme Einrichtung schaffen.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

siehe oben zum dualen Studium

SPD Bielefeld

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

In Bielefeld beobachten wir – wie in ganz NRW – einen wachsenden Bedarf an Schutzplätzen für Frauen, Mädchen und queere Menschen, die von Gewalt betroffen sind. Besonders betroffen sind wohnungslose Frauen und Mädchen, oft auch mit Zuwanderungsgeschichte, sowie queere Menschen, die mehrfacher Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind. Wir wollen die vorhandene Infrastruktur nicht nur sichern, sondern gezielt ausbauen. Dazu gehört der Erhalt und die Stärkung der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen mit besonderem Fokus auf inklusive und mehrsprachige Angebote. Die Interventionsstelle Häusliche Gewalt wollen wir auf eine solide und langfristige finanzielle Grundlage stellen, um psychosoziale Unterstützung und juristische Begleitung dauerhaft zu gewährleisten. Wir sorgen außerdem für eine bessere Datengrundlage, um zielgerichtet auf die unterschiedlichen Ursachen von Wohnungslosigkeit und Gewalt eingehen zu können. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf jungen Frauen, Mädchen und queeren Menschen, die als Teil einer Familie Wohnungsverlust erlitten haben. Unser Ziel ist es, niemanden ohne Schutz und sichere Unterkunft zu lassen.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Die Arbeit von Sozialarbeiter*innen in Frauenberatungsstellen, Wohnungslosenhilfe, Suchthilfe und der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe ist unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um diese Berufe attraktiver zu machen und langfristig ausreichend Personal zu sichern, setzen wir auf faire Bezahlung, sichere Arbeitsplätze und die Stärkung der Tarifbindung bei der Stadt und ihren Beteiligungen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse wollen wir abbauen. Zudem fördern wir praxisorientierte Ausbildungsmöglichkeiten und Kooperationen mit Bildungsträgern, Hochschulen und Gewerkschaften. Haushaltsengpässe dürfen nicht zu Kürzungen bei der sozialen Infrastruktur führen. Deshalb setzen wir in der Haushaltsplanung Prioritäten, um zentrale soziale Angebote – über 200 bestehende Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen – zu sichern und auszubauen.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Wir wissen: Jeder Abbau sozialer Strukturen bedeutet langfristig höhere Folgekosten – sowohl finanziell als auch gesellschaftlich. Die Schließung von Einrichtungen wie Migrationsberatungsstellen führt dazu, dass Menschen weniger Unterstützung beim Ankommen und Integrieren erhalten, was langfristig zu mehr Hilfebedarf führt. Wir setzen daher auf eine Präventionsstrategie: Angebote werden erhalten, ausgebaut und so gestaltet, dass sie frühzeitig unterstützen, bevor Probleme eskalieren. Dazu gehört, bürokratische Hürden abzubauen, Kooperationen mit Trägern zu stärken und flexible Trägerbudgets einzuführen, damit Hilfen passgenau dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Bezahlbarer Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung für sozialen Frieden. Mit der Bielefelder Baulandstrategie haben wir ein Instrument geschaffen, das der Stadt wieder mehr Steuerungsmöglichkeiten über Bodenpreise und Bauprojekte gibt. Wir haben den Anteil geförderter Wohnungen in Neubauten von 25 auf 33 Prozent erhöht und streben mittelfristig 50 Prozent an. Die Bielefelder Gesellschaft für Wohnen (BGW) wird sich stärker im Neubau engagieren, energetische Sanierungen sozial abfedern und durch serielles Bauen Kosten und Planungszeiten senken. Wohnungsbaugenossenschaften sind für uns zentrale Partnerinnen, um auch alternative Wohnformen wie betreutes Wohnen, Mehrgenerationenhäuser, Azubiwohnheime und spezielle Wohnangebote für Alleinerziehende zu schaffen. Für wohnungslose Menschen gilt unser Grundsatz: Niemand soll auf der Straße schlafen müssen. Wir bauen eine neue Einrichtung, die besonders auf die Bedürfnisse obdachloser, suchtkranker Menschen eingeht, und setzen konsequent auf das „Housing First“-Prinzip, um Betroffenen dauerhaft eigenen Wohnraum zu verschaffen. Die Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft wird ausgebaut, um so schnell wie möglich nachhaltige Wohnlösungen zu schaffen.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Damit Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, nicht zusätzlich durch steigende Mieten belastet werden, passen wir die Übernahme der Kosten der Unterkunft regelmäßig an die tatsächlichen Mietpreise an. Ziel ist, dass Leistungsberechtigte realistische Chancen haben, angemessenen Wohnraum zu finden – ohne gezwungen zu sein, in überbezahlte oder unzumutbare Unterkünfte auszuweichen. Dabei arbeiten wir eng mit der Wohnungswirtschaft zusammen, um auch Bestandswohnungen im bezahlbaren Segment zu erhalten.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Die SPD Bielefeld will die Sozial- und Jugendhilfe personell und finanziell deutlich stärken. Wir setzen auf mehr Fachkräfte in der direkten Arbeit, einen Ausbau präventiver Angebote und eine langfristige Finanzierung wichtiger Projekte – etwa in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit oder der mobilen Sozialarbeit. Die Zusammenarbeit mit freien Trägern wollen wir durch weniger Bürokratie, digitale Verfahren und flexible Budgets verbessern, damit Ressourcen dort ankommen, wo sie gebraucht werden. So schaffen wir Planungssicherheit für Träger und Fachkräfte und stellen sicher, dass Hilfen kontinuierlich und verlässlich verfügbar sind.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Die SPD Bielefeld unterstützt die Vergütung studienintegrierter Pflichtpraktika ausdrücklich. Wir wollen kommunale Beschlüsse nutzen, um sicherzustellen, dass Studierende der Sozialen Arbeit in städtischen Einrichtungen eine faire Bezahlung erhalten. Für freie Träger werden wir ein Modell für Refinanzierungszuschüsse prüfen, damit auch dort Vergütungen möglich sind. Ziel ist es, angehende Fachkräfte während ihres Studiums finanziell zu entlasten, ihre Bindung an den Beruf zu stärken und dem Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit entgegenzuwirken. Damit senden wir ein

klares Signal: Wer in sozialen Berufen arbeitet, verdient Wertschätzung – auch schon in der Ausbildung.

Bochum

SPD Bochum

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Durch den Neubau eines Frauenhauses hat sich die Situation in Bochum verbessert. Gestützt von einem Team aus Sozialarbeiterinnen, Erzieherinnen und Hauswirtschafterinnen werden neben den allgemeinen Hilfestellungen auch Migrationsberatung, Schuldnerhilfe und Erziehungsberatung angeboten. Wir werden uns bei der Landesregierung für weitere Plätze als gesicherte Zufluchtsorte für Frauen und Kinder einsetzen.

2a und b) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen und Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Im Haushalt 2025 / 2026 der Stadt Bochum wurden auf Initiative der SPD erhebliche finanzielle Mittel in die Stärkung der lokalen sozialen Infrastruktur beschlossen. Gemeinsam mit den Trägern der Wohlfahrtspflege konnte das Angebot stabil gehalten werden. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Gewinnung von Mitarbeitenden im Sozialbereich. Hierfür wurde innerhalb der Bochum Strategie das Cluster "Gute soziale Arbeit" gebildet, dass sich mit der Nachwuchsgewinnung von Mitarbeitenden beschäftigt.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Mit dem "Handlungskonzept Wohnen" verfügt die Stadt Bochum über ein Rahmenprogramm zur Schaffung von 800 Wohneinheiten pro Jahr, davon 30 - 40 % öffentlich geförderte Wohnungen. Mit der Präventionskette gegen Obdachlosigkeit werden frühzeitig Hemmnisse von Menschen identifiziert, um Wohnungslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die Angemessenheit von Wohnraum in den Rechtskreisen SGB II, SGB XII und AsylbLG richtet sich nach dem schlüssigen Konzept, das auf Basis des Bochumer Mietspiegels erstellt wird. Anpassungen werden entsprechend der Teuerungsrate des Verbraucherpreisindex regelmäßig vorgenommen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Die kommunale Sozial- und Jugendhilfe sind in Bochum durch den Stellenplan konkretisiert und durch den Haushalt auskömmlich finanziert. Gemeinsam mit den Trägern der Wohlfahrtspflege sind stabile soziale Netze in der Stadt sichergestellt. Notwendige Maßnahmen, die sich durch Integration, Betreuung, soziale Hilfen etc. ergeben, werden situativ geregelt.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wir werden den Vorschlag aufnehmen und in unsere politische Arbeit integrieren.

Dortmund

CDU Dortmund

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Die CDU Dortmund sieht die Sicherheit von Frauen als oberste Priorität an und setzt konkrete, pragmatische Schritte um. Gemeinsam mit den Grünen hat die CDU eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention geschaffen – inklusive eines kommunalen Hilfsfonds mit 30.000 € für unvorhergesehene Unterstützungsleistungen in Fällen sexualisierter Gewalt. Seit 2020 kämpft die CDU Dortmund für ein Gutscheinmodell, das Frauen nachts sichere und günstige Heimfahrten per Taxi ermöglichen soll. Dieses Frauen-Nacht-Taxi wurde zum Jahresende 2024 endlich beschlossen. Das Frauen-Nacht-Taxi kann zwischen 22:00 und 6:00 Uhr genutzt werden. 18.750 Gutscheine können abgerufen werden.

Ebenfalls wurde auf unsere Initiative beschlossen, dem Frauenhaus Dortmund für das Jahr 2025 Mittel i.H.v. 42.000 Euro sowie für das Jahr 2026 Mittel i.H.v. 52.000€ zur Verfügung zu stellen. Die Gelder dienen der weiteren Förderung der Abenddienste und der Besetzung am Wochenende sowie der Förderung einer neu einzurichtenden hauswirtschaftlichen Stelle im Frauenhaus.

Die CDU Dortmund setzt sich konsequent für den Schutz von Frauen ein – durch stärkere Strukturen, praxistaugliche Mobilitätslösungen und finanzielle Mittel für dringend benötigte Hilfsangebote.

2a und b) Fachkräftemangel und Sparmaßnahmen in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

In den vergangenen zwei Jahren hat die CDU Dortmund wichtige Impulse gesetzt, um die soziale Infrastruktur unserer Stadt zu stärken. Mit dem Stabilisierungsfonds für freie Träger konnten Kitas, Jugendhilfe- und Wohlfahrtseinrichtungen vor finanziellen Engpässen bewahrt werden. Zudem wurden Stellen in der Schulsozialarbeit gesichert, damit Kinder und Familien weiter verlässliche

Unterstützung erhalten. Gerade erst haben wir die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Träger der Jugendhilfe mit neuen Förderverträgen für die Jahre 2026 bis 2030 mit einem Gesamtvolumen von 31 Mio. Euro ausgestattet.

Auch beim Thema Infrastruktur treibt die CDU Dortmund konkrete Projekte voran: Von Investitionen in den Neubau von Schulen und Kindertagesstätten über die Modernisierung des Kinderzentrums am Klinikum Dortmund bis hin zu besseren Strukturen im Tiefbau und ÖPNV, um Mobilität und Teilhabe für alle zu verbessern.

Unser Ziel bleibt klar: soziale Sicherheit stärken, Arbeitsplätze sichern und die Lebensqualität in Dortmund nachhaltig erhöhen.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Die CDU Dortmund setzt sich entschlossen dafür ein, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Hierfür wird die Zusammenarbeit zwischen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft DOGEWO21, der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft DSG und dem städtischen Sondervermögen „Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund“ gestärkt, um den kommunalen Wohnungsbau zu beschleunigen. Zusätzlich wurde ein städtisches Förderprogramm für den Dachgeschossausbau ins Leben gerufen, um schnell und unbürokratisch neuen Wohnraum zu schaffen.

- Wir brauchen die schnellere Schaffung von Planungsrecht und kürzere Genehmigungsverfahren im Wohnungsbau.
- Wir wollen neuen Wohnraum im Wege von Nachverdichtung, Lückenschluss und Aufstockung schaffen.
- Damit Wohnungsbau auch in der Zukunft möglich ist, muss die Stadt aber auch eine aktive Flächenvorratspolitik betreiben.
- Wir werden uns weiter für ein Wohnungsbauprogramm für junge Familien einsetzen.
- Erleichtern wollen wir die Umwandlung von Büro- und Gewerbeimmobilien in Wohnraum.

Die CDU Dortmund hat in den vergangenen zwei Jahren wichtige Schritte unternommen, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern und Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. Mit dem Ansatz „Housing First“ unterstützen wir obdachlose Menschen dabei, schnell und unbürokratisch in eigenen Wohnraum zu gelangen. Gleichzeitig setzen wir uns für zusätzliche Unterkünfte und niedrigschwellige Aufenthaltsangebote ein, um gerade in den Wintermonaten Schutz und Sicherheit zu gewährleisten.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die CDU Dortmund macht sich stark für realistische, den Lebenshaltungskosten angepasste Unterkunfts-Bemessungssätze, klare Überprüfungsmechanismen der Grenzen und eine rechtlich fundierte Handhabung zur Sicherung angemessenen Wohnraums für Bedürftige.

Die CDU Dortmund hat sich im Rat dafür eingesetzt, die Nichtprüfungsgrenzen für Heiz- und Unterkunftskosten bei Leistungsempfängern (SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz)

proportional an die gestiegenen Energiekosten anzupassen. Zugleich wurde gefordert, die Grenzen regelmäßig zu überprüfen und flexibel an Marktveränderungen anzupassen. Ziel war es, dass Betroffene nicht durch zu hohe Wohnkosten zusätzlich belastet werden und weiterhin ausreichender Wohnraum gewährleistet ist. Parallel wurde die Stadt beauftragt, sich auf Landes- und Bundesebene zugunsten wirksamer Entlastungsmaßnahmen für einkommensschwache Haushalte einzusetzen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Die CDU Dortmund hat in den letzten zwei Jahren konsequent gehandelt, um die soziale und jugendhilferechtliche Infrastruktur zu sichern und auszubauen – mit gezielter finanzieller Unterstützung, systematischer Förderung im Haushalt und Fokus auf strukturelle Verbesserungen.

Finanzielle Stabilisierung freier Träger

Im Dezember 2023 kämpfte die CDU Dortmund mit anderen Fraktionen erfolgreich für einen „Stabilisierungsfonds“ in Höhe von 4 Mio. €, um freie Träger in der Jugendhilfe und sozialen Arbeit zu entlasten. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von etwa 3,8 Mio. € freigegeben, um tarifbedingte Personalkosten zu kompensieren – weitere rund 3,5 Mio. € resultieren aus zusätzlichen Vereinbarungen zur Krisenbewältigung (2023–2025).

Verbesserung der Jugendhilfedienste

Auf einen "Brandbrief" zur prekären Lage beim Jugendhilfedienst Dortmund-Nordstadt hin, forderte die CDU Dortmund eine mögliche kurzfristige Entlastung (z. B. im Rahmen eines „rollierenden Systems“), ebenso wie finanzielle Anreize für das Personal.

Gezielte Investitionen im Haushalt 2025/26

Im gemeinsamen Haushaltsantrag der CDU Dortmund mit den Grünen wurden zusätzliche Investitionen von mehr als 2,6 Mio. € für Jugend, Schule und Soziales vorgesehen – darunter dauerhafte Sozialarbeiterstellen sowie Förderungen der Erziehungsberatung.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Die CDU Dortmund erkennt die Bedeutung einer guten Ausbildung und der Fachkräftebindung an. Auch wenn das Wahlprogramm keine direkten Regelungen zur Vergütung von Praktika enthält, ist das Ziel, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, ein zentraler Bestandteil der Politik. Die CDU Dortmund ist offen für einen konstruktiven Dialog, um gemeinsam mit den relevanten Akteuren Wege zu finden, die die Ausbildung in der Sozialen Arbeit weiter attraktiv gestalten und den Fachkräftenachwuchs sichern.

Grüne Dortmund

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir haben in dieser Wahlperiode die Verwaltung beauftragt, eine Bestands- und Bedarfsanalyse durchzuführen und zu prüfen, welche Defizite es aufzuheben gilt, damit die Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann. Dafür wurde in Absprache mit den relevanten Trägern und Einrichtungen evaluiert, inwieweit und durch welche Maßnahmen und Einrichtungen derzeit Gewaltschutz und Unterstützung bedarfsdeckend, wohnortnah, allgemein zugänglich und angemessen garantiert ist und wo gegebenenfalls noch Handlungsbedarf besteht. Dabei sollen die Maßgaben der Istanbul-Konvention sowohl zur Infrastrukturausstattung (angemessene Anzahl an Einrichtungen, Wohnortnähe, Zugänglichkeit, etc.) als auch zu den Zielgruppen (Kinder, Frauen mit Behinderung, Frauen, die kein Deutsch sprechen, etc.) berücksichtigt werden. Inzwischen gibt es in Dortmund eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, für die wir gemeinsam mit der CDU im Rahmen der Haushaltsberatungen die Weichen gestellt haben. Neben der Koordinierungsstelle gibt es auch einen kommunalen Hilfsfonds, mit dem nicht gedeckte Kosten für Untersuchungen und Behandlungen bei Fällen sexualisierter Gewalt übernommen werden.

Das Frauenhaus haben wir mit zusätzlichen Mitteln unterstützt, um insbesondere die Besetzung an den Wochenenden und in den Abendstunden sowie eine Verbesserung der hauswirtschaftlichen Tätigkeiten zu gewährleisten.

2a und b) Fachkräftemangel und Sparmaßnahmen in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und die freien Träger der Jugendhilfe übernehmen für die Stadt wichtige sozialpolitische Aufgaben. Zur Planungssicherheit für beide Seiten gibt es seit langer Zeit Fünf-Jahres-Verträge, mit denen die Finanzierung abgesichert wird – ein Verfahren, das sich bewährt hat und um das uns andere Städte beneiden. Der Rat hat nun in seiner Sitzung die neuen Verträge für die Jahre 2026- 2030 beschlossen.

Durch die Entwicklungen der letzten Jahre stehen die Wohlfahrtsverbände und die Träger der freien Jugendhilfe finanziell unter erheblichem Druck. Tarif- und Preissteigerungen sowie Kürzungen auf Bundes- und Landesebene haben zu einer Gefährdung bisheriger Projekte und Maßnahmen gefährdet sind. Das geht vor allem zu Lasten derjenigen Menschen in unserer Stadt, die auf die Leistungen, Beratungen und Förderungen der Verbände angewiesen sind. Auf Initiative der GRÜNEN Fraktion waren deshalb in den Beratungen zum Haushalt 2025 ff. bereits 500.000 jährlich mehr zu Verfügung gestellt worden. Das reicht aber nicht.

Mit den neuen Verträgen steigen die Jährlichen Zuwendungen nun kontinuierlich von 24 Millionen Euro in diesem Jahr auf bis zu 34 Millionen in 2030 an. Damit sind nicht nur wichtige Projekte für die nächsten fünf Jahre gesichert, es konnten sogar noch zusätzliche Maßnahmen aufgenommen werden wie zum Beispiel die Arbeit der Clearingstelle Gesundheit des Sozialen Zentrums e. V., die Menschen hinsichtlich ihres Krankenversicherungsschutzes berät und unterstützt.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wohnen darf kein Luxus sein. Es ist ein Grundrecht, das wir schützen müssen. Die Einführung der Mietpreisbremse in Dortmund durch das Land NRW ab März 2025 ist ein wichtiger Schritt, denn sie zeigt die Dramatik auf dem Dortmunder Wohnungsmarkt. Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau, strengere Regeln gegen Spekulation und müssen mehr Wohnraum schaffen. Besonders müssen wir diejenigen unterstützen, die aus unterschiedlichen Gründen Schwierigkeiten haben, auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt Fuß zu fassen. Wir verfolgen das Ziel, dass die Miete nicht mehr als 30 % des verfügbaren Einkommens betragen sollte. Konkret wollen wir unter anderem

- die Quote für den sozialen Wohnungsbau auf 40 % bei neu aufzustellenden Bebauungsplänen ausweiten.
- zusätzlich in jedem Neubaugebiet mindestens 10 % der Wohnungen im sogenannten preisgedämpften Segment anbieten, also mit Quadratmeterpreisen zwischen Sozialmiete und Angebotsmiete, was über einen städtebaulichen Vertrag gesichert wird.
- barrierefreien und senior*innengerechten Wohnraum fördern.
- auf die Gewinnausschüttung der DOGEWO21 an die Stadt verzichten, um sie mit weiterem Eigenkapital für Investitionen auszustatten.
- keine städtischen Wohnimmobilien verkaufen.
- uns für den Ankauf von Belegbindungen durch die Stadt einsetzen, um den Bestand an sozial geförderten Wohnungen zu halten.
- alle Verbesserungen und Spielräume des Mieterschutzgesetzes konsequent für Dortmund und insbesondere bei DOGEWO21 und DSG umsetzen sowie bundesweit auf einen stärkeren Mieter*innenschutz hinwirken.
- verbesserte Beratungsangebote für Menschen auf Wohnungssuche schaffen, insbesondere in schwierigen Lebenslagen.
- bei kommunalen Wohnungsunternehmen auf eine Schufa Auskunft verzichten.
- das Wohnraumvorhalteprogramm der Stadt zur besseren Vermittlung von Wohnungen in Notsituationen ausweiten.
- gemeinsam mit der Dortmunder Wohnungswirtschaft eine Wohnungstauschbörse einrichten, bei der Wohnungen frei willig, zum vergleichbaren Quadratmeterpreis und möglichst im Quartier getauscht werden können, um einfacher die passende Wohnung für die jeweilige Lebenslage zu finden, z. B. wenn die Familienplanung zu einem höheren Raumbedarf führt oder wenn umgekehrt die Kinder ausziehen.
- bei der baulichen Aufwertung unsere sozial durchmischten, bunten Quartiere mit sozialen Erhaltungssatzungen vor Verdrängung schützen.
- Für mehr Wohnraum braucht Dortmund eine realistische Strategie. Der beste Ansatz ist die Nutzung bestehender Potenziale: Gebäude aufstocken, ungenutzte Büro- und Gewerbeflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen sowie zweckentfremdete und leerstehende Gebäude reaktivieren. Ohne den Bau neuer Wohngebäude wird es jedoch nicht gehen. Hierbei müssen kommunale Wohnungsunternehmen eine zentrale Rolle spielen und zusätzlichen Wohnraum schaffen, um eine hohe Qualität bei gleichzeitiger Bezahlbarkeit sicherzustellen. Seriell errichtete Wohngebäude (Vorfertigung von Bauteilen oder Modulen im Werk und Zusammenfügung auf der Baustelle) können, wenn sie nachhaltig gebaut werden, einen wirkungsvollen Beitrag leisten, um schnell und kostengünstig Wohnraum zu schaffen.

- Wir wollen Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Baugemeinschaften stärker fördern, um den nicht gewinnorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.
- verstärkt Wohnungen durch die DOGEWO21 bzw. die Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft (DSG) bauen, insbesondere geförderten Wohnraum.
- Problemimmobilien durch die Stadt ankaufen und gemein am mit GrünBau oder ähnlichen Einrichtungen sanieren, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- Mietwucher und Einzelvermietung von Schlafplätzen u. a. für Zugewanderte aus Südosteuropa konsequent ordnungsrechtlich bekämpfen.
- serielles Bauen bei kommunalen Wohnungsbauprojekten anwenden.
- Flächen explizit für den Bau von Azubi- und Studierendenwohnheimen ausweisen und in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk studentisches Wohnen ausbauen, auch in der Innenstadt.
- für mehr Wohnen im Bestand sorgen, das heißt, durch Überbauung von Parkplätzen, Verwaltungsgebäuden oder die Umnutzung von leerstehenden Bürogebäuden
- Wohnraum ohne zusätzlichen Flächenbedarf schaffen.
- Leerstand in Gewerbegebäuden zu Wohnraum umwidmen, z. B. im Rahmen des Bundesprogramms „Gewerbe zu Wohnen“.
- uns dafür einsetzen, dass Wohnraum auch als solcher genutzt wird, und rechtliche Mittel gegen Wohnungsleerstand ausschöpfen, auch durch Enteignungen von Wohnungen, die länger als zwei Jahre leer stehen.
- in bestehenden Wohngebieten die Aufstockung der Gebäude ermöglichen.
- den Ausbau von Dachgeschossen bewerben, vereinfachen und fördern.
- in städtebaulichen Wettbewerben die Barrierefreiheit als zwingendes Kriterium aufnehmen.
- Stellplatznachweise für PKW abschaffen, damit Wohnungsneubau nicht an zu teuren Tiefgaragenplätzen oder Flächenmangel scheitert.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die Mietobergrenzen und Bedarfe für Heizung und zentrale Warmwasserversorgung für Empfänger*innen von Transferleistungen werden jährlich durch ein sogenanntes Schlüssiges Konzept berechnet. Die Bedarfe werden in tatsächlicher Höhe anerkannt, soweit sie angemessen sind. Für einkommensschwache Haushalte ist es wichtig, die Informationen für zusätzliche Leistungen, wie zum Beispiel Wohngeld gut verfügbar und abrufbar zu machen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Die Mitarbeitenden sind das Herzstück einer funktionierenden Sozial- und Jugendhilfe. Es braucht nicht nur ausreichend Mitarbeiter*innen in einer Stadt wie Dortmund, in der die Anforderungen an die Sozial- und Jugendhilfe permanent steigen – bei gleichzeitig nicht ausreichenden Finanzen. Neben der Qualifizierung des Fachpersonal muss es auch eine organisatorische Schwerpunktaufgabe sein, das Personal in ausreichender Anzahl und an den richtigen Stellen einzusetzen. Dazu gibt es aktuell eine Personalbemessung der Verwaltung.

Dazu kommt eine bereits 2022 gestartete Personaloffensive und ein neu erarbeitetes Einarbeitungskonzept für neue Mitarbeitende. Der Abschluss aller Aufgaben ist planmäßig für das Ende des Jahres 2025 vorgesehen.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Der Rat hat 2023 beschlossen, zunächst die Situation von Honorarkräften zu verbessern und Wahlmöglichkeiten zwischen einer Festanstellung und Fortführung des Honorarverhältnisses zu schaffen. Eine Diskussion über die kommunalen Handlungsmöglichkeiten für die Vergütung von Pflichtpraktika werden wir in der kommenden Wahlperiode anstoßen.

Linke Dortmund

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

DIE LINKE fordert den Ausbau von Frauenhäusern sowie von Unterkünften für Menschen, welche von Gewalt bedroht sind. Diese müssen bereits in der Planungsphase inklusiv gedacht werden um für alle Betroffenen zugänglich zu sein. Der Zugang von Frauenhäusern darf nicht an der wirtschaftlichen Situation hängen. Daher muss der Zugang zu Schutzorten wie Frauenhäusern kostenbefreit sein.

Bis 2027 fordert DIE LINKE den Bau / die Einrichtung von drei zusätzlichen Frauenhäusern sowie die Erhöhung der im städtischen Haushalt vorgesehenen Mittel um den Betrieb langfristig zu sichern und Angebote wie psychologische Beratung, Rechtsberatung sowie Kinderbetreuung zu sichern.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

ausreichend Personal für die Soziale Arbeit zu gewinnen und zu halten? Gibt es eine Strategie trotz Haushaltsengpässen die Soziale Infrastruktur nicht zu gefährden?

Die Angebote diverser Träger der Sozialen Arbeit haben für DIE LINKE einen hohen Stellenwert, hier den Rotstift anzusetzen stellt für DIE LINKE keine Option da. Sie ist viel mehr eines der wichtigsten und zentralsten Aufgaben der Kommune. Angebote der Sozialen Arbeit müssen daher durch eine solide Finanzierung durch die Kommune sichergestellt werden, die den Trägern eine auskömmliche Bezahlung ihrer Fachkräfte ermöglicht und sie im Rahmen der Förderverträge hierzu verpflichtet. Die Mitarbeitenden der städtischen Einrichtungen sind nicht als Kostenstelle zu betrachten sondern als notwendige und fair zu bezahlende Kräfte, welche nicht durch Auslagerung von Angeboten an Tochtergesellschaften dem TVÖD schlechter gestellt werden dürfen. Möglichkeiten zur Finanzierung finden sich beispielsweise im Bereich der Grund- und Gewerbesteuern, sowie der Priorisierung notwendiger sozialer Infrastruktur vor fragwürdigen Leuchtturmprojekten, wie des Fußballmuseums, des Flughafens oder des Dortmunder U.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Die Kommunale Förderung von Sozialer Arbeit, darf nicht an Sparansprüchen der Kommune scheitern. Angebote in der Migrationsberatung, der Kinder- und Jugendhilfe, Einrichtungen zum Schutz und Beratung von Frauen und Queeren Personen sowie andere essenzielle Angebote der Sozialen Arbeit der freien Trägerschaft in Dortmund müssen durch langfristige Förderverträge Planungs- und Arbeitssicherheit bekommen. Kurze Befristungen von Förderungen führen zu Unsicherheiten der Mitarbeitenden sowie der zu Beratenden und unterstützenden Menschen. Die Investition in diese Angebote ist daher nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht geboten, sondern eine notwendige Maßnahme um Menschen in schwierigen und kritischen Lebenslagen zu unterstützen

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

DIE LINKE fordert den Neubau von kommunal gefördertem Wohnraum und eine Erhöhung der Quote für sozialen Wohnungsbau auf 70% sowie die Ermöglichung von Projekten mit 100% sozialem Wohnungsbau.

Mit der Einrichtung der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft auf Initiative der LINKEN wurde bereits ein wichtiger Schritt zu mehr kommunal gefördertem Wohnungsbau getan. Hier sind bereits 670 kommunal geförderte Wohnung in der Planung oder sogar bereits gebaut. DIE LINKE setzt sich außerdem für eine Weiterführung und Ausweitung des Baulückenkatasters ein um weitere Flächen zur Wohnraumschaffung zu identifizieren. Bei der Vergabe von Bauland als auch bei der Realisierung sozialen Wohnungsbaus sind Genossenschaften zu bevorzugen. Ein Verkauf an Renditeorientierte Träger ist auszuschließen.

Die Städtische Wohnungsgesellschaft DOGEWO muss dazu verpflichtet werden ihre Gewinne in die Sanierung und den Neubau von sozialem und bezahlbarem Wohnraum zu investieren, anstatt Gewinnausschüttung an die DSW21 zu betreiben. Mieterhöhungen nach dem Mietspiegel lehnt DIE LINKE ab. Darüber hinaus Umwandlung von DOGEWO in ein Gemeinwohlorientiertes Unternehmen anzustreben.

Die Unterstützung von Wohnungslosen Personen stellt für DIE LINKE eine wichtige Aufgabe dar. DIE LINKE setzt sich für eine Ausweitung und konsequente Umsetzung von Housing First in Dortmund ein. Die bestehenden Angebote der Wohnungslosenhilfe müssen gesichert werden und die Finanzierung den aktuellen Bedarfen angepasst werden.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

DIE LINKE fordert die Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten für Bezieher*innen von Transferleistungen. Die Angemessenheitsgrenze wird in Dortmund jährlich neu bewertet und orientiert sich an den aktuellen Angebotsmieten. DIE LINKE setzt sich für eine Schließung der Wohnkostenlücke für alle betroffenen Bürger*innen ein und unterstützt diese auch konkret durch Beratungsangebote.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

DIE LINKE fordert eine Verbesserung des Personalschlüssels für eine auskömmliche personelle Ausstattung im Bereich der erzieherischen Hilfen im Jugendamt, um den Kinderschutz in Dortmund zu gewährleisten. Die Mitarbeiter*innen im Jugendamt sind überlastet. Im Bereich der Erzieherischen Hilfen fallen neben deutlich zu hohen Fallzahlen, die die Mitarbeitenden planmäßig zu bewältigen haben, zusätzlich die Fälle für Krankheits- und Urlaubsvertretung an, so dass eine Bearbeitung und adäquate Auseinandersetzung mit den Situationen der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Eltern nicht möglich sind. DIE LINKE fordert daher eine Erhöhung der Personaldichte, um die Anzahl der durch eine Kraft zu bearbeitende Fälle auf maximal 28 zu senken. Dies ist nicht nur notwendig, um der Bearbeitung der Fälle mit hinzukommender Überprüfung von gemeldeten Kindeswohlgefährdungen zu bewältigen, sondern auch um qualifizierte Fachkräfte vor Überlastung zu schützen und diese langfristig halten zu können. Darüber hinaus ist die Möglichkeit zu kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung zu gewährleisten, um den speziellen Herausforderungen in der Arbeit gerecht werden zu können und auf dem aktuellen Sachstand zu bleiben.

Im Bereich der Schulsozialarbeit fordert DIE LINKE eine Aufstockung der Kräfte um einen Schlüssel von maximal 150 Schüler*innen pro Schulsozialarbeiter*in zu gewährleisten.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Die oftmals fehlende Praktikumsvergütung im Praxissemester im Studium der Sozialen Arbeit hindert insbesondere junge Menschen mit der Motivation in den Feldern der Sozialen Arbeit tätig zu werden. Ein Studium darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Initiativen zur Bezahlung des Praxissemesters, wie bspw. an der FH Dortmund das Bündnis gegen prekäre Praktika Dortmund. DIE LINKE setzt sich für eine Bezahlung nach TVÖD für Praxissemesterabsolvent*innen in städtischen Einrichtungen sowie dem Jugendamt ein. Die Förderung von Bezahlung von Praxissemestern in anderen Einrichtungen der Sozialen Arbeit

SPD Dortmund

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir brauchen dringend mehr Frauenschutzhäuser und sichere Wohnungen für Frauen. Beides braucht in einem angespannten Wohnungsmarkt neue Räume und entsprechende Finanzierung. Hier tut das Land seit Jahren, man muss es so sagen: nichts! Wir springen auch seit Jahren mit unseren kommunalen Mitteln ein, aber die sind leider begrenzt.

2a und b) Fachkräftemangel und Sparmaßnahmen in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Dortmund stellt in NRW einen Sonderfall dar, denn wir haben nicht gekürzt, sondern erhöht.

Aktuell haben wieder einen fünfjährigen Vertrag mit höheren Ansätzen für alle Sozialverbände abgeschlossen, damit diese weiterhin Planungssicherheit haben. Die Träger haben auch diese Besonderheit beim Abschluss anerkannt.

Aber nicht nur das, wir arbeiten gerade an einem neuen Modell, mehr soziale Infrastruktur in die Nachbarschaften zu bekommen. Denn dort, wo ich merke, dass die Stadt sich für mich als Bürger*in einsetzt, da ist, erlebbar ist, werde ich mich auch nicht von Demokratie und Zusammenhalt abwenden. Für Dortmund als Großstadt der Nachbarn ist das nicht nur eine technische Frage, es trifft den Kern der Stadt an sich.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir haben in Dortmund eine zusätzliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet, um neue kommunale Wohnungen zu bauen. Unser Ziel ist klar: Dortmund als wachsende Stadt braucht 2000 neue Wohnungen pro Jahr. Diese müssen bezahlbar sein. Wir werden auch die Sozialquote von 30 auf 40 Prozent erhöhen. Wir haben in Dortmund seit Jahren ein bewährtes Wohnraumvorhalteprogramm aufgebaut, um schnell bei Problemen agieren zu können. Das betrifft Flüchtlinge, Wohnungslose und Menschen in schwierigen Lagen.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Das ist kein Problem in Dortmund. Wir haben die Werte laufend angepasst.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Wir wollen uns für 2029 als Europäische Jugendhauptstadt bewerben. Dabei geht es uns nicht um den Titel – wobei Dortmund immer den Anspruch hat, immer um den Titel zu spielen – sondern um den Weg dorthin. Wir wollen mit einem Sonderprogramm die soziale Infrastruktur bei Jugendlichen in den Nachbarschaften flächendeckend auf Spitzenniveau bringen.

Darüber hinaus müssen wir die Jugendhilfe gezielt stärken. Die Zahl der Inobhutnahme ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen, die Zahl der Betreuungsplätze ist es nicht. das System ist mehr als am Anschlag. Auch muss die Landesregierung endlich aufwachen.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wer bei der Stadt Dortmund das Praktikum macht, bekommt derzeit 650 EUR – die neuen Tarifverträge werden das jetzt wahrscheinlich erhöhen. Aber uns war immer klar, dass es nicht das Problem löst und wir hier einen besonderen Mangel an Absolventen haben. Die Stadt Dortmund hat deshalb einen Fonds zur Verfügung gestellt, damit Studierende der FH Dortmund der Fachrichtung Soziale Arbeit während ihres Pflicht-Anerkennungsjahres in gleicher Höhe vergütet werden können. Aus diesem Fonds können mögliche Arbeitgeber Geld für die Vergütung beantragen. Natürlich mussten wir hier BAföG-Bezieher ausnehmen, da sie sonst ihr BAföG zurückzahlen müssten. Das ist ein weiteres Problem, das aber Land und Bund nur lösen können.

Linke Dortmund

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

DIE LINKE fordert den Ausbau von Frauenhäusern sowie von Unterkünften für Menschen, welche von Gewalt bedroht sind. Diese müssen bereits in der Planungsphase inklusiv gedacht werden um für alle Betroffenen zugänglich zu sein. Der Zugang von Frauenhäusern darf nicht an der wirtschaftlichen Situation hängen. Daher muss der Zugang zu Schutzorten wie Frauenhäusern kostenbefreit sein.

Bis 2027 fordert DIE LINKE den Bau / die Einrichtung von drei zusätzlichen Frauenhäusern sowie die Erhöhung der im städtischen Haushalt vorgesehenen Mittel um den Betrieb langfristig zu sichern und Angebote wie psychologische Beratung, Rechtsberatung sowie Kinderbetreuung zu sichern.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Die Angebote diverser Träger der Sozialen Arbeit haben für DIE LINKE einen hohen Stellenwert, hier den Rotstift anzusetzen stellt für DIE LINKE keine Option da. Sie ist viel mehr eines der wichtigsten und zentralsten Aufgaben der Kommune. Angebote der Sozialen Arbeit müssen daher durch eine solide Finanzierung durch die Kommune sichergestellt werden, die den Trägern eine auskömmliche Bezahlung ihrer Fachkräfte ermöglicht und sie im Rahmen der Förderverträge hierzu verpflichtet. Die Mitarbeitenden der städtischen Einrichtungen sind nicht als Kostenstelle zu betrachten sondern als notwendige und fair zu bezahlende Kräfte, welche nicht durch Auslagerung von Angeboten an Tochtergesellschaften dem TVÖD schlechter gestellt werden dürfen. Möglichkeiten zur Finanzierung finden sich beispielsweise im Bereich der Grund- und Gewerbesteuern, sowie der Priorisierung notwendiger sozialer Infrastruktur vor fragwürdigen Leuchtturmprojekten, wie des Fußballmuseums, des Flughafens oder des Dortmunder U.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Die Kommunale Förderung von Sozialer Arbeit, darf nicht an Sparansprüchen der Kommune scheitern. Angebote in der Migrationsberatung, der Kinder- und Jugendhilfe, Einrichtungen zum Schutz und Beratung von Frauen und Queeren Personen sowie andere essenzielle Angebote der Sozialen Arbeit der freien Trägerschaft in Dortmund müssen durch langfristige Förderverträge Planungs- und Arbeitssicherheit bekommen. Kurze Befristungen von Förderungen führen zu Unsicherheiten der Mitarbeitenden sowie der zu Beratenden und unterstützenden Menschen. Die Investition in diese Angebote ist daher nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht geboten, sondern eine notwendige Maßnahme um Menschen in schwierigen und kritischen Lebenslagen zu unterstützen.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

DIE LINKE fordert den Neubau von kommunal gefördertem Wohnraum und eine Erhöhung der

Quote für sozialen Wohnungsbau auf 70% sowie die Ermöglichung von Projekten mit 100% sozialem Wohnungsbau. Mit der Einrichtung der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft auf Initiative der LINKEN wurde bereits ein wichtiger Schritt zu mehr kommunal geförderten Wohnungsbau getan. Hier sind bereits 670 kommunal geförderte Wohnungen in der Planung oder sogar bereits gebaut. DIE LINKE setzt sich außerdem für eine Weiterführung und Ausweitung des Baulückenkatasters ein um weitere Flächen zur Wohnraumschaffung zu identifizieren. Bei der Vergabe von Bauland als auch bei der Realisierung sozialen Wohnungsbaus sind Genossenschaften zu bevorzugen. Ein Verkauf an Renditeorientierte Träger ist auszuschließen.

Die Städtische Wohnungsgesellschaft DOGEWO muss dazu verpflichtet werden ihre Gewinne in die Sanierung und den Neubau von sozialem und bezahlbarem Wohnraum zu investieren anstatt Gewinnausschüttung an die DSW21 zu betreiben. Mieterhöhungen nach dem Mietspiegel lehnt DIE LINKE ab. Darüber hinaus ist eine Umwandlung von DOGEWO in ein Gemeinwohlorientiertes Unternehmen anzustreben. Die Unterstützung von Wohnungslosen Personen stellt für DIE LINKE eine wichtige Aufgabe dar. DIE LINKE setzt sich für eine Ausweitung und konsequente Umsetzung von Housing First in Dortmund ein. Die bestehenden Angebote der Wohnungslosenhilfe müssen gesichert werden und die Finanzierung den aktuellen Bedarfen angepasst werden.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

DIE LINKE fordert die Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten für Bezieher*innen von Transferleistungen. Die Angemessenheitsgrenze wird in Dortmund jährlich neu bewertet und orientiert sich an den aktuellen Angebotsmieten. DIE LINKE setzt sich für eine Schließung der Wohnkostenlücke für alle betroffenen Bürger*innen ein und unterstützt diese auch konkret durch Beratungsangebote.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

DIE LINKE fordert eine Verbesserung des Personalschlüssels für eine auskömmliche personelle Ausstattung im Bereich der erzieherischen Hilfen im Jugendamt, um den Kinderschutz in Dortmund zu gewährleisten. Die Mitarbeiter*innen im Jugendamt sind überlastet. Im Bereich der Erzieherischen Hilfen fallen neben deutlich zu hohen Fallzahlen, die die Mitarbeitenden planmäßig zu bewältigen haben zusätzlich die Fälle für Krankheits- und Urlaubsvertretung an, so dass eine Bearbeitung und adäquate Auseinandersetzung mit den Situationen der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Eltern nicht möglich ist.

DIE LINKE fordert daher eine Erhöhung der Personaldichte, um die Anzahl der durch eine Kraft zu bearbeitenden Fälle auf maximal 28 zu senken. Dies ist nicht nur notwendig um der Bearbeitung der Fälle mit hinzukommenden Überprüfung von gemeldeten Kindeswohlgefährdungen zu bewältigen, sondern auch um qualifizierte Fachkräfte vor Überlastung zu schützen und diese langfristig halten zu können. Darüber hinaus ist die Möglichkeit zu kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung zu gewährleisten um den speziellen Herausforderungen in der Arbeit gerecht werden zu können und auf dem aktuellen Sachstand zu bleiben.

Im Bereich der Schulsozialarbeit fordert DIE LINKE eine Aufstockung der Kräfte um einen Schlüssel von maximal 150 Schüler*innen pro Schulsozialarbeiter*in zu gewährleisten.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Die oftmals fehlende Praktikumsvergütung im Praxissemester im Studium der Sozialen Arbeit hindert insbesondere junge Menschen mit der Motivation in den Feldern der Sozialen Arbeit tätig zu werden. Ein Studium darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Initiativen zur Bezahlung des Praxissemesters, wie bspw. an der FH Dortmund das Bündnis gegen prekäre Praktika Dortmund. DIE LINKE setzt sich für eine Bezahlung nach TVÖD für Praxissemesterabsolvent*innen in städtischen Einrichtungen sowie dem Jugendamt ein.

Die Förderung von Bezahlung von Praxissemestern in anderen Einrichtungen der Sozialen Arbeit in Dortmund ist wünschenswert und in der kommenden Ratsperiode zu prüfen.

Düsseldorf

CDU Düsseldorf

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Die Zahl der Frauen, die Schutz suchen, übersteigt die Kapazitäten der bestehenden Düsseldorfer Frauenhäuser. Auch die Problemlagen der Betroffenen werden immer komplexer, etwa bei Flucht, häuslicher Gewalt oder besonderen psychischen Belastungen. Wir werden Hilfs- und Schutzangebote für gewaltbetroffene Frauen weiterhin unterstützen und ausbauen. Dazu gehört auch, dass wir uns für ein drittes Frauenhaus in Düsseldorf einsetzen. Diese Angebote müssen finanziell tragfähig organisiert sein – mit Unterstützung des Landes und einer klaren Aufgabenteilung zwischen Kommune, Wohlfahrtsverbände und Land.

Der Düsseldorfer Aktionsplan gegen (sexualisierte) Gewalt unter Erwachsenen ist von uns mit beschlossen worden, und erste Maßnahmen werden dieses Jahr bereits umgesetzt. Er umfasst Prävention und Bekämpfung sexualisierter Gewalt, sowohl durch Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen als auch durch den Ausbau von Unterstützungsangeboten für Betroffene.

2a und b) Fachkräftemangel und Sparmaßnahmen in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat u.a. mit Blick auf die demographischen Herausforderungen und den allgemeinen Arbeits- und Fachkräftemangel ihre Strategie und die damit verknüpften Maßnahmen zur Personalbindung und Personalakquise in vielen Bereichen in der aktuellen Wahlperiode 2020 bis 2025 bereits grundlegend neu ausgerichtet und umfangreich verstärkt. Von diesen Maßnahmen profitieren alle Fachbereiche der Verwaltung einschließlich der

Beschäftigungsfelder mit Personal für die soziale Arbeit. Die CDU unterstützt diese Entwicklung und die von der Verwaltung eingeleiteten Maßnahmen ausdrücklich.

Beispielhaft dafür kann die Einrichtung eines Bewerbendencenters als zentrale Anlaufstelle für alle, die Teil des Teams der Stadt Düsseldorf werden möchten. Neben Bewerbungsverfahren finden hier auch Informationsveranstaltungen und Inhouse-Messen statt, bei denen Interessierte mehr über die vielfältigen Karrieremöglichkeiten bei der Stadt erfahren können.

Ein weiteres Beispiel stellt ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar. So werden die Beschäftigten u. a. mit flexiblen Betreuungsangeboten unterstützt. Neben einem großen Angebot von Kindertagesstätten in städtischer und freier Trägerschaft sorgen auch drei Betriebskindergärten der Landeshauptstadt Düsseldorf für verlässliche Betreuung vor Ort. Durch die Nähe zum Arbeitsplatz profitieren Eltern von kurzen Wegen. Zudem werden unter bestimmten Voraussetzungen Betreuungskosten bei Qualifizierungsmaßnahmen von Eltern übernommen, damit Sie sich ohne Einschränkungen beruflich weiterentwickeln können.

Weiterhin bleibt festzuhalten, dass es in Düsseldorf bei der städtischen Förderung der sozialen Infrastruktur in der Wahlperiode 2020 bis 2025 keine Einsparungen gegeben hat. Wir legen unseren Schwerpunkt auch weiterhin auf eine solide Haushaltspolitik, die Aufwand und Erträge im Gleichgewicht hält und im Ergebnis Kürzungen vermeidet. Wir prüfen die bestehenden Angebote auch im sozialen Bereich regelmäßig auf Bedarf und Ausgestaltung und entwickeln sie weiter.

Eine Kompensation von Kürzungen im sozialen Bereich auf Bundes- oder Landesebene durch kommunale Mittel lehnt die CDU Düsseldorf ab, da dies letztlich zu einer Überforderung der kommunalen Haushalte führt. Bereits heute beträgt der Gesamtaufwand im städtischen Haushalt für den Sozial- und Jugendhilfebereich rd. 38 Prozent (1,6 Mrd. Euro). Über den erstmals 1998 zwischen Stadt und der Wohlfahrtspflege abgeschlossenen Rahmenvertrag zur Sicherung von sozialen Dienstleistungen mit einer Laufzeit von jeweils fünf Jahren haben die Träger in Düsseldorf eine hohe Planungssicherheit für ihre Angebote. Der Rahmenvertrag garantiert die Zuwendungen an die Träger in der im Haushaltsplan festgelegten Höhe, ermöglicht unterjährig flexible Anpassungen an die Bedarfslagen und wird jährlich dynamisiert. Mit dem Rahmenvertrag, über den jährlich mehr als 116 Mio. Euro für die Träger bereitgestellt werden, gibt es in Düsseldorf ein bewährtes Instrument für die Absicherung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur. Im Zuge der jährlichen Haushaltsberatungen werden u. a. aufgrund entsprechender Verwaltungsvorlagen, Trägeranträge und Anträge aus den Ratsfraktionen regelmäßig zusätzliche Haushaltsmittel für veränderte oder neu auftretende Bedarfslagen bereitgestellt.

Die von der Landeshauptstadt Düsseldorf über den Rahmenvertrag zur Verfügung gestellten Mittel verteilen sich in der Hauptsache wie folgt:

- Eltern- und Familienbildung: 2,7 Millionen Euro
- Tagespflege: 4,1 Millionen Euro
- Angebote für Wohnungslose: 4,7 Millionen Euro
- Angebote für Seniorinnen und Senioren: 5,9 Millionen Euro
- Kinder- und Jugendberatungsstellen: 6,4 Millionen Euro

- Gesundheitsdienste: 7,4 Millionen Euro
- Jugend- und Schulsozialarbeit: 13,5 Millionen Euro
- Jugendförderung: 11,8 Millionen Euro
- Offene Ganztagschule: 46,4 Millionen Euro

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir setzen auf eine umfassende Wohnungsbauoffensive, um ausreichend Wohnraum zu schaffen und zu sichern. Unser Ziel sind 8.000 neue Wohnungen bis 2030, davon ein hoher Anteil preisregulierter Einheiten. Dazu gehören auch 300 Werkwohnungen und 200 Azubi-Wohnheimplätze.

Konkret beschleunigen und verschlanken wir Bauleitplanungen und Genehmigungen durch Digitalisierung. Die Städtische Wohnungsgesellschaft (SWD) wird gestärkt und soll selbst als Bauherrin auftreten. Mit dem städtischen Impulsprogramm schließen wir Finanzierungslücken für mittlere Einkommen zum Eigentumserwerb und bringen dringend benötigte Wohnungsbauprojekte schneller an den Start. Wir schützen bestehenden Wohnraum vor Zweckentfremdung, Leerstand und Verdrängung – etwa durch eine verstärkte Wohnungsaufsicht. Zudem befürworten wir die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe auf Landesebene. Menschen, die als z. B. Studenten Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hatten und heute als gut bezahlte Angestellte in einer Sozialwohnung wohnen, verhindern die gerechte Verteilung von sozialem Wohnungsbau. Mit Hilfe von digitalisierten Prüfungsverfahren sollen die Fehlbelegungen identifiziert und eine Fehlbelegungsabgabe erhoben werden. Die vereinnahmten Gelder sollen in die weitere Wohnraumförderung fließen.

Innovative Bauweisen, Umnutzung von Gewerbeflächen in Wohnungen, Aufstockungen und Dachausbauten sind weitere flankierende Maßnahmen, um dringend benötigten Wohnraum in Düsseldorf zu schaffen.

In Düsseldorf werden wohnungslose Menschen durch vielfältige Maßnahmen unterstützt, damit sie eine Wohnung finden können. So werden beispielsweise Menschen, die in einer Obdachlosenunterkunft leben, durch das sogenannte „Probewohnen“ oder im Rahmen des Landesprogrammes „Endlich ein Zuhause“ gezielt bei der Vermittlung in eine neue Wohnung begleitet und auch nach Einzug betreut. Darüber hinaus plant die CDU durch Kooperation mit dem Projekt „Housing First“, die verfestigte Straßenobdachlosigkeit in Düsseldorf in einen Zeitraum von acht Jahren zu beseitigen.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

In Düsseldorf werden die Richtwerte grundsätzlich im Abstand von zwei Jahren überprüft und fortgeschrieben. Dabei wird nach einem sogenannten abgesicherten „Schlüssigen Konzept“ im Sinne der gesetzlichen Grundlagen und der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes vorgegangen. Insoweit passen die Richtwerte zu den durchschnittlichen Mietpreisen und es ist möglich, eine angemessene Wohnung im Sinne des SGB II/SGB XII zu finden.

Aufgrund der hohen Nachfrage ist es für alle Bevölkerungsgruppen nicht leicht, in Düsseldorf eine Wohnung zu finden. Deshalb setzt sich die CDU u. a. dafür ein, dass in Düsseldorf zusätzlicher

Wohnraum insbesondere für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen geschaffen wird. Dabei unterstützen wir sowohl den Neubau von Mietwohnungen als auch gezielt den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

In Düsseldorf kann die Sozial- und Jugendhilfe seit Jahren u. a. aufgrund einer von der CDU ausdrücklich unterstützten soliden Finanz- und Haushaltspolitik sowohl finanziell als auch personell grundsätzlich bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Dennoch sehen wir in einigen Bereichen einen Bedarf für die Weiterentwicklung der Angebote. Entsprechende Vorschläge dazu haben wir in unser Wahlprogramm für die Wahlperiode 2025 bis 2030 aufgenommen. Diese Vorschläge können Sie hier abrufen: https://sogehtduesseldorf.de/wp-content/uploads/2025/08/Wahlprogramm_final.pdf.

Dort finden Sie zu den von ihnen abgefragten Themenbereichen die Vorschläge des Oberbürgermeisters Dr. Keller (Seite 4) und in den Kapiteln Familienstadt, Miteinanderstadt, Seniorenstadt, Pflegestadt, Gesundheitsstadt, Sozialstadt, Ehrenamtsstadt, Migrationsstadt und Gleichstellungsstadt jeweils die Vorschläge der CDU Düsseldorf.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Die CDU steht einer Vergütung von studienintegrierten Pflichtpraktika in der Sozialen Arbeit positiv gegenüber, wenn damit eine Bindung nach Abschluss des Studiums an den Arbeitgeber Landeshauptstadt Düsseldorf einhergeht. Dazu sollte es schon zu Beginn der Aufnahme des Studiums entsprechende vertragliche Vereinbarungen zwischen den Studierenden und der Stadt geben.

Grüne Düsseldorf

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Frauen in gefährdeten Lebenslagen schnell und sicher Schutz finden. Deshalb wollen wir die Zahl der Schutzplätze in Frauenhäusern und Krisenzentren deutlich erhöhen und dafür eine verlässliche kommunale Finanzierung bereitstellen.

Wir setzen uns in Düsseldorf mindestens für ein weiteres Frauenhaus ein, verbunden mit einer Clearing-Stelle, die das Notfallmanagement bei akuten Fällen übernimmt. Mittel- und langfristig wollen wir schrittweise mindestens 64 Plätze schaffen. Psychosoziale Hilfsangebote und mehrsprachige Kontakte wollen wir ausbauen und die vorhandenen Angebote insgesamt besser bekannt machen, beispielsweise das „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“ und das entsprechende Chat-Angebot. Das Mädchenhaus als Zufluchtsort für Mädchen, die Frauenberatungsstelle und die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt werden wir fortführen und ausbauen.

Wir sehen Frauenhäuser und Beratungsstellen als Teil der sozialen Infrastruktur unserer Stadt – sie brauchen Planungssicherheit statt Projektförderung. Darum kämpfen wir für eine dauerhafte

Absicherung durch städtische Mittel und den Ausbau von Personalstellen in der Fachberatung, damit jede betroffene Frau Unterstützung erhält, wann immer sie sie braucht.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Wir GRÜNE sehen die Soziale Arbeit als unverzichtbaren Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir Personal in diesem Bereich durch faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und eine langfristige Fachkräftestrategie gewinnen und halten. Dazu gehören Ausbildungsplätze, die Anerkennung internationaler Abschlüsse und gezielte Qualifizierungsprogramme. Haushaltsengpässe dürfen nicht zu Lasten der sozialen Infrastruktur gehen – wir setzen uns für verbindliche Budgets ein, damit Träger Planungssicherheit haben.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Kürzungen in der sozialen Infrastruktur sind kurzfristig, weil sie langfristig die Probleme und damit die Kosten nur vergrößern. Wir GRÜNE setzen deshalb auf eine solide Grundfinanzierung, gerade für Beratungsstellen und Träger, und wollen Präventionsarbeit sichern und ausbauen. Jede investierte Stelle in Sozialarbeit ist ein Beitrag zu weniger Notlagen, weniger Folgekosten und mehr sozialem Zusammenhalt.

Für die Grundfinanzierung führen wir den Rahmenvertrag (eine längerfristige gesicherte Finanzierung) mit den Freien Trägern fort und wollen weitere Projekte aufnehmen, die bislang gesondert beschlossen wurden.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir GRÜNE sehen Wohnen als Grundrecht und setzen deshalb auf einen Mix aus Schutz, Neubau und sozialer Unterstützung. Wir sichern bestehenden Wohnraum durch soziale Erhaltungssatzungen, verlängerte Mietpreisbindungen und den Ankauf von Bindungen bei Sozialwohnungen. Gleichzeitig wollen wir die städtische Wohnungsbaugesellschaft deutlich stärken, Grundstücke in Erbpacht vergeben und gemeinwohlorientierte Träger sowie Genossenschaften bevorzugen, damit dauerhaft bezahlbare Mieten entstehen. Und: Wir lassen wohnungslose Menschen nicht allein. Mit mehr Notschlafstellen, Übergangswohnungen und "Housing First" schaffen wir Perspektiven für den Weg zurück in die eigene Wohnung. So verbinden wir sozialen Schutz, neue Chancen und echte Teilhabe.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die Stadt Düsseldorf hat die Richtwerte für Unterkunftskosten zuletzt zum 1. November 2024 angepasst – ein Schritt in die richtige Richtung, aber sie liegen weiterhin unter den realen Mietpreisen. Das führt dazu, dass Menschen im SGB-II- und SGB-XII-Bezug oft keinen angemessenen Wohnraum finden können. Wir GRÜNE sehen Wohnen als Grundrecht und fordern deshalb eine weitere Anpassung der kommunalen Richtwerte an die tatsächlichen Marktpreise. Gleichzeitig wollen wir den Bestand an bezahlbaren Wohnungen sichern – etwa durch längere Mietpreisbindungen, den Ankauf von Bindungen und soziale Erhaltungssatzungen. Mit einer

stärkeren städtischen Wohnungsbaugesellschaft und mehr Konzeptvergaben in Erbpacht schaffen wir neuen Wohnraum, der dauerhaft bezahlbar bleibt. Denn es kann nicht sein, dass Menschen Ansprüche auf Unterstützung haben, aber keinen Wohnraum finden, der mit diesen Sätzen finanzierbar ist.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Wir GRÜNE wollen die Sozial- und Jugendhilfe deutlich stärken – sowohl personell als auch finanziell. Dafür setzen wir uns für eine verlässliche Grundfinanzierung ein, damit Träger Planungssicherheit bekommen und ihre Arbeit nicht von Jahr zu Jahr in Frage gestellt wird (siehe unter 3: Rahmenvertrag mit den Freien Trägern).

Besonders wichtig ist uns der Ausbau von Fachkräften in der Jugendhilfe, in der Schulsozialarbeit und in Beratungsstellen. Mit mehr Personal, besseren Arbeitsbedingungen und gezielten Fachkräftestrategien wollen wir den Beruf attraktiv halten und Nachwuchs gewinnen. Gleichzeitig setzen wir auf Prävention: frühzeitige Unterstützung für Familien, Jugendliche und Menschen in Krisenlagen ist nicht nur menschlich geboten, sondern spart auch langfristig Kosten. So stärken wir die soziale Infrastruktur unserer Stadt, anstatt sie durch kurzfristige Haushaltskürzungen zu gefährden.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wir GRÜNE wissen, dass die Soziale Arbeit unter Fachkräftemangel leidet – deshalb müssen wir schon im Studium ansetzen. Studienintegrierte Pflichtpraktika, die oft monatelang in Vollzeit abgeleistet werden, dürfen nicht unbezahlt bleiben. Auf kommunaler Ebene gibt es Handlungsspielräume: Wir wollen, dass die Stadt Düsseldorf für ihre eigenen Einrichtungen die Vergütung solcher Praktika beschließt. Außerdem setzen wir uns für einen Refinanzierungszuschuss für freie Träger ein, damit auch sie ihre Praktikantinnen fair vergüten können. So sorgen wir für Attraktivität im Studium, eine bessere Bindung an den Beruf und dafür, dass junge Menschen die Soziale Arbeit nicht aus finanziellen Gründen verlassen. Das ist eine Investition in die Zukunft unserer sozialen Infrastruktur.

FDP Düsseldorf

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir sind uns bewusst: Die Zahl der Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen ist unzureichend – und das darf uns als Gesellschaft nicht kalt lassen. Besonders in Düsseldorf wird aktuell intensiv über ein drittes Frauenhaus diskutiert, um endlich die dringend benötigte Kapazität zu schaffen. Deshalb setzen wir uns entschlossen dafür ein, gemeinsam mit freien Trägern, Wohlfahrtsverbänden und dem Land NRW eine bedarfsgerechte Erweiterung der Schutzangebote zu realisieren – insbesondere durch die Einrichtung eines dritten Frauenhauses in Düsseldorf. Um betroffenen Frauen wirklich verlässlich Schutz zu bieten, brauchen wir darüber hinaus langfristige

Finanzierungsvereinbarungen statt kurzfristiger Projektförderung, damit Planungssicherheit gegeben ist. Gleichzeitig sichern wir niedrigschwellige Zugänge – auch digital, damit Frauen rasch und unbürokratisch Hilfe beantragen können.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

In Düsseldorf wurde im sozialen Bereich nicht gespart – im Gegenteil. Hohe soziale Standards konnten wir uns leisten, weil die Stadt über Jahre solide gewirtschaftet hat. Diese finanzielle Stabilität war der Garant für starke soziale Strukturen – und sie muss es auch künftig bleiben. Ohne eine solide Haushaltsführung droht eine finanzielle Abwärtsspirale, die gerade jene Leistungen gefährden würde, die wir schützen wollen. Um ausreichend Personal für die Soziale Arbeit zu gewinnen und zu halten, setzen wir auf ein Bündel konkreter Maßnahmen: Wir wollen Düsseldorf als attraktiven Arbeitgeber positionieren – mit gezielter Personalplanung, flexiblen Arbeitszeitmodellen, Nutzung des Zulagenwesens in Engpassberufen, moderner digitaler Arbeitsunterstützung zur Entlastung der Mitarbeitenden und einer Willkommenskultur, die auch qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland anspricht. Durch effizientere Verwaltungsprozesse und den Abbau bürokratischer Hürden können Fachkräfte ihre Zeit für die eigentliche soziale Arbeit einsetzen. So sichern wir Qualität trotz angespannter Arbeitsmärkte.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Wir wollen jede Chance nutzen, um Integration erfolgreich zu gestalten. Dazu gehört eine moderne, serviceorientierte Ausländerbehörde, die durch konsequente Digitalisierung Verfahren beschleunigt und Wartezeiten verkürzt. Wir wollen Mehrsprachigkeit der städtischen Mitarbeitenden gezielt nutzen und die Willkommenskultur stärken. Bildungsangebote – von Sprachkursen über kulturelle Integration bis hin zur Unterstützung beim Einstieg in Arbeit – sollen konsequent ausgebaut und besser vernetzt werden. Durch diese Investitionen in gelingende Integration schaffen wir langfristig Teilhabe, Eigenständigkeit und wirtschaftliche Stärke für unsere Stadt.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Zur Förderung des Wohnungsbaus setzen wir auf ein Maßnahmenpaket, das gezielt vorhandene Potenziale nutzt und Hindernisse abbaut:

- Nutzung von Aufstockungspotenzialen: Durch die bauliche Erweiterung bestehender Gebäude wollen wir zusätzlichen Wohnraum schaffen, ohne neue Flächen zu versiegeln. Dies ist eine ressourcenschonende und schnelle Möglichkeit, bezahlbaren Wohnraum zu gewinnen.
- Stärkung von Genossenschaften: Wir wollen gemeinschaftliche und selbstverwaltete Wohnprojekte gezielt fördern, indem wir die Rahmenbedingungen für Wohnungsbaugenossenschaften verbessern. So können stabile, nachbarschaftsorientierte Wohnformen entstehen, die langfristig bezahlbar bleiben.

- Abschaffung starrer Quoten: Starre Quoten im geförderten Wohnungsbau können Bauprojekte verzögern oder verhindern. Wir wollen sie daher abschaffen und durch flexiblere, an den jeweiligen Standort angepasste Vereinbarungen ersetzen, um schneller und effizienter neuen Wohnraum zu schaffen.
- „Werkswohnungen 2.0“: Wir wollen das klassische Modell von Werkswohnungen modernisieren und mit dem Konzept von Azubiwohnungen verbinden. Unternehmen sollen die Möglichkeit erhalten, attraktiven und bezahlbaren Wohnraum für ihre Fachkräfte und Auszubildenden bereitzustellen. Dies steigert die Bindung von Arbeits- und Nachwuchskräften an den Standort Düsseldorf und hilft zugleich, den Wohnungsmarkt zu entlasten.
- Schnellere Bauleitplanung: Wir setzen auf den Abbau bürokratischer Hürden, den Einsatz digitaler Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine straffere Abstimmung zwischen Verwaltung, Investoren und Bauträgern, um Bauprojekte zügiger umzusetzen.
- Zur Unterstützung wohnungsloser Menschen setzen wir auf das „Housing First“-Prinzip, bei dem Betroffene zunächst eine feste Wohnung erhalten und anschließend mit passgenauer sozialer Begleitung in ein stabiles, eigenständiges Leben zurückgeführt werden.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die angemessenen Unterkunftskosten nach SGB II und SGB XII werden für Leistungsbeziehende vom Jobcenter bzw. Sozialamt übernommen. Ihre Höhe legt die Kommune auf Basis eines „schlüssigen Konzepts“ fest, das regelmäßig – in der Regel alle drei bis vier Jahre – mit aktuellen Mietmarktdaten überprüft werden muss, um rechtssicher zu bleiben. Wir wissen, dass die Wohnraumsituation in Düsseldorf besonders angespannt ist. Deshalb setzen wir uns insgesamt für deutlich mehr Wohnungsbau ein, um den Druck auf dem Markt zu mindern und langfristig auch im unteren Preissegment ausreichend Angebote zu schaffen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Wir wollen die kommunale Sozial- und Jugendhilfe so aufstellen, dass sie auch künftig zuverlässig und wirksam arbeiten kann. Dabei setzen wir weniger auf zusätzliche pauschale Finanzprogramme, sondern auf Maßnahmen, die Personal gewinnen, halten und entlasten. Dazu gehören eine gezielte Personalplanung, die Nutzung des Zulagenwesens in Berufen mit Fachkräftemangel, flexible Arbeitszeitmodelle und der Einsatz moderner, digitaler Arbeitsunterstützung, um Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Wir wollen Mehrsprachigkeit der Mitarbeitenden gezielt nutzen, die Willkommenskultur stärken und Schnittstellen zwischen Jugendhilfe, Bildungseinrichtungen und freien Trägern besser vernetzen. Unser Ziel ist, Ressourcen so einzusetzen, dass Fachkräfte mehr Zeit für die eigentliche Arbeit mit jungen Menschen haben – und die Unterstützung dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Düsseldorf sollte seine Rolle als Ausbildungsstandort und verlässlicher Partner für duale Studiengänge, insbesondere in den Bereichen Soziale Arbeit und Kindheitspädagogik, gezielt ausbauen. Dies ist ein zentraler Baustein zur frühzeitigen Bindung qualifizierter Fachkräfte. Darüber hinaus ist eine personelle Verstärkung der Kindertageseinrichtungen durch zusätzliche Alltagshelferinnen und -helfer anzustreben.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wir sehen die Vergütung studienintegrierter Pflichtpraktika in der Sozialen Arbeit als wichtigen Baustein, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich wirksam zu begegnen. Wer monatelang

Vollzeit arbeitet, verdient Anerkennung – auch finanziell. Auf kommunaler Ebene wollen wir deshalb prüfen, wie wir hier Verbesserungen erreichen können: durch eine verbindliche Vergütung in städtischen Einrichtungen, gezielte Refinanzierungszuschüsse für freie Träger sowie eine enge Abstimmung mit den Hochschulen, um faire und transparente Rahmenbedingungen zu schaffen. Gleichzeitig setzen wir uns mit Blick auf studienintegrierte Pflichtpraktika für flexible Arbeitszeitmodelle ein. So könnten Studierende, bei Bedarf und in Absprache mit dem Arbeitgeber, ihre Praktika etwa in Teilzeit absolvieren und so einen vorhandenen Nebenjob weiter ausüben, der ihnen die gewohnte finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit bietet. Unser Ziel ist es, jungen Menschen den Einstieg in soziale Berufe attraktiver zu machen und so qualifizierte Fachkräfte langfristig für Düsseldorf zu gewinnen.

SPD Düsseldorf

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Nach der Kommunalwahl schaffen wir ein **drittes Frauenhaus**, um die wachsende Zahl hilfesuchender Frauen und Mädchen sicher unterzubringen. Wir stellen außerdem zusätzliche finanzielle Mittel für Personal, Infrastruktur und psychologische Betreuung bereit, ebenso wie für den barrierefreien Ausbau der bestehenden Häuser.

Wir unterstützen den **Ausbau spezialisierter Beratungs- und Therapieangebote**, die auf die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen abgestimmt sind, die durch häusliche Gewalt traumatisiert wurden. Wir bieten verstärkte finanzielle und strukturelle Unterstützung für bestehende Einrichtungen und Vereine, die Präventions- und Nachsorgeprogramme anbieten.

Mit einer von den Frauenhäusern räumlich getrennt eingerichteten **Clearingstelle zur Akutaufnahme** von Gewalt betroffenen Frauen und ihrer Kinder wird die Aufnahmesituation in Düsseldorf verbessert. Die Akutaufnahme stelle gewährt Schutz für die ersten Tage und Beratung für den weiteren Ablauf der Unterbringung.

Wir bauen **mehrsprachige Informationskampagnen** aus, die über die verschiedenen Formen von Gewalt an Frauen und Mädchen aufklären und vorhandene Hilfsangebote sichtbar machen. Dazu werden auch insbesondere Werbeflächen an den Haltestellen des ÖPNV genutzt. In enger Zusammenarbeit mit Schulen, Universitäten und sozialen Einrichtungen sensibilisieren wir junge Menschen frühzeitig für das Thema und klären über Rechte und Hilfsmöglichkeiten auf.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Wir werden uns auch weiterhin dafür stark machen, dass nicht an der sozialen Infrastruktur in Düsseldorf gespart, sondern diese bedarfsgerecht weiter ausgebaut wird.

Zudem ist uns wichtig, dass die Menschen, die in Düsseldorf im sozialen Bereich arbeiten, auch hier wohnen. Wir setzen uns deshalb unter anderem für den Ausbau des Azubiwohnens und für die Gründung eines **Azubiwerks** ein. Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft (SWD) soll einen **Fachkräftecampus** bauen, wo Unternehmen der Stadt Belegungsrechte für ihre Mitarbeiter*innen sichern können. Die Stadt muss aus unserer Sicht mit gutem Beispiel vorangehen und für die städtischen Mitarbeitenden Wohnungen bei Projekten der städtischen Töchter vorhalten.

In Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden erarbeiten wir Lösungen, um den steigenden

Bedarf an Personal abzudecken. Dazu gehört eine groß angelegte **Ausbildungs- und Fachkräfteoffensive**.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

CDU und Grüne haben die Migrationsberatung in Düsseldorf zusammengestrichen. Deshalb mussten unter anderem welcome points geschlossen werden. Unser Einsatz, nicht bei der Migrationsberatung zu sparen, blieb leider erfolglos. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Einsparungen der Landesregierung von CDU und Grünen im sozialen Bereich vollständig rückgängig gemacht werden.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir haben durchgesetzt, dass die Stadtverwaltung eine **Wohnungsbauoffensive** auf den Weg bringt, um 8000 bezahlbare Wohnungen bis 2030 zu bauen. Diese Wohnungsbauoffensive ist ins Stocken geraten – auch, weil sich aktuell Projekte verzögern. Wir wollen eine Wohnraumoffensive mit 8000 bezahlbaren Wohnungen, die diesen Namen tatsächlich verdient. Nur so können Wohnungen geschaffen werden, wo der Markt und die private Bauwirtschaft versagen. Hierzu wird es eine Projektleitung geben, die direkt an den Oberbürgermeister berichtet.

Unsere Offensive schafft dauerhaft bezahlbaren Wohnraum durch städtischen, **genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten** (nach neuer Gemeinnützigkeit)

Wohnungsbau. Wir kaufen und entwickeln Flächen lieber selbst, anstatt uns auf Investoren zu verlassen. In Düsseldorf sollen auch die wohnen können, die den Laden am Laufen halten. Um das zu unterstützen, braucht es auch die Rückkehr der **Werkwohnungen** und auch wieder mehr Wohnraum für Studierende. Über ein Azubiwerk soll es außerdem endlich mehr Wohnraum für Azubis geben.

Wir verstetigen zudem das städtische **Impulsprogramm für den Wohnungsneubau** und entwickeln es zum wichtigen Baustein für bezahlbares Wohnen weiter. Es werden ausschließlich städtische Töchter, Genossenschaften und weitere gemeinwohlorientierte Unternehmen gefördert, die dauerhaft bezahlbaren Wohnraum errichten. Die **Mieten deckeln** wir auf maximal 10 Euro pro Quadratmeter und schaffen so eine Förderung, die sich gezielt an die Mitte der Stadtgesellschaft richtet. Nämlich an diejenigen, deren Einkommen zu hoch für eine geförderte Wohnung, aber zu niedrig für die hohen Preise des Marktes ist.

Wohnen muss für alle bezahlbar sein. Dabei setzen wir voll auf die **Städtische Wohnungsbauengesellschaft** (SWD), Genossenschaften und gemeinnützige Unternehmen. Unser Ziel nach der Kommunalwahl: 500 neue Wohnungen pro Jahr allein durch die SWD. Für mehr Tempo bei der Umsetzung formieren wir eine **Stadtentwicklungsgesellschaft**, die die Investorenrolle bei größeren Grundstücken übernimmt, Planverfahren koordiniert und die Umsetzung vorantreibt.

Die SWD soll unserer Meinung nach neben der neuen Stadtentwicklungsgesellschaft zum zentralen Akteur im Wohnungsbau werden. Dafür wird sie finanziell z.B. über die Einlage von Grundstücken gestärkt und handlungsfähiger gemacht. Sie wird auch aktiv Wohnraum ankaufen, um bezahlbaren Wohnraum auch im Bestand vor Spekulanten zu sichern.

Durch **Nutzung des Vorkaufsrechts** erwerben wir Grundstücke für den Wohnungsbau. Wenn sich die Möglichkeit bietet, Boden für Wohnungsbau oder Wohnungen direkt für die SWD anzukaufen, nutzen wir sie. Das gilt insbesondere für Flächen, die wegen Insolvenzen brachliegen. Dafür ziehen wir alle Register - von aktivem Zugehen auf Eigentümer*innen bis zur Nutzung von Vorkaufsrechten. Hierfür werden wir pro Jahr **150 Millionen Euro im städtischen Haushalt** zur Verfügung stellen, um entsprechende Grundstücke kaufen zu können.

Wir gründen mit dem DGB und weiteren Partner*innen ein **Azubiwerk**. Für Auszubildende und Studierende muss in Düsseldorf günstiger Wohnraum geschaffen werden, um den Bedarf zu decken. Hierzu sind Kooperationen zwischen den Firmen, DGB, IHK, HWK, gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften und der Stadt denkbar. Zusätzlich unterstützen wir den Bau weiterer Studi-Wohnungen in der Stadt.

Wir erhöhen die Anzahl der Wohnungen für **Menschen mit Bedarf für soziale Betreuung**, wie zum Beispiel vormals Wohnungslose, Menschen mit Suchterfahrung oder Menschen mit psychischen Erkrankungen. Wir stellen die gesundheitliche Versorgung wohnungsloser Menschen sicher, unter anderem durch einen Ausbau der Angebote in den Betreuungsstellen.

Wir unterstützen die Initiative **Housing First**. Wir fördern Maßnahmen und Projekte, die wohnungslose Menschen so schnell und individuell wie möglich in sozial begleitetes Wohnen bringen.

Die Bedürfnisse wohnungsloser Menschen sind vielfältig. Gemeinsam mit Initiativen wie fiftyfifty und vision:teilen sowie der Liga der Wohlfahrtsverbände sorgen wir für **passgenaue Maßnahmen und Angebote**. Dazu gehört zum Beispiel verstärkte Barrierefreiheit oder mehr Möglichkeiten für das Mitbringen von Haustieren ebenso wie unbürokratische und unkonventionelle Maßnahmen, wo Bedarf herrscht.

Wir bauen geschlechtsspezifische Präventions- und Hilfsangebote für Frauen aus. Wir bauen die betreute **Unterbringung wohnungsloser Minderjähriger** bedarfsgerecht aus und stärken weitere Angebote.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die kommunalen Richtwerte für angemessene Unterkunftskosten im Rahmen von SGB II und SGB XII werden in Düsseldorf regelmäßig an die aktuellen durchschnittlichen Mietpreise angepasst. Wir werden die Umsetzung auch zukünftig kritisch begleiten. Durch die von uns geplante Wohnungsbauoffensive wird es mehr preisregulierte Neubaumietwohnungen geben, die das durchschnittliche Mietpreisniveau in Düsseldorf senken werden, wodurch es leichter werden wird, angemessenen Wohnraum zu finden.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Die gute **Ausstattung der Berufskollegs** garantieren wir auch in Zukunft und passen sie an die jeweiligen Anforderungen kontinuierlich an. Wir stellen einen einfachen Zugang zu Austauschprogrammen wie Erasmus+ sicher.

In Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden erarbeiten wir Lösungen, um den steigenden Bedarf an Personal abzudecken. Dazu gehört eine groß angelegte **Ausbildungs- und Fachkräfteoffensive**.

Wir verbessern das **städtische Betreuungsangebot** für alle Kinder und Jugendlichen – auch mit Inklusionsbedarf – kontinuierlich und sorgen für eine angemessene Personalausstattung. Das betrifft insbesondere die Zuverlässigkeit der Angebote. Dafür sind auch Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung dringend erforderlich.

Zudem ist uns wichtig, dass die Menschen, die in Düsseldorf im sozialen Bereich arbeiten, auch hier wohnen. Wir setzen uns deshalb unter anderem für den Ausbau des Azubiwohnens und für die Gründung eines **Azubiwerks** ein. Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft (SWD) soll einen **Fachkräftecampus** bauen, wo Unternehmen der Stadt Belegungsrechte für ihre Mitarbeiter*innen sichern können. Die Stadt muss aus unserer Sicht mit gutem Beispiel vorangehen und für die städtischen Mitarbeitenden Wohnungen bei Projekten der städtischen Töchter vorhalten.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wir setzen uns dafür ein, dass das studienintegrierte Pflichtpraktikum in der Sozialen Arbeit in Einrichtungen der Stadt Düsseldorf künftig höher vergütet wird. Derzeit erhalten Praktikant*innen lediglich 100 € brutto im Monat. Wir wollen, dass sich die Vergütung zukünftig wie bei Erzieher*innen im Anerkennungsjahr am Tarifvertrag für Praktikant*innen des öffentlichen Dienstes (TVöPD) orientiert. Zurzeit beträgt dort die Vergütung monatlich 1.652,02 Euro brutto. Der Bereich Soziale Arbeit ist ebenso wie der Erzieher*innenberuf von einem hohen Fachkräftemangel geprägt und sollte deshalb, unserer Meinung nach, durch eine angemessene Vergütung auch der Pflichtpraktika attraktiver gemacht werden.

Linke Düsseldorf

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

In Düsseldorf fehlen seit Jahren ausreichend Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen. Ein besonders alarmierendes Beispiel war 2024, als von 336 Anfragen keine einzige Frau in einer Notunterkunft aufgenommen werden konnte – allein 260 Fälle scheiterten an fehlenden Kapazitäten. Wir halten es deshalb für dringend notwendig, mindestens einen dritten Standort für Frauenhäuser zu eröffnen. Damit Hilfen tatsächlich verlässlich zur Verfügung stehen, muss zudem eine kontinuierliche Bedarfsplanung und -evaluation erfolgen. Für eine sichere und dauerhafte Finanzierung reicht es nicht aus, dass die Kommunen diese Aufgabe allein stemmen. Angesichts der chronischen Unterfinanzierung müssen sich Land und Bund stärker beteiligen. Auf kommunaler Ebene wollen wir die notwendigen Mittel freimachen, indem wir Prestigeprojekte wie die teure Opersanierung zurückstellen und stattdessen in soziale Infrastruktur investieren. Unser Ziel ist, dass jede Frau in Düsseldorf im Bedarfsfall sofort einen Schutzplatz bekommt – ohne bürokratische Hürden oder Wartelisten.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Die Soziale Arbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Dennoch wird sie in kommunalen Haushalten immer wieder gekürzt. Wir wollen das Gegenteil: Soziale Infrastruktur muss langfristig gesichert werden – personell wie finanziell. Dafür setzen wir auf mehrere Ebenen an.

Zur Personalgewinnung braucht es vor allem attraktive Arbeitsbedingungen: tarifgerechte Löhne, genug Kolleginnen zur Entlastung, eine gute Einarbeitung sowie Perspektiven für Fort- und Weiterbildung. Auf kommunaler Ebene bedeutet das, dass die Stadt mit den Trägern langfristige und auskömmliche Rahmenverträge schließt, in denen auch Sachmittel, (Fach-)Supervision und Weiterbildungen berücksichtigt sind. Absolventinnen sozialer Studiengänge müssen direkt mit Tarifgehältern in den Beruf einsteigen können – wir lehnen untertarifliche Berufseinstiegsstellen und schlecht vergütete Praktika ab. Um das finanzieren zu können, wollen wir den kommunalen Haushalt entlasten, indem wir auf teure Prestigeprojekte wie die geplante Milliardenoper verzichten und zusätzliche Einnahmen, z. B. durch einen höheren Gewerbesteuerhebesatz, nutzen. Damit können wir Mittel für die soziale Infrastruktur sichern. Gleichzeitig fordern wir von Land und Bund, die Kommunen in diesem Bereich stärker zu unterstützen.

Unser Ziel ist klar: Wer in der Sozialen Arbeit tätig ist, soll Wertschätzung nicht nur in Worten, sondern auch in Form von sicheren Arbeitsplätzen, fairer Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen erfahren. Nur so lassen sich genug Fachkräfte gewinnen und langfristig binden.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Kürzungen in der sozialen Infrastruktur sind nicht nur unsozial, sie sind auch kurzsichtig und verursachen langfristig höhere Kosten. Wenn Beratungsstellen wie die Migrationsberatung oder Angebote für Jugendliche geschlossen werden, entstehen größere Probleme: Menschen verlieren Orientierung und Unterstützung, Konflikte und Notlagen verschärfen sich, und am Ende steigen die Ausgaben für Hilfen. Wir wollen diesen Teufelskreis durchbrechen. In Düsseldorf müssen soziale Angebote dauerhaft gesichert werden. Das gilt besonders für Migrationsberatung und Unterstützungsangebote in Unterkünften für Geflüchtete, die für Integration und Teilhabe unverzichtbar sind.

Zur Finanzierung setzen wir auf eine klare Prioritätensetzung im Haushalt: Soziale Infrastruktur vor Prestigeprojekten. Statt hunderte Millionen oder gar Milliarden in eine neue Oper zu stecken, wollen wir dieses Geld in soziale Arbeit investieren. Zusätzlich fordern wir, dass Land und Bund Kommunen stärker unterstützen, damit diese Aufgaben nicht auf Kosten anderer dringend benötigter Angebote finanziert werden müssen. Die langfristigen Folgen von Kürzungen dürfen nicht einfach hingenommen werden. Wir wollen sie regelmäßig evaluieren, um Bedarfe frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls gestrichene Angebote wiederzubeleben. Nur eine verlässliche soziale Infrastruktur stellt sicher, dass Menschen in Düsseldorf nicht durchs Raster fallen.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Bezahlbarer Wohnraum ist in Düsseldorf Mangelware. Wir wollen den Wohnungsmarkt wieder

stärker in öffentliche Hand zurückholen, um Versorgung statt Rendite in den Mittelpunkt zu stellen. Konkret bedeutet das:

- Stärkung der städtischen Wohnungsgesellschaft: Sie soll mehr bauen und Wohnungen dauerhaft im Bestand halten.
- Bauleitplanung sozial ausrichten: Bei Neubauprojekten müssen deutlich mehr Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen entstehen. Wir wollen, dass mindestens 50 % der neuen Wohnungen dauerhaft bezahlbar bleiben.
- Spekulation stoppen: Grundstücke und Immobilien dürfen nicht weiter von Investoren zwecks Gewinnmaximierung gehortet werden.
- Wir wollen Vorkaufsrechte konsequent nutzen und kommunale Bodenpolitik ausbauen.
- Mietpreisbindungen sichern: Auslaufende Bindungen im sozialen Wohnungsbau müssen verlängert oder durch neue ersetzt werden.

Für wohnungslose Menschen wollen wir die Hilfen ausbauen. Dazu gehören ausreichend Plätze in Notunterkünften, bessere Unterstützung durch Fachstellen sowie ein konsequentes „Housing First“-Prinzip: Menschen sollen schnell eine Wohnung erhalten, begleitet durch individuelle Hilfen. Nur so gelingt soziale Teilhabe. Um dies zu finanzieren, setzen wir klare Prioritäten: Wir lehnen die Milliardenoper als Luxusprojekt ab und wollen stattdessen Mittel in sozialen Wohnungsbau und Hilfen gegen Wohnungslosigkeit investieren. Darüber hinaus muss das Land die Förderprogramme für sozialen Wohnungsbau massiv aufstocken und Kommunen stärker unterstützen.

Unser Ziel ist klar: Jede Düsseldorferin und jeder Düsseldorfer soll eine sichere und bezahlbare Wohnung haben – niemand darf auf der Straße leben müssen

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die aktuellen Richtwerte für die Kosten der Unterkunft in Düsseldorf sind völlig realitätsfern. Sie liegen deutlich unter den tatsächlichen Mieten, sodass viele Menschen gezwungen sind, aus dem ohnehin zu geringen Regelsatz einen Teil der Miete selbst zu zahlen. Düsseldorf ist damit trauriger Spitzenreiter bei der sogenannten „Wohnkostenlücke“. Das ist sozialpolitisches Versagen, weil es den Betroffenen jede Wahlfreiheit nimmt – auf einem derart angespannten Wohnungsmarkt gibt es schlicht keine bezahlbaren Alternativen.

Wir fordern, dass die Richtwerte endlich an die realen Mietpreise angepasst werden. Während der Corona-Pandemie wurden die tatsächlichen Unterkunftskosten übernommen – das hat viele Haushalte deutlich entlastet. Solange in Düsseldorf kein ausreichender Bestand an bezahlbarem Wohnraum vorhanden ist, muss dieses Prinzip wieder gelten: Die Kommune muss die tatsächlichen Mietkosten übernehmen, statt Menschen in Schulden und Armut zu treiben.

Langfristig wollen wir dafür sorgen, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, insbesondere durch eine aktive kommunale Wohnungspolitik, soziale Wohnungsbauprogramme und eine Stärkung der städtischen Wohnungsgesellschaft. Aber bis dahin ist es zwingend notwendig, dass niemand wegen zu niedriger Richtwerte in existentielle Not gerät.

Wir setzen deshalb klare Prioritäten: Statt hunderte Millionen in Prestigeprojekte wie die Milliardenoper zu investieren, müssen die Mittel in sozialen Wohnungsbau und eine gerechte

Kostenübernahme fließen. Wohnen ist ein Grundrecht – und darf nicht von falschen Richtwerten abhängig gemacht werden.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Die kommunale Sozial- und Jugendhilfe steht seit Jahren unter enormem Druck, weil steigende Bedarfe auf knappe Mittel und zu wenig Personal treffen. Wir wollen hier einen klaren Kurswechsel: Soziale Infrastruktur darf nicht länger das erste Sparopfer in den Haushaltsberatungen sein, sondern muss finanziell und personell abgesichert werden. Konkret heißt das:

- Mehr Personal in Jugendämtern und sozialen Diensten, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Dazu gehören attraktive Arbeitsbedingungen, tarifgerechte Bezahlung und gute Einarbeitung.
- Stabile und auskömmliche Finanzierung für freie Träger, damit wichtige Angebote nicht von Kürzungsrunden abhängen.
- Langfristige Planungssicherheit durch mehrjährige Rahmenverträge, die auch Sachmittel, Supervision und Fortbildungen einschließen.
- Frühzeitige Prävention statt später Kriseneinsätze – denn jeder Euro, der in frühzeitige Unterstützung investiert wird, spart hohe Folgekosten bei Kriseninterventionen.

Zur Finanzierung wollen wir im Düsseldorfer Haushalt klare Prioritäten setzen: Statt Milliarden in den Neubau einer Oper zu stecken, investieren wir lieber in die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien. Gleichzeitig fordern wir vom Land NRW und vom Bund, die Kommunen dauerhaft zu entlasten und eine verlässliche Mitfinanzierung sozialer Infrastruktur sicherzustellen. Unser Ziel ist eindeutig: Eine starke Sozial- und Jugendhilfe, die allen Menschen in Düsseldorf rechtzeitig und verlässlich Unterstützung bietet – nicht erst dann, wenn es schon zu spät ist.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Studienintegrierte Pflichtpraktika sind ein wichtiger Teil der Ausbildung in der Sozialen Arbeit. Dennoch werden sie bislang oft gar nicht oder nur mit geringen Aufwandsentschädigungen vergütet. Angesichts des Fachkräftemangels ist das ein falsches Signal: Wer im Praktikum vollwertige Arbeit leistet, muss auch fair bezahlt werden.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Pflichtpraktika mindestens mit dem Mindestlohn vergütet werden. Eine entsprechende gesetzliche Änderung muss auf Bundesebene erfolgen – wir werden den politischen Druck dafür erhöhen. Zugleich wollen wir, dass die Stadt Düsseldorf mit gutem Beispiel vorangeht und für ihre eigenen Praktikumsstellen eine Vergütung analog zum Mindestlohn sicherstellt. Darüber hinaus müssen wir junge Menschen schon während des Studiums für die Soziale Arbeit gewinnen und sie in der Praxis halten. Dazu gehören gute Einarbeitungsmodelle, eine frühzeitige Einbindung in Teams, die Möglichkeit zu Supervision und eine klare Perspektive auf tarifgerechte Arbeitsplätze nach dem Studium.

Wir sind überzeugt: Wer in der Sozialen Arbeit Verantwortung übernimmt – ob als Student*in oder Fachkraft – verdient Wertschätzung, Anerkennung und faire Bezahlung. Statt Millionen für

Prestigeprojekte wie die Milliardenoper auszugeben, wollen wir in die Fachkräfte der Zukunft investieren. Das stärkt sowohl die Soziale Arbeit als auch die Stadtgesellschaft insgesamt.

Essen

Freie Wähler Essen

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Das EBB-FW setzt sich für den konsequenten Ausbau von Schutzplätzen in Frauenhäusern und Krisenzentren ein. Wir fordern eine langfristig gesicherte Finanzierung durch feste Budgetzuweisungen im städtischen Haushalt, ergänzt um Landes- und Bundesmittel. Statt befristeter Modellprojekte braucht es planbare Strukturen. Parallel wollen wir die personelle Ausstattung verbessern, um Frauen und Kindern in Gefahrensituationen schnell und unbürokratisch helfen zu können.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Wir wollen eine verbindliche Personalentwicklungsstrategie für soziale Berufe in der Stadt Essen. Dazu zählen faire Bezahlung nach Tarif, unbefristete Verträge und attraktive Arbeitsbedingungen. Durch den Abbau von Bürokratie, die Umwidmung von Mitteln aus ineffizienten Projekten (z. B. „Bussi“) und gezielte Fördermittelakquise schaffen wir Spielräume, um Kürzungen in der Sozialen Infrastruktur zu vermeiden.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Das EBB-FW lehnt Kürzungen bei präventiven sozialen Angeboten wie Migrationsberatung, Familienhilfe oder Jugendprojekten ab, da deren Wegfall mittelfristig zu höheren Folgekosten führt. Wir setzen auf Bestandssicherung wichtiger Einrichtungen und gezielte Investitionen in Prävention, um Hilfebedarf zu reduzieren.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Unser Fokus liegt auf der Aktivierung brachliegender Flächen wie Essen 51 oder der Kohlereserve. Wir setzen auf beschleunigte Genehmigungsverfahren, Aufstockungen und Dachausbau sowie gezielte Programme zur Förderung von Wohneigentum. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften wie die Allbau sollen stärker in die Pflicht genommen werden. Für wohnungslose Menschen wollen wir niedrigschwellige Unterkünfte ausbauen und eng mit Trägern der Wohnungslosenhilfe kooperieren.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Das EBB-FW befürwortet eine Überprüfung der Richtwerte, um diese an die realen Mietpreise

anzupassen. Niemand sollte gezwungen sein, unterhalb menschenwürdiger Standards zu wohnen, weil die Richtwerte realitätsfern sind

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Wir wollen den Stellenplan im Sozial- und Jugendbereich bedarfsgerecht erweitern, damit Anträge, Hilfen und Schutzmaßnahmen schneller bearbeitet werden. Dies soll durch Umschichtung von Haushaltsmitteln und zusätzliche Landesförderung finanziert werden. Kooperationen mit freien Trägern werden ausgebaut.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Das EBB-FW unterstützt eine Vergütung solcher Praktika bei kommunalen Stellen und strebt eine Refinanzierungsunterstützung für freie Träger an. Ziel ist es, die Attraktivität des Berufsfeldes zu steigern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Finanzierung kann durch gezielte Mittelumschichtung und Förderprogramme erfolgen.

SPD Essen

Vorbemerkung: Als SPD Essen stehen wir für eine starke, verlässliche soziale Infrastruktur, gute Arbeit in der Sozialen Arbeit und konsequenten Schutz für Menschen in besonders verletzlichen Lebenslagen. Nachfolgend unsere Antworten zu den kommunal verantworteten Themen.

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

- **Bedarfsplanung und Ausbau:** Wir legen einen kommunalen Gewaltschutzplan mit regelmäßiger, datenbasierter Bedarfsanalyse vor und bauen Frauenhaus- und Krisenzentrumskapazitäten bedarfsgerecht aus – inkl. barrierearmer Plätze und spezifischer Angebote für Frauen mit Kindern und für Migrantinnen.
- **Gesicherte Finanzierung:** Wir stellen eine mehrjährige, dynamisierte Betriebskostenförderung sicher (Indexierung für Tarif- und Sachkosten), flankiert durch investive Zuschüsse für bauliche Erweiterungen sowie Notfall- und Übergangsmittel. **Verlässliche Trägerpartnerschaften:** Wir schließen mehrjährige Leistungs- und Zielvereinbarungen mit freien Trägern, beschleunigen Mittelabrufe und reduzieren Bürokratie (Standardberichte statt Mehrfachstatistik).
- **Zugänge und Kooperation:** Einrichtung einer zentralen Platzkoordination (anonymisiert), 24/7-Erreichbarkeit, enges Zusammenspiel mit Polizei, Gesundheitsamt und Jugendhilfe; interkommunale Kooperation für kurzfristige Ausweichplätze. **Ausstieg und Stabilisierung:** Übergangswohnungen mit Belegungsrechten der Stadt, priorisierte Wohnungsvergabe in Kooperation mit der Allbau und anderen Wohnungsunternehmen, Schulden- und Rechtsberatung, sowie Täterarbeit zur Prävention weiterer Gewalt.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

- Attraktive Arbeitsbedingungen: Tarifgebundene, entfristete Stellen, verlässliche Dienstpläne, Supervision, Fort- und Weiterbildung, Führungskräfteentwicklung und Gesundheitsprävention; digitale Entlastung (eAkte, Termin- und Fallmanagement).
- Gute Personalschlüssel: Realistische Fallzahlbegrenzungen im ASD und in vergleichbaren Bereichen; bedarfsgerechte Stellenausstattung in Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe, Schulsozialarbeit und Migrationsberatung.
- Ausbildungs- und Praxisoffensive: Mehr Plätze im Anerkennungsjahr, Kooperationen mit regionalen Hochschulen, verbindliche Praxisanleitung, Stipendien/Bindungsprogramme sowie bezahlte Praxissemester in kommunalen Einrichtungen (siehe Punkt 6).
- Fachkräftegewinnung lokal: Wohnungsangebote für Fachkräfte in Kooperation mit der Allbau, Willkommenspakete, Anerkennungsberatung für internationale Abschlüsse.
- Haushaltsschutz für Soziales: Einführung einer Sozialschutzklausel gegen pauschale Kürzungen, Priorisierung präventiver Angebote, Wirkungs- und Qualitätsdialoge statt Sparen mit der Rasenmähermethode.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

- Bestand und Übergänge sichern: Bestandsschutz für bewährte Strukturen (z.B. Migrationsberatung), kommunaler Überbrückungsfonds bei Förderlücken von Land/Bund, flexible Mittel für aufsuchende Arbeit.
- Frühzeitige Folgewirkungsprüfung: Jede Haushaltsmaßnahme im Sozialbereich erhält eine Sozialfolgenabschätzung; bei negativen Effekten greifen Gegensteuerungsmaßnahmen.
- Koordination und Lotsen: Stärkung kommunaler Koordinierung (u. a. Integrations- und Präventionsketten) sowie Ausbau von Lotsenstellen, um Folgekosten durch Desintegration zu vermeiden.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

- Sozialquote und Baulandmodell: Verbindliche Quote für geförderten Wohnungsbau bei Neubauprojekten, vorrangig auf städtischen Flächen; Erbpacht statt Verkauf, klare Sozialbindungen in städtebaulichen Verträgen.
- Städtische Wohnungswirtschaft stärken: Investitionsoffensive der Allbau (Bauen und Ankauf), Ausweitung kommunaler Belegungsrechte, Verlängerung auslaufender Bindungen.
- Schutz der Bestände: Prüfung und Anwendung von Milieuschutz, kommunalem Vorkaufsrecht und einer Zweckentfremdungssatzung; Quartierssanierung mit sozialer Flankierung.
- Schneller in die Wohnung: Kommunale Wohnungsakquise, Vermieterprämien bei Vermietung an Leistungsbeziehende, Kautionsdarlehen, Umzugskostenübernahmen, Vermieterservice.

- Wohnungslosigkeit überwinden: Housing-First-Angebote ausbauen, frauenspezifische Unterkünfte, tierfreundliche Optionen, 24/7-Notschlafstellen, aufsuchende Hilfen, Case-Management sowie Mietschuldenprävention und Mediation zur Räumungsvermeidung.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

- Schlüssiges Konzept und Transparenz: Fortlaufende, nachvollziehbare Fortschreibung der Richtwerte auf Basis des qualifizierten Mietspiegels Essen; Veröffentlichung der Methodik, differenziert nach Größe und Lage.
- Regelmäßige Anpassung: Jährliche Überprüfung mit Möglichkeit zur unterjährigen Anpassung bei dynamischer Marktlage; ausreichende Übergangsfristen bei Anpassungen.
- Praktische Unterstützung: Verbindliche Zusagen vor Mietvertragsabschluss, Übernahme von Kaution/Umzugskosten, Härtefallregelungen sowie enge Zusammenarbeit mit Vermietenden und Beratungsstellen, um tatsächliche Anmietungen zu ermöglichen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

- Personal und Qualität: Mehr Stellen im ASD, in Hilfen zur Erziehung, Schulsozialarbeit und Jugendförderung; verbindliche Supervision, Fortbildung, Fallzahlgrenzen und Schutzkonzepte.
- Verlässliche Finanzierung: Mehrjährige, indexierte Leistungsvereinbarungen mit freien Trägern, Dynamisierung der Sachkosten, frühzeitige Haushaltsklarheit und Entbürokratisierung der Verwendungsnachweise.
- Prävention zuerst: Ausbau Früher Hilfen, Familienzentren, Stadtteil- und Jugendarbeit; multiprofessionelle Teams an Schulen; durchgängige Präventionsketten.
- Digital und bürgernah: Moderne Fachverfahren, sichere Datenschnittstellen, niedrigschwellige Zugänge (Online-Termine, mobile Beratung, mehrsprachige Infos) und eine Ombudsstelle für Kinder- und Jugendhilfe.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

- Kommunale Vergütung beschließen: Vergütung aller Pflichtpraktika in städtischen Einrichtungen nach TVöD/TVöD-Praktikantentabelle bzw. einer kommunalen Pauschale mit Fahrtkosten- und ggf. Wohnkostenzuschuss.
- Refinanzierung für freie Träger: Kommunaler Zuschuss für anerkannte Praxisstellen freier Träger, damit auch dort Pflichtpraktika vergütet werden können; unbürokratische Antragswege.
- Qualität der Praxis: Verbindliche Standards für Praxisanleitung, feste Lernziele und Freistellung für Lehrveranstaltungen; Anerkennung der Praxiszeiten bei Stufenlaufzeiten zur Bindung.

- Kooperationen und Bindung: Rahmenvereinbarungen mit regionalen Hochschulen, Kontingente an Praxis- und Anerkennungs-jahr-Plätzen, Stipendien/Übernahmezusagen und Talentprogramme für die kommunale Sozialverwaltung.

Köln

FDP Köln

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir setzen uns für eine klare und entschlossene Gewaltprävention auf kommunaler Ebene ein. Dabei verfolgen wir auch das Ziel, Schutzräume für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, weiter auszubauen und bestehende Strukturen zu stärken. So war es die FDP, die sich seit vielen Jahren für die Errichtung eines zweiten Frauenhauses einsetzte und heute ein drittes Frauenhaus fordert. Im Rat haben wir immer dafür gesorgt, dass solche Projekte auskömmlich finanziert werden und werden dies weiterhin tun.

Der Schutz vor Gewalt ist zentrale Aufgabe eines Staates – gerade auch im Bereich häuslicher Gewalt. Konkrete Maßnahmen sind die Bereitstellung weiterer Schutzplätze und die finanzielle Stärkung entsprechender Einrichtungen. Gleichzeitig fordern wir verlässliche Anlaufstellen und niedrigschwellige Hilfsangebote für Betroffene. Dabei legen wir großen Wert auf effektive Zusammenarbeit zwischen Stadt, Polizei und freien Trägern.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Sowohl zur Gewinnung als auch zum Halten von Fachkräften müssen die Rahmenbedingungen vor Ort verbessert werden. So müssen Leiterinnen und Leiter von Einrichtungen durch passende Fortbildungen die Möglichkeit erhalten, in Leadership-Kompetenzen breit aufgestellt zu sein, damit die mitarbeitenden Fachkräfte professionell geführt, begleitet und wertgeschätzt werden können. Personalgewinnung wollen wir durch Kampagnen, auch zur Stärkung des Images von sozialen Berufen allgemein, vorantreiben. Insbesondere Männer müssen von den vielfältigen Möglichkeiten von Jobs im Sozialen begeistert werden. Wir müssen hier endlich weg vom überholten Image des „Frauen-Jobs“. Gleichzeitig müssen auch lukrative Karrieremöglichkeiten und die abwechslungsreiche Tätigkeitform dargestellt werden.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Werden z.B. wie bereits in NRW mehrfach passiert, Einrichtungen der Migrationsberatung etc. geschlossen, führt dies auf lange Sicht nur zu noch mehr Hilfebedarf der betroffenen Personen. Jeder investierte Euro muss maximal wirksam sein. Projekte müssen evaluiert und anschließend priorisiert werden. Nicht jedes Projekt muss fortgesetzt werden - Projekte können auch enden,

damit neue beginnen können. Gleichzeitig darf es keinen allgemeinen Kahlschlag geben! Hier wollen wir auch entsprechenden Druck auf die Landesregierung aufbauen.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

In Köln gibt es zu viel wenig Wohnraum. Das von der Stadt gesteckte Ziel, jährlich 6000 neue Wohnungen zu bauen, ist immer krachend verfehlt worden. Die FDP steht für eine Wohnungspolitik, die bezahlbares Wohnen möglich macht, statt es durch städtische Regeln selbst zu verteuern. In Köln müssen neue Flächen schneller für den Wohnungsbau freigegeben und erschlossen werden. Die Kölner Sonderregeln beim Wohnungsbau, die über die Regelungen von Bund und Land hinausgehen, sollen abgeschafft werden, damit Unternehmen und Privatleute wieder preisgünstigere Wohnungen bauen können. Für ein ausgewogenes soziales und städtebauliches Umfeld soll es nicht nur Geschosswohnungsbau, sondern auch Ein- und Zweifamilienhäuser geben. Ausgewählte Grundstücke sollen bevorzugt an Genossenschaften vergeben werden.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Diese passen, wie vielerorts nicht zu den durchschnittlichen qm Preisen, womit es betroffenen Personen unmöglich ist angemessenen Wohnraum zu finden. Das wirksamste Instrument für sinkende qm-Preise ist der schnelle Bau neuer Wohnungen. Dabei wollen wir auch den Sozialen Wohnungsbau vorantreiben. Darüber hinaus könnte man in Betracht ziehen, eine Prüfung von WBS- Berechtigungen zu veranlassen. Denn wer durch gestiegene Einkommen möglicherweise, eigentlich keine Berechtigung mehr hat, verliert seinen Schein bisher nicht. So können wir dafür sorgen, dass tatsächlich Bedürftige vom sinnvollen Instrument des WBS profitieren – und nicht diejenigen, die beispielsweise nun einen lukrativen Job haben, und trotzdem noch vergünstigt wohnen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

In Zeiten multipler Krisen ist eine zuverlässige soziale Infrastruktur in Köln wichtiger denn je. Kürzungen im sozialen Bereich müssen auch auf ihre Folgekosten hin betrachtet werden. Denn weniger Investitionen in soziale Einrichtungen und die Angebotsstruktur können später ungleich höhere Kosten für die Lösung der sozialen Folgeprobleme nach sich ziehen. Daher setzen wir uns als FDP für den Erhalt der sozialen Trägerstruktur und ihrer erfolgreichen Angebote ein. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Anforderungen der Ausbildung nicht reduziert werden, denn das hat Qualitätseinbußen zur Folge. Erzieherausbildungen dürfen nicht mit Fortbildungen gleichgesetzt werden.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Eine angemessene Vergütung von Pflichtpraktika ist wünschenswert. Der entsprechenden Eingabe zur Prüfung haben wir deshalb auch zugestimmt. Auch wenn die Haushaltslage angespannt ist, darf

nicht am falschen Ende gespart werden. Bevor bei den städtischen Bühnen Geld für Saus und Braus verbrannt wird, könnte bei solchen Vorhaben auskömmlich finanziert werden.

Grüne Köln

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Die GRÜNEN Köln setzen sich aktiv dafür ein, dass die Stadt Köln die Zielquoten der Istanbul-Konvention bei Schutzplätzen erreicht. Dazu gehört insbesondere die Planung eines dritten Frauenhauses, sowie eine strukturelle Absicherung bestehender Angebote.

Bereits 2020 hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, ein barrierefreies drittes Frauenhaus zu etablieren – mit Aufnahme für Frauen, Mädchen sowie Jungen bis 17 Jahre. Auch Trans*Frauen sollen Aufnahme finden. Diese Initiative wird durch die GRÜNEN also politisch weitergetragen und verstärkt. Mit dem geplanten dritten Frauenhaus schaffen wir ein Schutzangebot, das inklusiver und barriereärmer gedacht wird. Für uns ist der dritte Frauenhaus-Standort kein isoliertes Projekt, sondern Teil eines umfassenden Gewaltschutzkonzepts, das Beratung, Aufnahmemöglichkeiten und Prävention vernetzt. Es kombiniert proaktive Planung, Inklusion, gesicherte Finanzierung und gesellschaftliche Debatte. Damit wird eine nachhaltige, inklusive und solide Umsetzung angestrebt. Die Belange von Frauen mit Behinderungen, Migrationshintergrund oder mit Kindern sollen in der konzeptionellen Weiterentwicklung der Frauenhäuser aktiv berücksichtigt werden. Das Thema häusliche Gewalt und Schutzräume muss kontinuierlich öffentlich thematisiert werden, um Bewusstsein zu schaffen und politischen Druck zu erhöhen.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Wir bekennen uns klar zur Attraktivitätssteigerung der Stadtverwaltung als Arbeitgeberin – durch gezielte Personalgewinnung, auch im Bereich soziale Arbeit mit fairer Vergütung, Weiterbildung, gezielter Frauenförderung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und echter Wertschätzung. Im Kölner Haushalt 2025/26 haben wir Kürzungen in der sozialen Infrastruktur zurückgenommen, denn grüne Politik in Köln verfolgt das Prinzip, frühzeitig präventiv zu wirken: Statt etwa Beratungsstellen (z. B. Migrationsberatung) zu schließen, gilt es, diese zu stabilisieren. So verhindern wir Folgeschäden wie erhöhten Hilfebedarf. Diese Haltung zeigt sich exemplarisch im übergeordneten Bekenntnis zu einer chancengerechten Daseinsvorsorge. So wird nicht nur kurzfristig gespart, sondern langfristig soziale Stabilität und Gerechtigkeit erhalten und gestärkt.

Unser Programm zielt unter dem Motto „Für eine Stadt für Alle“ darauf ab, gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren – insbesondere für vulnerable Gruppen wie Migrant*innen, Kinder, Geflüchtete oder Menschen mit Behinderung. Dafür sollen soziale Angebote in ihrer Funktion erhalten und sogar ausgebaut werden.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, gerade für Menschen mit geringem Einkommen. Dafür fordern wir eine Quote von 50% für geförderten Wohnungsbau, die Stärkung der GAG AG als größtes Wohnungsbaununternehmen im Raum Köln, die Prüfung einer Neugründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft sowie die Förderung von genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wohnbauprojekten. Außerdem soll über die grundsätzliche Vergabe im Erbbaurecht städtischer Boden in öffentlicher Hand bleiben, um Spekulation zu verhindern. Wohnraum muss für alle bezahlbar sein – das sehen wir als zentrales Ziel unserer sozialen Stadtentwicklungspolitik.

Mit der sozialen Wohnraumagentur, die zum 1. August 2025 ihren Betrieb aufgenommen hat, werden gezielt obdachlose Menschen in Wohnungen vermittelt.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Zum 1. Januar 2025 wurden die kommunalen Richtwerte für angemessene Unterkunftskosten (Bruttokaltmiete inkl. kalter Nebenkosten, ohne Heizkosten) in Köln angehoben – auf 677 € für eine Einzelperson (50 m²), Ende des Jahres werden wir uns die weitere Entwicklung der Mieten in Köln wieder genau ansehen, zwecks Prüfung, ob die Mietobergrenzen angepasst werden sollten.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Wir GRÜNE setzen uns konsequent für eine sichere und gut ausgestattete Sozial- und Jugendhilfe ein. Für den Haushalt 2025/26 haben wir durchgesetzt, dass finanzielle Mittel für soziale sowie jugendpolitische Angebote nicht aufgrund kurzfristigen Spardrucks gestrichen, sondern gesichert und weiter ausgebaut werden. Daran halten wir fest!

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wir GRÜNE in Köln wollen die Rahmenbedingungen für Pflichtpraktika im Studiengang Soziale Arbeit deutlich verbessern. Konkret setzen wir uns dafür ein, dass:

- Vergütung für kommunale Praktikumsplätze verbindlich wird. Studierende, die ihre Pflichtpraktika bei städtischen Trägern absolvieren, sollen eine faire Vergütung erhalten – unabhängig davon, wie lange das Praktikum dauert, um soziale Ungleichheiten und Überlastung zu vermeiden.
- Refinanzierungszuschüsse für freie Träger eingeführt werden. Damit auch NGOs, Wohlfahrtsverbände oder soziale Initiativen Praktikant*innen angemessen vergüten können, soll die Stadt ihnen finanzielle Unterstützung bereitstellen.

- Kooperationen mit Hochschulen und Trägern gestärkt werden. Über Rahmenvereinbarungen oder Leitlinien sollen verbindliche Standards geschaffen werden, die Vergütung und Betreuung verlässlich regeln.
- Fachkräftebindung durch faire Bedingungen gefördert wird. Eine angemessene Entlohnung macht Praktika im Sozialwesen attraktiver und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass engagierte Studierende langfristig im Berufsfeld bleiben.

So stärken wir nicht nur die soziale Gerechtigkeit für Studierende, sondern auch die Fachkräftebasis in Köln nachhaltig.

SPD-Köln

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Die KölnSPD möchte der Sicherung der sozialen Infrastruktur in den kommenden Haushaltsberatungen Priorität einräumen. Dazu zählen Initiativen und Projekte, die sich für den Schutz und das Empowerment von Frauen einsetzen. Neben dem dritten Frauenhaus braucht es noch andere Maßnahmen in der Gewaltschutzpolitik Kölns. Im Rat der Stadt Köln hat sich die SPD-Fraktion in der letzten Wahlperiode für das dritte Frauenhaus, eine Antidiskriminierungs-Meldestelle für den Phänomenbereich Frauenfeindlichkeit, ein Mahnmal für Femizide, Maßnahmen zur Prävention von sexualisierter Gewalt, Täterprävention, die Beseitigung von Angsträumen und für die Förderung von gleichstellungspolitischen Projekten, Vereinen und Gruppen über 2025 hinaus eingesetzt. In der kommenden Wahlperiode möchten wir gerne erreichen, dass mehr für die Identifizierung und das Bewusstmachen misogynen Beeinflussungen, Vorurteile und Denkweisen getan wird und Handlungsweisen, um z. B. Zivilcourage zu fördern, erarbeitet werden. Ergänzend fordert die KölnSPD verbindliche Förderzusagen von Land und Bund, damit Träger Planungssicherheit erhalten. Auch die NRW SPD bekräftigt, dass Gewaltprävention und Schutzprojekte landesweit priorisiert gefördert werden müssen.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Den Erhalt der sozialen Infrastruktur sehen wir als eine prioritäre Aufgabe in der kommenden Wahlperiode. Gerade im Bereich der Sozialen Arbeit ist der Personalmangel besonders sichtbar: Fachkräfte sind schwer zu gewinnen, viele berichten von Überlastung und schwierigen Arbeitsbedingungen. Deshalb haben wir uns bereits in der letzten Wahlperiode mit einem Antrag zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels erfolgreich dafür eingesetzt, dass Maßnahmen zur Personalgewinnung ergriffen werden, z. B. indem die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöht und Quereinstiege erleichtert werden. Wir setzen uns für eine Großstadtzulage, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und flexible Ausbildungsmodelle ein, um Sozialberufe attraktiver zu machen. Auf Landesebene fordert die NRW SPD zudem eine faire Bezahlung und schnellere Anerkennung von Berufsabschlüssen. In unserem Wahlprogramm haben wir klar benannt, dass wir diese Projekte sichern, ihre Förderung weiterentwickeln und zugleich für bessere

Arbeitsbedingungen sorgen, damit soziale Infrastruktur nicht nur erhalten bleibt, sondern ausgebaut werden kann.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Einsparungen in der Sozialarbeit führen zu höheren Folgekosten. Deshalb setzen wir uns dafür ein und haben uns in den Haushaltsberatungen immer dafür stark gemacht, dass Beratungsstellen wie z. B. die Migrationsberatung, aber auch die Selbstorganisationen durch kommunale Zuschüsse stabilisiert und nachhaltig abgesichert werden. Präventive Angebote dürfen nicht reduziert, sondern müssen ausgebaut werden, um den Krisen zu begegnen und vorzubeugen. Auch die NRW SPD fordert stabile Förderlinien für soziale Beratung, um Schließungen landesweit zu verhindern. Hier setzen wir auf klare Priorisierung der kommunalen Ausgaben.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir wollen mit einem eigenen kommunalen Förderprogramm den sozialen Wohnungsbau stärken und dafür sorgen, dass neue Wohnungen entstehen, aber auch langfristig bezahlbar bleiben. Deshalb setzen wir uns u. a. für eine Reform der Belegungsvereinbarungen ein, um soziale Bindungen dauerhaft zu sichern. Wir brauchen insbesondere öffentlich geförderte Wohnungen für die vielen wohnungslosen Familien in Köln, die zurzeit in Hotels und anderen Notunterkünften wohnen müssen. Für obdachlose Menschen setzen wir auf den Housing-First-Ansatz: zuerst eine Wohnung, dann weitere Hilfen.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die Köln SPD fordert eine regelmäßige Anpassung der Richtwerte an die Realität des Wohnungsmarktes. Im Sozialausschuss haben wir daher nach der Wohnkostenlücke gefragt, die Betroffene aus ihrem Regelsatz ausgleichen müssen. Kommunen setzen die als angemessen festgelegten Wohnkosten oft zu niedrig an. In Köln beispielsweise liegen die nicht übernommenen Kosten für Unterkunft und Heizung bei durchschnittlich 125,48 Euro pro Monat und Haushalt. Auch die NRW SPD fordert eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheitskriterien.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Die Köln SPD sieht die Jugend- und Sozialhilfe als Rückgrat einer funktionierenden Stadtgesellschaft und plant zusätzliche Stellen, bessere Vergütung sowie mehr Weiterbildungsmöglichkeiten. Großstadtzulagen und bessere Arbeitsbedingungen sollen die Arbeit attraktiver machen. Damit Jugend- und Sozialämter leistungsfähig bleiben, möchten wir Mittel gezielt aufstocken und den Wechsel in die Ämter attraktiver machen. Die NRW SPD fordert ergänzend eine faire Finanzausstattung für Kommunen, damit diese ihre soziale Infrastruktur dauerhaft sichern können.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden hat im Juni 2025 einstimmig beschlossen, die Anhebung der Praktikumsvergütung auf 1.000 € monatlich zeitnah prüfen zu lassen und auch eine Refinanzierung für freie Träger in die Prüfung einzubeziehen. Damit wird eine langjährige Forderung von Studierenden und Fachkräften aufgegriffen, die im Wahlprogramm der KölnSPD klar benannt ist: Gute Arbeit muss schon in der Ausbildung fair entlohnt werden. Wir wollen verhindern, dass angehende Fachkräfte ihr Praxissemester unter prekären Bedingungen absolvieren müssen und dadurch Studium oder Berufseinstieg gefährdet ist. Deshalb setzen wir uns darüber hinaus auf Ebene des LVR, des Landes NRW und im Verband Kommunaler Arbeitgeber für eine verbindliche landesweite Regelung ein, damit Praktika in der Sozialen Arbeit künftig überall angemessen vergütet werden.

Leverkusen

Grüne Leverkusen

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir setzen uns konsequent für eine Stärkung der Frauenhilfe-Infrastruktur in Leverkusen ein. Dazu gehört die Erweiterung und barrierefreie Ausstattung des Frauenhauses, die Finanzierung zusätzlicher Beratungsstellen sowie der Aufbau von Hebammenambulanzen. Konkret fordern wir eine gesicherte kommunale Förderung, die Planungssicherheit für Träger schafft, und werden uns im Rat dafür einsetzen, dass freiwillige Mittel gezielt dort eingesetzt werden, wo besonders viele vulnerable Frauen und Kinder Unterstützung brauchen.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, wollen wir die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit verbessern: mehr Personalstellen, eine verlässliche Finanzierung und Entlastung durch zusätzliche Fachkräfte in Kitas und OGS. Trotz angespannter Haushaltslage setzen wir auf einen Nachhaltigkeitshaushalt, der soziale Infrastruktur nicht schwächt, sondern gezielt schützt.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Wir wissen: Kürzungen bei Sozialarbeit, Migrationsberatung oder Jugendhilfe führen langfristig zu höheren sozialen Folgekosten. Deshalb wollen wir Prävention stärken, Mittel auf Quartiere mit hoher Armutsquote konzentrieren und besonders Migrations- und Jugendhilfestrukturen stabil halten.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir verfolgen eine klare Linie: Innenentwicklung vor Neubau am Stadtrand. Das heißt: Nachverdichtung, Nutzung von Brachflächen, kompakte Bauweisen mit Gemeinschaftsräumen, Dach- und Fassadenbegrünung. Gleichzeitig stärken wir die kommunale Wohnungsbaugesellschaft WGL und fordern eine verpflichtende Quote zur Versorgung von wohnungs- und obdachlosen Menschen. Das erfolgreiche „Leverkusener Modell“ – Geflüchtete in Wohnungen statt Massenunterkünften – wollen wir auch für andere Gruppen ausbauen.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Wir sehen, dass die derzeitigen Richtwerte vielerorts nicht mit den tatsächlichen Mietpreisen Schritt halten. Das führt dazu, dass Betroffene aus ihrem ohnehin knapp bemessenen Regelsatz Mietkosten zuzahlen müssen – eine Situation, die wir für nicht akzeptabel halten. Die Grünen Leverkusen setzen sich für bezahlbaren Wohnraum ein: durch Nachverdichtung, Nutzung von Brachflächen, Förderung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft und den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus mit langfristiger Mietpreisbindung. Parallel dazu werden wir prüfen, ob die Richtwerte für Unterkunftskosten in Leverkusen realistisch sind und eine Anpassung notwendig ist. Auch andere NRW-Kommunen, etwa Solingen oder Kleve, haben deutlich gemacht, dass zu niedrige Obergrenzen zu sozialen Härten führen. Diesen Erfahrungen schließen wir uns an: Menschen im Leistungsbezug müssen angemessenen Wohnraum finden können, ohne aus dem Existenzminimum draufzahlen zu müssen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Wir wollen die Sozial- und Jugendhilfe durch gezielte Investitionen und eine bessere Personalstruktur sichern: Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Errichtung eines zweiten Bauspielplatzes, Schaffung neuer Jugendräume, mehr Schulsozialarbeit, zusätzliche Ferienangebote und eine gerechte Finanzierung der Kitas. Unser Ziel ist es, die Sozial- und Jugendhilfe auch in schwieriger Haushaltslage stabil zu halten, weil sie eine Investition in die Zukunft ist.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wir teilen die Einschätzung, dass unbezahlte Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit ein großes Problem sind. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es nicht hinnehmbar, dass Studierende während mehrmonatiger Vollzeitpraktika ohne Vergütung arbeiten müssen.

Konkret wollen wir:

- das kommunale Praktikumsstellen in Leverkusen vergütet werden,
- prüfen, ob wir Zuschüsse für freie Träger einführen können, damit auch diese Praktikumsplätze bezahlen können,
- uns dafür einsetzen, dass Land und Bund eine landesweite Regelung auf den Weg bringen.

Andere Kommunen in NRW zeigen, dass es möglich ist: In Dortmund erhalten Studierende im Pflichtpraktikum bereits 650 € monatlich. Auch Gewerkschaften wie ver.di fordern eine faire Vergütung. Wir schließen uns dem an: Eine Bezahlung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Fachkräftebindung – wir wollen, dass junge Menschen gerne in Leverkusen im sozialen Bereich arbeiten.

Linke Leverkusen

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Der Mangel an Schutzplätzen für Frauen in Leverkusen ist eine Farce. Als in den letzten Jahren Geld da war, wurden die Kapazitäten nicht erweitert obwohl dazu ein Ratsbeschluss aus 2020 vorliegt und die Istanbul-Konvention sogar schon seit 2018 in Deutschland in Kraft ist. Schon dort war klar es gibt zu wenig Kapazitäten (9 Plätze statt mind. 16), nun soll querbeet gekürzt werden, während an Steuergeschenken für die Industrie nicht gerüttelt werden soll. Nicht mit uns!

Wir treten für ein Wiedereinsetzen des früheren Gewerbesteuerhebesatzes ein, um mit den Einnahmen dringend notwendige Versorgungsaufgaben der Stadt, wie eben das Frauenhaus, abzusichern und auf eine angemessene Kapazität auszubauen.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Die Forderungen nach Kahlschlag in der sozialen Infrastruktur tragen wir nicht mit. Dem Schließen von dringend benötigten Einrichtungen werden wir nicht zustimmen.

Personal in der Sozialen Arbeit zu halten hat viel mit betriebsinternen Strukturen zu tun; beeinflussbar seitens der Stadt ist es vor allem durch eine langfristige Finanzierung, durch die unbefristete Verträge angeboten werden können. Bei der Personalgewinnung sollten tarifgebundene Stellen der Standard sein, häufig ist dies aber nicht machbar. Wir setzen uns für flächendeckende Tarifbindung ein, sodass bei städtisch angestelltem Sozialarbeiter*innen genauso wie bei von der Stadt finanzierten Stellen nach Tarif bezahlt werden muss, um durch angemessene Bezahlung Personalfuktuation zu vermeiden.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Natürlich werden wir darauf hinwirken, dass Kürzungen nicht die Schwächsten in der Gesellschaft trifft. Im Hinblick auf die Programme und "Versprechungen" anderer Parteien ist allerdings zu erwarten, dass alle freiwilligen Angebote der Stadt (d.h. ohne gesetzliche Verpflichtung) Streichungen erfahren werden, wenn es keine ausreichende Mehrheit links gibt. In Zusammenarbeit mit den Einrichtungen ist die Finanzierung auf möglichst viele Beine zu stellen, um Schließungen zu vermeiden, so z.B. durch eine vermehrte Verlagerung in die LVR-finanzierte Eingliederungshilfe oder durch die Schaffung von Projektstellen über Landes- und Bundesprogramme, bis sich die Haushaltsslage entspannt hat. Langfristig wird eine Reduktion des

Hilfebedarfs durch systemisch wirkende Maßnahmen, wie z.B. auf den Wohnungsmarkt, dabei helfen müssen (Siehe Punkt 3).

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir setzen uns für einen Bau von Wohnungen am tatsächlichen Bedarf ein statt an dem, was der "Markt" angeblich suggeriert. Das heißt auf der einen Seite kleinere, einfachere Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen, auf der anderen Seite insbesondere Wohnungen mit vielen Zimmern für kinderreiche Familien, um unnötigen, durch räumliche Enge bedingten Familienstress und Spannungen zu vermeiden. Gerade die städtische Tochter WGL hat sich hier in der letzten Zeit nicht mit Ruhm bekleckert, wie man am aktuellen "Projekt" am Königsberger Platz in Rheindorf sieht, wo ein ganzes Haus nur aus 2-Zimmer-Wohnungen besteht, für jeweils nur knapp unter 1000€ warm. Altbau, der oft immer noch günstiger ist als Neubauten, muss als Brückenlösung erhalten bleiben, die geplanten Neubauprojekte wiederum darauf hin getrimmt werden, dass möglichst viele Menschen möglichst günstig wohnen können. Über Luxusbauten und Doppelhaushälften kann man mit uns reden, sobald die Obdachlosigkeit in der Stadt in Gänze beendet ist.

Zur Sicherung und Wiederbenutzung von Wohnraum planen wir die (rechtlich problemlos mögliche) Einführung einer Wohnraumschutzsatzung, bei welcher die Bußgeldhöhe für Leerstand und illegaler Zweckentfremdung maximal ausgereizt wird. Dauerhaften Leerstand wollen wir so teuer machen, dass die Wohnraumnutzung sich mehr rechnet, als Gebäude leer stehen zu lassen, ferner fordern wir für baureife Grundstücke die Einführung der Grundsteuer C mit einem Hebesatz von 8.000%, wie es woanders in Deutschland schon geschieht. Dies möchten wir soweit ausreizen wie es geht, einerseits, weil sich sonst auf dem Wohnungsmarkt nichts ändert, andererseits, um damit künftige Projekte zur Wohnraumschaffung zu fördern. Eine Forderung ist z.B. ein "Alt zu Jung"-Wohnungstauschprogramm, insbesondere mit Hinblick auf teils massiv untergenutzte Einfamilienhäuser, die lange nach dem Auszug der Kinder zu anstrengend im Unterhalt für 1-2 Rentenbezieher*innen sind, andererseits (aufgrund der Marktlage) immer noch günstiger als eine Verkleinerung sind. Hier sehen wir für junge Familien ebenso wie für die überforderten bisherigen Bewohner*innen ein großes Potential. Die Umsetzung wird allerdings wahrscheinlich nicht einfach werden.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Auch in Leverkusen sind die Mieten in den letzten Jahren stark gestiegen, noch dazu wurden die Bodenrichtwerte in NRW neu ermittelt, wodurch in Leverkusen eine Finanzlücke von rund 10 Mio bei der Grundsteuer entsteht. Dies darf nicht auch noch den Mieter:innen aufgelastet werden. Aufgrund dieser Entwicklung sehen wir eine Anpassung als unumgänglich, zumal Maßnahmen, wie der Neubau von Sozialwohnungen, die die Wohnsituation als ganzes entspannen würden langwierig und kostenintensiv sind. Es war ein schwerer Fehler, ehemals Sozialen Wohnungsbau durch Privatunternehmen wie die Vonovia oder die LEG übernehmen zu lassen; deren Profitmotive stehen im krassen Gegensatz zu einem Grundrecht auf Wohnraum.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Zunächst setzen wir uns dafür ein, dass die kommunale Kinder- und Jugendarbeit durch die Finanzsituation der Stadt nicht geschwächt wird; um Personal aufzubauen und Finanzen zu verteilen sind aktuell keine Mittel vorhanden. Leider können wir daher, außer das Ehrenamt zu fördern, keine konkreten Maßnahmen versprechen. Sobald sich Spielraum ergibt, sollten weitere Angebote geschaffen werden, denkbar wäre zum Beispiel Freizeit- und Ferienangebote mit sozialpädagogischer Betreuung einzurichten.

Leverkusen hat gute Jugendhäuser und Schulsozialarbeiter*innen, deren Arbeit nicht immer sichtbar, aber unersetzbar für die Entfaltung von Kindern und Jugendlichen ist. Wir sehen es mit unserem Erfolg an, dass diese Einschätzung inzwischen von vielen Sozialpolitiker*innen in dieser Stadt geteilt wird.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Unbezahlte Arbeit, vor allem Sorgearbeit, ist nicht nur ein Problem bei studentischen Praktika, oft wird dort von Respekt geredet, ohne diesen finanziell zu erweisen. In diesem Wirtschaftssystem kann man aber von Respekt allein nicht leben, daher setzen wir uns, schon seit Jahren dafür ein, sachgrundlose Befristung und unbezahlte Praktika in der kompletten Stadtverwaltung und ihren Töchtern zu unterlassen. Es ist nicht schlüssig, dass an Mitarbeiter:innen gespart wird, während Geld für externe Berater*innen oder freie Träger vorhanden sein sollen.

FDP Leverkusen

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Es besteht dringlicher Handlungsbedarf angesichts stetig steigender Zahlen von gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen - jede Frau und jedes Mädchen hat das Recht auf Schutz und Unterstützung. Allerdings stehen wir auch über sieben Jahre nach Inkrafttreten der Istanbul-Konvention immer noch nicht da, wo wir sein müssten: In NRW fehlen mindestens 1.100 Frauenhausplätze. Auch wenn das Gewalthilfegesetz erstmals bundesgesetzlich sicherstellt, dass gewaltbetroffene Frauen einen kostenfreien Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung haben, löst es nicht automatisch die bestehenden Engpässe. Denn der Aufbau eines rechtlich abgesicherten Schutzsystems erfordert erhebliche finanzielle Mittel, die möglicherweise ineffizient eingesetzt werden, wenn der Fokus auf rechtlichen Mechanismen liegt, statt auf der unmittelbaren Ausweitung von Hilfsangeboten. Daher fordern wir direkte Maßnahmen, die an den bestehenden Herausforderungen ansetzen. Dazu gehören:

- direkte Hilfe durch ein Online-Register zur Registrierung und Abfrage von freien Frauenhausplätzen,
- mehr Effizienz durch einen Schwerpunkt auf einen raschen Ausbau von Frauenhausplätzen und der Verbesserung der Erreichbarkeit von Schutzangeboten,

- Forschung und Monitoring für einen bedarfsgerechten Ausbau an Frauenhausplätzen und passenden Präventionsmaßnahmen, wie z. B. die
- Fußfessel nach spanischem Modell.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen muss in all seinen Erscheinungsformen bekämpft werden. Dazu gehören auch Formen der digitalen Gewalt. Deswegen braucht es sofort umsetzbare Lösungen, die das Frauenhilfe-Unterstützungssystem effizienter machen und Prävention ausbauen. Handlungsbedarf ist nicht nur beim Personal, beim Ausbau der Kapazitäten vor Ort und bei der Anzahl an Schutzplätzen gegeben, sondern auch bei der verstärkten Täterarbeit und der Präventionsarbeit vom Bildungsbereich bis hin zur Information und Aufklärung. Ein langfristiger Ausbau von Kapazitäten könnte in Zukunft die Grundlage für einen umsetzbaren Rechtsanspruch schaffen, doch kurzfristig sollte der Fokus auf praktikablen Maßnahmen liegen.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Kürzungen bei der sozialen Infrastruktur und bei wichtigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten gefährden den Erhalt dieser Einrichtungen und Angebote und bedeuten erhebliche Einschnitte für die Unterstützung der betroffenen Menschen. Wichtige Präventionsarbeit würde wegfallen. Wir brauchen verlässliche Lösungen, um den Fachkräftemangel, die Unterfinanzierung und bürokratische Hürden bei der sozialen Infrastruktur anzugehen.

Verlässlichkeit der Angebote der sozialen Infrastruktur vor Ort und ihrer Förderung ist entscheidend, um Fachkräfte in der sozialen Arbeit halten zu können. Gerade bei Angeboten, die eine Landesförderung erhalten, brauchen wir mehr Verlässlichkeit. Es darf nicht mehr wie in den letzten beiden Jahren passieren, dass ausgelaufene Förderrichtlinien des Landes nicht rechtzeitig erneuert, angepasst bzw. neu gefasst werden. Dies ist unverantwortlich gegenüber den betroffenen Trägern. Wir brauchen eine rechtzeitige Veröffentlichung neuer Förderrichtlinien, pragmatische Lösungen zur Finanzierung für Übergangszeiträume, längere Förderphasen über mehrere Jahre und Maßnahmen zum Bürokratieabbau.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir setzen auf intelligente, faire und zukunftsfähige Lösungen für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dabei denken wir Wohnen neu – nicht nur durch Neubau, sondern auch durch bessere Nutzung des Bestands. Ein zentraler Ansatz ist die Aufstockung bestehender Wohnhäuser. Damit das gelingt, müssen Vorschriften entschlackt und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Auch die Umwandlung leerstehender Bürogebäude in Wohnraum scheitert aktuell oft an hohen Kosten und bürokratischen Hürden. Hier wollen wir klare, wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind für uns ein wichtiger Partner. Sie müssen dieselben Chancen wie private Investoren erhalten. Alle Akteure am Wohnungsmarkt sollen unter fairen Bedingungen agieren können – so entsteht echter Wettbewerb um die besten Ideen für unsere Stadt. Ein weiterer Baustein ist der soziale Wohnungsbau. Wir fordern, dass Fördermittel der KfW

und die Wohnraumförderung NRW einfacher und schneller abrufbar werden – abgestimmt auf die Nachfrage vor Ort.

Zur Beschleunigung von Bauprojekten setzen wir auf die konsequente Digitalisierung unserer Verwaltung. Mit digitaler Antragsstellung und KI-gestützten Prüfverfahren wollen wir das Bauamt entlasten und Projekte zügig ermöglichen.

Um Straßenobdachlosigkeit zu bekämpfen, setzen wir auf den Housing-First-Ansatz: Erst kommt die private Wohnung, dann alles andere. Dafür brauchen wir eine enge Partnerschaft zwischen den sozialengagierten Verbänden unserer Stadt, Groß- und Kleinvermietern sowie der Verwaltung.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Grundsätzlich treten wir dafür ein, die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) im Bürgergeld und das Wohngeld zu einer einzigen Leistung zusammenzufassen, die von einer zentralen Stelle ausgezahlt wird. Die aktuelle Berechnung von Miet- und Heizkosten ist sehr aufwendig und führt in der Einzelfallbetrachtung zu gewaltigem Verwaltungsaufwand. Deshalb soll die neue gebündelte Leistung eine regionalspezifische Pauschale für Unterkunftskosten beinhalten. Diese Pauschalen sollen sich an die bisherigen Mietstufen im Wohngeld anlehnen. Dabei müssen aber neben den Bestands- insbesondere auch die Angebotsmieten berücksichtigt werden.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Wir setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen ein, damit diese ihre Aufgaben in der Sozial- und Jugendhilfe verlässlich erfüllen können. Dazu gehören eine faire Kostenbeteiligung des Landes, Entlastungen von Bürokratie und flexible Lösungen vor Ort. Zugleich wollen wir die Fachkräftegewinnung durch attraktivere Ausbildungswege, Quereinstiegsmöglichkeiten und bessere Rahmenbedingungen unterstützen. Bei Personalbindung im Allgemeinen Sozialen Dienst braucht es bessere Arbeitsbedingungen, Supervision und Fortbildung. Wir wollen verbindliche Standards für Fallzahlen pro Mitarbeiter.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Pflichtpraktika sind keine Nebentätigkeit, sondern ein wesentlicher Teil der Ausbildung und Qualifizierung. Dies nicht zu vergüten oder eine bloße Aufwandsentschädigung zu zahlen wird dem Stellenwert nicht gerecht. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Pflichtpraktika in der Sozialen Arbeit verbindlich vergütet werden. So wie es bereits in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung umgesetzt ist, braucht es auch hier eine angemessene Bezahlung. Das ist nicht nur eine Frage der Wertschätzung, sondern auch ein wichtiger Baustein, um junge Menschen für den Beruf zu gewinnen, Fachkräfte zu binden und den Mangel in der Sozialen Arbeit wirksam zu bekämpfen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen und Träger hier unterstützt werden, etwa durch eine faire Refinanzierung sowie durch verbindliche Standards, die Planungssicherheit für Studierende und Einrichtungen schaffen.

Mönchengladbach

Grüne Mönchengladbach

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Insgesamt gibt es zwei Frauenhäuser in der Stadt Mönchengladbach. Beide werden von unabhängigen Trägern und mit finanzieller Unterstützung der Stadt betrieben.

- Frauenhaus 1 (Träger: Frauenhaus Rheydt und Frauenberatungsstelle Mönchengladbach e.V.)
- Frauenhaus 2 (Träger: Sozialdienst Katholischer Frauen Mönchengladbach e.V. - SKF)

Auch wir/ich wünschen uns einen Ausbau auf mehr Plätze, da der Bedarf leider unverändert hoch ist. Das ist aber maßgeblich eine Frage der Kooperationspartner, ob sie die Plätze ausbauen können und wollen. Außerdem benötigen wir dazu entsprechende Mittel oder Förderungen.

Wir werden als Fraktion oder im Fall, dass wir den Oberbürgermeister stellen, werden wir diesen Bedarf bzw. die IST-Situation prüfen und ggfs. Anträge auf Haushaltsmittel stellen, um die Träger besser zu unterstützen. Die Mittel sind derzeit über Leistungsvereinbarungen festgeschrieben. Eine Neueinrichtung durch die Stadt Mönchengladbach selbst, sehen wir derzeit nicht.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Unsere Strategie hier ist die eines guten und attraktiven Arbeitgebers. Dazu gehört: Aus- und Weiterbildung fördern, Karrierewege und Aufstiegschancen schaffen und Verbesserung der Arbeitsumgebung. Außerdem wollen wir durch gezieltes Marketing und Öffentlichkeitsarbeit auf diese Arbeitsplätze aufmerksam machen.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Durch eine pauschale Finanzierung pro Platz oder eine langfristige Förderung über mehrere Jahre gibt den Trägern Planungssicherheit. Das ermöglicht ihnen, Personal zu halten und langfristige Projekte zu entwickeln. Zudem setzen wir auf eine genaue Analyse des Bedarfs, sowie eine Zusammenarbeit der verschiedenen Träger.

Insgesamt benötigen wir eine vorausschauende und präventive Herangehensweise und Planung.

Mönchengladbach ist eine Stadt mit sehr viel Engagement aus der Zivilgesellschaft und des Ehrenamtes. Dieses kann und muss weiter ausgebaut werden. Eine Einbindung in die Planung und Abstimmung untereinander ist hier ebenfalls eine wichtige Voraussetzung.

Am Ende gilt es, im neuen Stadtrat auch für die politischen Mehrheiten zu werben. Es muss diesem klar gemacht werden, dass vermeintliche Einsparungspotentiale später zu deutlich höheren Kosten führen.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Zunächst: Wir haben bereits eine Wohnbauoffensive in den letzten Jahren umgesetzt, die einen Rekordbetrag an Fördermitteln in unsere Stadt geholt hat. Außerdem haben wir die städtische Wohnungsbaugesellschaft durch Kapital- und Gebäude/Grundstückseinlagen deutlich besser ausgestattet und aufgestellt.

Wir wollen verschiedene Strategien einsetzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, natürlich auch für Studenten und wohnungslose Menschen. Die Herausforderung ist dabei vielfältig, da der Wohnungsmarkt angespannt ist und sowohl Neubau als auch die Sicherung bestehenden Wohnraums eine Rolle spielen.

Hier sind die wichtigsten Ansätze:

- Öffentlich geförderter Wohnungsbau: Wir wollen noch mehr Fördermitteln für den Bau von günstigen, Mietpreis gebundene Wohnungen nach Mönchengladbach holen. Ziel ist es, den Anteil an preisgebundenen Wohnungen weiter zu erhöhen, da in den letzten Jahrzehnten viele Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen sind. Mönchengladbach konnte hier in letzter Zeit eine hohe Summe an Fördergeld des Landes NRW abrufen, diese müssen nun umgesetzt werden
- Kommunalen Wohnungsbau: Die städtische Wohnungsbaugesellschaft, wie die WohnBau, spielen eine wichtige Rolle. Sie sollen verstärkt auf städtischen Grundstücken neuen, mietpreisgedämpften Wohnraum schaffen. Dazu wurden bereits Mittel im städtischen Haushalt eingestellt. Das wollen wir fortsetzen.
- Neues Bauen: Die städtische WohnBau soll verstärkt angehalten werden, durch Standardisierung und Kostenoptimierung qualitativ und gleichzeitig kostengünstiger zu bauen.
- Aktivierung privater Investitionen: Wir wollen die Rolle der kommunalen Entwicklungsgesellschaft (EWMG) stärken, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die private Investitionen in den Wohnungsbau holt. Ziel: Wohnraum in allen Marktsegmenten zu ermöglichen. Hier wollen wir außerdem eine Quotenregelung für einen fairen Anteil an geförderten Wohnraum.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

In Mönchengladbach gibt es aktuelle Änderungen bei den kommunalen Richtwerten für die Kosten der Unterkunft. Die neuen Richtlinien sind ab dem 1. Januar 2025 in Kraft getreten und wurden vom Jobcenter Mönchengladbach veröffentlicht. Diese Änderungen betreffen sowohl die Bruttokaltmiete als auch die Heizkosten.

Die neuen Richtwerte für 2025 sind gestaffelt nach der Haushaltsgröße und legen Höchstgrenzen für die Bruttokaltmiete (Nettokaltmiete + kalte Nebenkosten) fest:

- 1 Person: bis zu 500 €

- 2 Personen: bis zu 640 €
- 3 Personen: bis zu 790 €
- 4 Personen: bis zu 940 €
- 5 Personen: bis zu 1170 €
- Ab der 6. Person: Erhöhung um 117 € pro zusätzlicher Person.

Diese Werte sind höher als die vorherigen Richtlinien und sollen eine bessere Anpassung an die gestiegenen Mietpreise ermöglichen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Siehe Punkt 2a. Diese gelten hier genauso. Die Bezahlung erfolgt für städtische MitarbeiterInnen nach Tarifverträgen auf die wir keinen Einfluss haben, aber aufgrund der Haushaltslage keine weiteren Übertariflichen Angebote machen können, stattdessen bieten wir eine Reihe anderer Leistungen an.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Nicht alle Pflichtpraktika in der Sozialen Arbeit in Mönchengladbach werden vergütet, da der gesetzliche Mindestlohn für diese Art von Praktika nicht gilt. Die Vergütung hängt stattdessen stark vom jeweiligen Träger ab. Wir setzen uns klar dafür ein, dass solche Praktika vergütet werden.

SPD Mönchengladbach

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir gehen den Bau einer neuen Einrichtung/ eines neuen Frauenhauses an. Auch darüber hinaus wollen wir die Kapazitäten weiter ausbauen, da der Bedarf leider steigt. Mein Ziel ist klar: Keine Frau und kein Kind in Mönchengladbach soll in einer Gewalt- oder Bedrohungssituation ohne sicheren Schutzplatz bleiben. Wir hoffen auf Fördermittel, damit diese wichtige Aufgabe umfassender erfüllt werden kann.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Ja, die Kommunen sind unterfinanziert und das Land zieht sich gleichzeitig aus Programmen und Projekten zurück. Das ist eine schwere Belastung. Vor Ort handeln wir möglichst faire Leistungsvereinbarungen mit den Trägern der freien Wohlfahrt aus und geben damit für einen begrenzten Zeitraum Sicherheit.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Pauschale Einsparungen lehnen wir ab und arbeiten gemeinsam mit den Trägern daran, die Wirksamkeit zu überprüfen und das Geld möglichst sinnvoll einzusetzen. Wir beteiligen uns aktiv an Förderprogrammen und übernehmen auch teilweise Eigenanteile, um Förderung zu erreichen.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Zum Glück verfügt Mönchengladbach über ein eigenes, kommunales Wohnungsunternehmen. Durch gezielte Grundstückseinlagen, Baurecht und mehr Eigenkapital befinden sich zurzeit 80-90 Wohnungen im Bau. Diesen Weg setzen wir fort. Darüber hinaus schaffen wir zurzeit Baurecht für privates Investment und erschließen neue Baugebiete. Fördermittel werden zurzeit in großem Umfang in Anspruch genommen. 2024 konnten wir durch mehrfache Aufstockung 274 Prozent des ursprünglichen Budgets nach Mönchengladbach holen. Auch 2025 gibt es schon deutlich mehr Anträge als Budget.

Durch aufsuchendes Streetwork, Zielgruppenansprache und Wohnprojekte wie Housing First beteiligen sich Stadt und Träger vielfältig in der Stadt. Die Stadt hat gerade eine neue, eigene Notschlafstelle für Männer eröffnet und auch ein Tagesangebot aufgebaut. So finden mehr Menschen einen Weg aus der Wohnungslosigkeit.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die Richtwerte werden regelmäßig fachkundig überprüft und neu festgelegt. 2024 erfolgte die fünfte Fortschreibung.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Mönchengladbach hat eine differenzierte und wertvolle Sozial- und Jugendhilfelandchaft. Mit dem neuen Familienberatungszentrum, das aufgrund einer umfangreichen Spende errichtet werden konnte, schaffen wir wichtige Angebote. Darüber hinaus wachsen Angebote in den Innenstädten. Gerade wurde die Offene Kinder- und Jugendarbeit der freien Träger finanziell gestärkt, sodass vier weitere Stellen eingerichtet werden konnten. Dazu kommt der Ausbau von Kita- und Ganztagsgruppen in den Grundschulen, Beteiligungs-, Sport- und Kulturprogramme. Auch Ferienprogramme werden nun angeboten. Natürlich gehört auch die Präventionsarbeit in den Fokus unserer politischen Arbeit.

Auch hier wünschen wir uns eine stärkere Unterstützung seitens des Landes.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wir bieten seit vielen Jahren erfolgreich mit der Hochschule Niederrhein ein duales Studium im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienst an. Dies wird selbstverständlich auch angemessen vergütet. Zudem prüfen wir als Stadt derzeit die verschiedensten Maßnahmen, um unsere Arbeitgeberattraktivität auch im Bereich der Sozialen Arbeit zu steigern und unsere Mitarbeitenden,

Auszubildenden und Praktikant*innen zu stärken und zu unterstützen. Auch wenn wir aktuell vergütete Pflichtpraktika aufgrund der haushalterischen Situation nicht anbieten können, nutzen wir eine Vielzahl von Möglichkeiten, damit Studierende spüren, dass sie willkommen sind, gefördert und ernst genommen werden. Neben einer hochwertigen Praxisanleitung und flexiblen Arbeitszeiten stellen wir den Zugang zu internen Qualifizierungsangeboten bereit und leben in den Teams eine Willkommenskultur und Beteiligung auf Augenhöhe. Uns ist wichtig, frühzeitige Perspektiven aufzuzeigen und interessierten Studierenden Karrierewege in der Kommune zu ermöglichen.

Münster

CDU Münster

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir fordern die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt. Die Stadt Münster muss sich auf allen Ebenen gegen Gewalt an Frauen und für umfassende Schutz- und Unterstützungsstrukturen einsetzen.

Die Zahl der Gewalttaten gegen Frauen ist alarmierend. Neben klassischen Frauenhäusern braucht es neue Schutzkonzepte für Frauen mit Kindern, die aus gewaltbelasteten Beziehungen kommen. Wir fordern u.a. die Einrichtung von Wohnungen nach dem Vorbild des niederländischen Oranje Huis, die Sicherheit und einen Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Auch Fußfesseln für gewalttätige Männer nach gesetzlichen Vorgaben sollen einbezogen werden, damit Frauen ihr gewohntes Wohnumfeld gar nicht erst verlassen müssen.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Wir setzen auf klare Haushaltsdisziplin, strategisches Controlling und kluge Investitionen in die Zukunft unserer Stadt. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist kein Selbstzweck – sie ist die Voraussetzung für soziale Sicherheit, gute Bildung und eine lebenswerte Stadt. Uns ist wichtig, dass niemand zurückgelassen wird – weder in wirtschaftlicher Not noch in sozialen oder gesundheitlichen Krisen.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Wir werden knappe Haushaltsmittel so priorisieren, dass soziale Hilfsangebote, Schuldnerberatung und Quartiersprojekte flächendeckend und unbürokratisch finanziert werden können. Die Gewinnung und langfristige Bindung von Fachkräften für Streetwork, Sozialarbeit und ärztliche Versorgung in den Brennpunktvierteln erfordert attraktive Arbeitsbedingungen und Anreizsysteme. Gleichzeitig müssen geeignete Flächen für Begegnungsräume, Sozialwohnungen und

altersgerechte Infrastruktur identifiziert sowie Genehmigungsverfahren digitalisiert und beschleunigt werden. Wir werden Gemeinschaftsbüros für Träger in den Stadtteilen prüfen, um Betriebskosten zu senken. Die eingesparten Kostensollen direkt in die Beratung fließen.

Soziale Verträglichkeit: Alle städtischen Vorhaben prüfen wir auf ihre Auswirkungen für einkommensschwache Haushalte.

- Faire Mittelverteilung: Bei Vergabe von Projektmitteln und Zuschüssen achten wir auf eine ausgewogene Berücksichtigung aller Stadtteile – mit besonderem Blick auf Brennpunktquartiere.
- Stärkung der Schuldnerberatung: Die Kapazitäten in der kommunalen Schuldnerberatung bauen wir deutlich aus, um Betroffene frühzeitig zu unterstützen.
- Soziale Netze und Beratungsangebote
- Bürgerzentren & Bürgerhäuser: Wir stärken diese Orte des nachbarschaftlichen Miteinanders durch bessere Ausstattung und verlässliche Finanzierung.
- Sozialraumorientierte Arbeit: In allen Vierteln, besonders dort mit hohem Unterstützungsbedarf, fördern wir Streetwork, aufsuchende Sozialarbeit und lokale Sozialbüros.
- Transparenz & Information: Die Vielfalt sozialer Angebote kommunizieren wir klar und leicht zugänglich für alle Münsteraner.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Für die CDU gilt die Leitlinie: Bauen, Bauen, Bauen! Deshalb wollen wir dringend benötigten Wohnraum schaffen und diesem Anliegen eine besondere Priorität geben. Gleichzeitig wollen wir die zu hohen Baustandards abbauen, um das Bauen und die Mieten bezahlbar zu machen, vor allem für Familien, aber auch für Menschen mit geringerem Einkommen, z.B. Rentner oder Studierende:

- Neue Sozialwohnungen: Wir treiben den Neubau von Sozialwohnungen konsequent voran, um den Wohnungsmarkt zu entlasten.
- Familiengerecht & generationenübergreifend: Junge Familien sowie ältere Münsteraner unterstützen wir durch altersgerechte Wohnformen und genossenschaftliche Projekte.
- Quartiersnahe Lösungen: Durch Förderprogramme stärken wir gemeinschaftliches Wohnen in bestehenden Stadtteilen.
- Baugrundstücke für Wohnzwecke werden in einem vereinfachten, pragmatischen Vergabeprozess vermarktet.
- Es wird geprüft, welche weitere Flächenpotentiale zum Wohnraum entwickelt werden können. Hierzu gehören u.a. Baulücken und insbesondere Brachflächen bzw. un- und untergenutzte Flächen, oder Flächen, die durch Verlagerung der aktuellen Nutzung frei werden.
- Wir wollen durchmischte Wohngebiete, die Wohnen für alle ermöglichen.

Die CDU setzt sich für ein digitales Wohnungstauschportal ein. Viele ältere Menschen möchten ihre zu groß gewordenen Wohnungen gegen kleinere, barrierefreie tauschen – gleichzeitig suchen

Familien dringend größere Wohnungen oder Häuser. Wir setzen uns für Einbindung großer Wohnungsunternehmen und Genossenschaften zur aktiven Unterstützung des Wohnungstauschs.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Personen, die Bürgergeld (SGB II) oder Sozialhilfe (SGB XII) erhalten, haben einen Anspruch auf Übernahme der Kosten für die Unterkunft und Heizung. Anerkennungsfähig sind die angemessenen Kosten für die Unterkunft (Bruttokaltmiete = Nettokaltmiete + kalte Nebenkosten) sowie die angemessenen Heizkosten.

Die Mietrichtwerte werden aktualisiert. Die Aktuellen Werte orientieren sich am bundesweitem Heizspiegel. Die Ermittlung der angemessenen Unterkunftsbedarfe ist jeweils im Einzelfall nach Ablauf der Karenzzeit vorzunehmen, sodass bei jeder Einzelfallprüfung sämtliche Kriterien zu berücksichtigen sind, die zu einem Abweichen von den Richtwerten führen können.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

s. Frage 2)

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Die aktuelle Situation stellt sich derzeit wie folgt dar: Die studienintegrierten Fachpraktika sind in der Studien- und Prüfungsordnung geregelt (Ordnung zur studienintegrierten Praxisphase). Vor der Aufnahme eines Praktikums schließen die Studierenden mit der Praktikumsstelle einen Praktikumsvertrag ab. Die Studierenden sind während der studienintegrierten Praxisphase nach § 2 Abs.1 Nr. 8c SGB VII gesetzlich gegen Unfall versichert. Erhält der Praktikant eine Vergütung vom Arbeitgeber, ist diese grundsätzlich lohnsteuerpflichtig nach den allgemeinen Regelungen. Handelt es sich um eine geringfügige Beschäftigung, kann die Lohnsteuer pauschaliert werden. Sozialversicherungsrechtlich sind Zwischenpraktika generell versicherungsfrei

Wir werden uns dafür einsetzen, dass es zu einer sachgemäßen Vergütung kommen wird.

ÖDP Münster

Gestatten Sie uns vorab eine grundsätzliche Bemerkung: die kommunalen Finanzen stehen extrem unter Druck. Die kommunalen Haushalte befinden sich deutschland- und NRW-weit unter Druck. Ursache dafür ist aus unserer Sicht die fehlende Finanzierung durch Land und Bund. Die oberen staatlichen Ebenen übertragen immer mehr Aufgaben an die Kommunen, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Der verfassungsrechtliche Grundsatz der Konnexität wird massiv verletzt. Für uns als kommunalpolitisch Agierende heißt das, dass wir vor sehr schwierigen Entscheidungen stehen, weil nicht mehr alles, was wichtig für unsere Stadt ist, aus dem städtischen Haushalt finanziert werden kann. Gerade die Ausweitung bestehender Angebote bzw. die

Übernahme neuer Finanzierungsverpflichtungen wird immer schwieriger. Natürlich ist von dieser Situation auch der Bereich, den Sie in Ihren Wahlprüfsteinen ansprechen, betroffen.

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Die Schaffung und Unterhaltung ausreichender Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen halten wir für sehr wichtig. Hier hat die Stadt in der Vergangenheit Verbesserungen geschaffen (z.B. mit dem Neubau eines Frauenhauses durch eine kommunale Stiftung), die allerdings nicht ausreichen, um dem Bedarf gerecht zu werden. Wir schlagen vor, dass im Stadtkonzern noch einmal intensiv überlegt wird, ob – bspw. bei den kommunalen Stiftungen oder im städtischen Vermögen - eine Immobilie für diesen Zweck umgenutzt werden kann. Hier ist im Rahmen der Haushaltsberatungen für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Für uns ist klar, dass sämtliche Bereiche der Sozialen Infrastruktur wichtigste präventive Leistungen für die Gesellschaft erbringen. Wird hier gespart, führt das mittel- und langfristig zu mehr menschlichem Leid und höheren Haushaltsbelastungen. Dies versuchen wir mit unseren politischen Lösungsvorschlägen zu verhindern. Bei der Beratung des letzten Haushaltes im Dezember 2024 wurde von der Verwaltung die Streichung einer Migrationsberatungsstelle vorgeschlagen, die dann von Grünen, SPD, FDP und Volt beschlossen wurde. Wir haben uns für den Erhalt des Angebotes eingesetzt und einen Finanzierungsvorschlag gemacht. Leider konnten wir uns im Rat nicht damit durchsetzen. Wir werden uns weiterhin mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die Soziale Infrastruktur vollständig erhalten bleibt und nach Möglichkeit ausgebaut wird. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit sind dabei die Angebote für Menschen mit Migrationsgeschichte, weil sie Grundlage gelingender Integration sind. Nur so können wir die wichtigen Potentiale dieser Personengruppe für unsere Stadtgesellschaft heben.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Uns ist bewusst, dass Wohnraum in Münster jetzt schon für einige Bevölkerungsgruppen nicht mehr bezahlbar ist. Angesichts der Rahmenbedingungen mit sehr hohen Grundstückspreisen und stark gestiegenen Baukosten halten wir es für nicht ehrlich, bezahlbaren Wohnraum für alle zu versprechen. Leider geschieht dies in der politischen Diskussion regelmäßig. Unsere Strategie sieht zunächst vor, die städtische Tochtergesellschaft Wohn- und Stadtbau GmbH weiter zu stärken und einen Großteil der neu zu vergebenden Grundstücke an diese Gesellschaft zu vergeben. Dadurch gewinnen wir mittelfristig einen besseren Zugriff auf den Wohnungsmarkt. Das gleiche Ziel verfolgt die von uns befürwortete bevorzugte Versorgung von (neuen und alten) Wohngenossenschaften in Münster mit geeigneten Grundstücken. Auch hier handelt es sich um Investoren, die nicht auf Gewinnmaximierung aus sind, sondern eine Gemeinwohlorientierung aufweisen. Die Erwartung an die genannten Investoren ist ganz klar, dass sie für geeignete Angebote für Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, sorgen. Projekte mit wesentlichen Anteilen an Wohnungen im

Sozialen Wohnungsbau sind ebenfalls umzusetzen, um die Anzahl an geförderten Wohnungen perspektivisch deutlich zu erhöhen.

Neuer Wohnraum sollte vor allen Dingen durch Nachverdichtung im Innenbereich und das Schließen von Baulücken ebenda erfolgen. Die Grünzüge der Stadt müssen komplett frei von Bebauung bleiben, um den vollständigen Kollaps des Stadtklimas zu verhindern.

Innenstadttemperaturen von über 50 Grad (im Kreuzviertel wurden 52 Grad gemessen) sprechen da eine klare Sprache.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Natürlich wäre eine Anhebung der kommunalen Richtwerte wünschenswert und angemessen. Angesichts der schwierigen Haushaltslage wird eine auskömmliche Finanzierung allerdings sehr schwer umzusetzen sein. Bei den kommenden Haushaltsberatungen ist dieses Thema so gut es geht zu berücksichtigen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Eine Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe halten wir für sehr wünschenswert. Durch die Mehrheit aus Grünen, SPD, FDP und Volt wurden im Mai die sogenannten Fallscouts, ein Angebot der Kommune, um Menschen mit Migrationsgeschichte das Ankommen im Schulsystem zu ermöglichen und zu erleichtern, gestrichen. Dies halten wir für einen extrem kontraproduktiven Beschluss. Wir möchten dieses Angebot wieder aufbauen. Klar ist allerdings, dass dies eine finanzielle Mehrbelastung für den Haushalt darstellt, die Einsparungen oder Mehreinnahmen an anderer Stelle voraussetzt.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Wir haben uns bereits in der abgelaufenen Wahlperiode für eine angemessene Vergütung von kommunalen Praktika (freiwillig und pflichtig) eingesetzt. Dies ist leider nur sehr bedingt erfolgreich gewesen. Eine angemessene Finanzierung der angesprochenen Pflichtpraktika halten wir aus mehreren Gründen für erforderlich. Zum einen ermöglicht eine Finanzierung die volle Konzentration der Kolleginnen und Kollegen auf ihr Praktikum. Dies ermöglicht zum ersten Mal einen längeren und vollständigen Einblick in den Arbeitsalltag in der Sozialen Arbeit und ist von daher für den weiteren Berufsweg der Praktikantinnen und Praktikanten sehr wichtig. Gleichzeitig kann sich die Stadt auf diesem Wege als attraktive Arbeitgeberin positionieren. Die Gewinnung und möglichst langfristige Bindung von Personal in der Sozialen Arbeit ist für die Stadt ein sehr schwieriges Thema, bei dem noch längst nicht alle Potentiale städtischerseits gehoben sind. Die Finanzierung der Vergütung kann zumindest teilweise durch Einsparungen im Personalamt erfolgen, weil für den Personalgewinnungsprozess weniger Aufwand erforderlich ist. Eine Gegenfinanzierung vorausgesetzt ist natürlich ein entsprechender Zuschuss an freie Träger ebenfalls wünschenswert.

SPD Münster

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Wir wollen den Ausbau von Schutzplätzen in Frauenhäusern und Krisenzentren gezielt vorantreiben, indem wir kurzfristig städtische Immobilien nutzen und mit Trägern zusätzliche Kapazitäten schaffen. Langfristig sichern wir Planungssicherheit durch feste Haushaltsmittel, mehrjährige Finanzierungsvereinbarungen und Fördermittel von Land und Bund. Gleichzeitig stärken wir Personal, Prävention und Koordination, damit Frauen in gefährdeten Lebenslagen schnell und zuverlässig Hilfe finden.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Die SPD Münster will die Soziale Arbeit stärken, indem wir gute Arbeitsbedingungen, verlässliche Finanzierung und langfristige Verträge sichern. Personalgewinnung und -bindung sollen durch faire Bezahlung, Qualifizierung und attraktive Rahmenbedingungen gelingen. Trotz knapper Haushalte wollen wir soziale Infrastruktur priorisieren und nicht kaputtsparen.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Wir setzen auf präventive und kontinuierliche Angebote, um langfristige Folgekosten und Mehrbelastungen zu vermeiden. Einrichtungen wie Migrationsberatungen sollen erhalten bleiben, weil sie Integration fördern und spätere Hilfebedarfe verringern. Soziale Arbeit ist für uns eine Investition in den Zusammenhalt der Stadt, nicht nur ein Kostenfaktor.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, indem wir die Bauleitplanung konsequent auf gemeinwohlorientierte Projekte ausrichten, das Vorkaufsrecht der Stadt nutzen und Flächen in Erbpacht vergeben. Die städtische Wohn + Stadtbau soll deutlich mehr Wohnungen bauen, Mietpreisbindungen im Neubau sichern und bestehende Bindungen verlängern. Für wohnungslose Menschen setzen wir auf Housing-First-Modelle, mehr Notunterkünfte und passgenaue Hilfen, damit sie schnell wieder eine eigene Wohnung finden.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Wir fordern keine konkrete Festlegung zu Änderungen der kommunalen Richtwerte für Unterkunftskosten nach SGB II oder SGB XII. Unser Ziel ist jedoch, dass alle Menschen – auch im Leistungsbezug – Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Deshalb setzen wir auf mehr gemeinwohlorientierten Wohnungsbau, verlängerte Mietpreisbindungen und die aktive Nutzung

des städtischen Vorkaufsrechts, um den Druck auf den Wohnungsmarkt zu senken und so auch den Kreis der Wohnungen zu erweitern, die innerhalb der geltenden Richtwerte liegen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Die SPD Münster will die Sozial- und Jugendhilfe langfristig sichern, indem sie Personalgewinnung und -bindung durch gute Arbeitsbedingungen, verlässliche Verträge und faire Bezahlung stärkt. Fachkräfte sollen gezielt gewonnen werden, etwa durch Ausbildung, Qualifizierung und attraktive Rahmenbedingungen in städtischen Einrichtungen. Finanziell soll die soziale Infrastruktur im Haushalt priorisiert werden, um Kürzungen zu vermeiden und eine stabile, bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Die SPD Münster fordert nicht explizit eine Vergütung studienintegrierter Pflichtpraktika in der Sozialen Arbeit. Klar formuliert ist jedoch das Ziel, soziale Berufe durch bessere Arbeitsbedingungen, gezielte Ausbildung und Fachkräftebindung zu stärken. Vor diesem Hintergrund sehen wir eine faire Bezahlung solcher Praktika als sinnvolle und folgerichtige Maßnahme, um Nachwuchskräfte zu gewinnen und in Münster zu halten.

Volt Münster

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Volt setzt sich für den Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen mit langfristiger und verlässlicher Finanzierung. Dafür sollen vor allem in Abstimmung mit dem Land NRW Lösungen gefunden werden, die nicht nur eine Versorgung für die Stadt Münster, sondern für das gesamte Münsterland sicherstellen. Ergänzt werden soll das Angebot um digitale und anonyme Beratungsangebote als niederschwelliger Zugang zu Hilfsangeboten.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode haben wir gemeinsam mit den Koalitionspartnern versucht, trotz einer angespannten Haushaltslage, soziale Infrastruktur zu erhalten. In Zukunft möchte Volt, in Abstimmung mit den Trägern sozialer Angebote, diese konsequent priorisieren, Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit messen sowie Ressourcen bündeln. In diesem Prozess sollte gleichzeitig die Planungssicherheit für die Anbieter sozialer Infrastruktur berücksichtigt werden.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Unser Ziel ist es, Folgen von ggfs. stattfindenden Sparmaßnahmen gar nicht erst auftreten zu lassen. Das kann zum Beispiel durch eine Folgeabschätzung passieren, welche vor Kürzung von

Mitteln stattfinden soll. In einer Sozialverträglichkeitsprüfung kann geschaut werden, welche Gruppe wie stark betroffen wären. In diesem Prozess soll auch eine Partizipation der Träger sozialer Infrastruktur stattfinden.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Münster wächst – und braucht ein neues sozial-ökologisches Stadtteil, sowie Quartiere, die mehr können als nur Wohnraum stapeln. Wir setzen auf moderne Modellquartiere, die bezahlbares, energieeffizientes Wohnen mit leistungsfähiger Infrastruktur, kurzen Wegen und sozialem Leben vereinen. Sie verbinden Strom, Wärme, Internet und Mobilität mit urbanem Grün, Nachbarschaftszentren und öffentlichem Raum. Damit diese Orte Wirklichkeit werden, fordern wir eine Überarbeitung des Handlungskonzepts Wohnen und eine aktivere Rolle der Stadt als Bauherrin. Genossenschaften, innovative Wohnformen und gemeinwohlorientierte Projektträger sollen gezielt gestärkt werden. Gleichzeitig muss soziale Infrastruktur von Anfang an mitgedacht werden – von der Kita über den Quartiersplatz bis zur Energiezentrale.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Wir wissen, dass bezahlbarer Wohnraum in Münster eine wachsende Bedeutung hat. Dieser sollte allen Münsteraner*innen zur Verfügung stehen. Die kommunalen Richtwerte spielen dabei eine entscheidende Rolle und sollten dem aktuellen Mietniveau angemessen sein. Unser Ziel ist es, Lösungen zu finden, die sozial gerecht, wirtschaftlich tragfähig und verantwortungsvoll sind. Wie genau, werden wir nach der Wahl in einem transparenten Prozess mit Bürger*innen, Fachleuten und Verbänden entwickeln

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen, um die kommunale Sozial- und Jugendhilfe zu stärken. Diese hängen stets vom bestehenden Bedarf ab, den es zunächst zu eruieren gilt. Möglich wären z.B.: Koordinationsstellen in den Quartieren: Einrichtung zentraler Netzwerkstellen zur Vernetzung von Jugendhilfe, Kitas, Schulen und freien Trägern. Sozialraumanalysen & Netzwerktreffen: Förderung einer datenbasierten Planung (z. B. zur Bedarfssteuerung) und regelmäßige Gespräche aller Akteur*innen zur frühzeitigen Identifikation sozialer Bedarfe. Ausbau familiennaher Angebote: Etablierung von Familienzentren mit Elternberatung, Gesundheitsvorsorge und Sprachförderung direkt im Quartier – auch als Treffpunkt für kostenlose bzw. kostengünstige Eltern- und Betreuungsangebote. Mobile & aufsuchende Sozialarbeit sowie: Verstärkte Präsenz außerschulischer Sozialarbeit, mobile Teams, um niedrigschwellige Unterstützung vor Ort zu ermöglichen. Eine Finanzierung entsprechender Maßnahmen wäre dabei über eine Priorisierung der Maßnahmen - auch im Bezug zum Gesamthaushalt - vorzunehmen. Gleichzeitig sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Mittel aus Förderprogrammen der EU, des Bundes und des Landes zu erhalten.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Am 30.11.2021 haben wir gemeinsam mit dem Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der SPD im Ausschuss für Personal, Digitalisierung, Organisation, Sicherheit und Ordnung beantragt, dass die Stadt Münster ab 2023 für die bei ihr durchgeführten Pflichtpraktika ab drei Monaten Länge eine Vergütung einführen solle. Der Ausschuss und in Folge der Rat beschlossen daraufhin mehrheitlich, zu diesem Zweck jährlich eine Summe von 150.000 € zur Verfügung zu stellen.

Grüne Münster

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Als Grüne haben wir in Münster die Umsetzung der Istanbul-Konvention maßgeblich vorangetrieben. Der vom Rat beschlossene Aktionsplan umfasst 85 Maßnahmen in den Bereichen Prävention, Schutz & Unterstützung sowie Strafverfolgung. Wir haben die Verwaltung beauftragt, diese Maßnahmen umzusetzen, und die Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Istanbul-Konvention“ gefordert. Für uns ist klar: Die Finanzierung von Frauenhausplätzen darf nicht länger ein Flickenteppich sein. Daher setzen wir uns im Austausch mit anderen Kommunen dafür ein, dass die Einzelfallfinanzierung der Frauenhausplätze durch eine pauschale Finanzierung ersetzt wird.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Gute Arbeit in der Sozialen Arbeit braucht mehr als eine faire Bezahlung. Als Grüne setzen wir uns für attraktive Arbeitsbedingungen ein: unbefristete Arbeitsverträge, Fort- und Weiterbildungsangebote, Supervision und Coaching, qualifizierte Führungskräfte und klare Aufstiegsperspektiven. Wichtig ist zudem ein gezielter Einstieg für Absolvent*innen durch Orientierungsstellen und gute Praxisanleitung direkt nach dem Studium.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Kürzungen in der sozialen Infrastruktur sind kurzfristig. Schließungen von Einrichtungen, wie etwa in der Migrationsberatung, führen langfristig zu höheren Folgekosten. Deshalb setzen wir auf Prävention als zentralen Baustein, um Hilfebedarfe zu reduzieren. Das bedeutet: Investitionen in frühzeitige Unterstützung, Beratung und quartiersnahe Angebote, die Menschen stabilisieren, bevor Krisen eskalieren.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Luxus sein. Wir werden konsequent Instrumente wie das kommunale Vorkaufsrecht und die Stärkung gemeinwohlorientierter Träger nutzen, um

bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Ergänzend wollen wir eine Bürger*innengossenschaft Münster aufbauen, die Wohnungen mit Hilfe eines städtischen Vorkaufrechts ankauft und dauerhaft der Spekulation entzieht. Die Wohnungslosigkeit in Münster nehmen wir sehr ernst. Mit Präventionsmaßnahmen, quartiernaher Unterstützung und Housing-First-Angeboten werden wir diese bis 2030 deutlich senken.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Die Gewährung von angemessenen Unterkunftskosten ist für uns GRÜNE ein wichtiges Anliegen. Die kommunalen Richtwerte müssen in einem „schlüssigen Konzept“ dargelegt sein und die Realität der tatsächlichen Mietkosten in Münster widerspiegeln. Eine Große Anfrage im Bundestag aus dem Jahr 2024 zur sogenannten „Wohnkostenlücke“ hat aufgezeigt, dass es in allen Gebietskörperschaften Abweichungen zwischen den Richtwerten und den realen Mietpreisen gibt. Hier sehen wir Handlungsbedarf. Bereits 2019 haben wir eine umfassende Anfrage an die Verwaltung zur Höhe und den Richtwerten für angemessene Wohnkosten gestellt. In ähnlicher Weise werden wir das Thema auch in der kommenden Ratsperiode erneut aufgreifen. Gerade in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt wie Münster ist es entscheidend, dass die vom Jobcenter bzw. Sozialamt ermittelten Obergrenzen realitätstauglich sind. Nur so können Menschen im Leistungsbezug ihre Miete für eine angemessene Wohnung tatsächlich finanzieren. Dafür werden wir Grüne uns einsetzen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Unsere Maßgabe lautet: Die Angebote müssen sich am Bedarf orientieren. Das bedeutet, dass wir Bedarfsentwicklungen frühzeitig analysieren und Schwerpunkte in der Finanzierung danach ausrichten. Gleichzeitig wollen wir die gute Vernetzung von Jugendhilfe, Schulen, Vereinen und freien Trägern weiter ausbauen, um Ressourcen effizient einzusetzen und Synergien zu nutzen.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Eine Vergütung, die sich an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten orientiert, klingt nach einer Selbstverständlichkeit, ist aber in der Realität nur selten gegeben. Die Stadt Münster zahlt für Pflichtpraktika 500 € monatlich. Im Haushalt sind dafür jährlich 150.000 Euro vorgesehen. Wir werden bei der Verwaltung anfragen, ob dieser Topf ausgeschöpft wird oder – falls nicht – zur Erhöhung der Pauschale genutzt werden kann. Unabhängig davon brauchen Träger Planungssicherheit und gute, verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie langfristig kalkulieren können und nicht von Projekt zu Projekt springen müssen.

Paderborn

Linke Paderborn

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Mehr Schutz & Planungssicherheit: Schutzplätze und Schutzwohnungen werden kreisweit ausgebaut und über mehrjährige Verträge abgesichert – inkl. queer- sensibler Angebote.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Gute Arbeit in der Sozialen Arbeit: Unbefristete, tarifgebundene Stellen, bessere Personalschlüssel, verbindliche Tariftreue in der Vergabe und multiprofessionelle Teams, u. a. in Schule und Jugendhilfe.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Bezahlbares Wohnen & Hilfe ohne Hürden: Aufbau einer kreisweiten Wohnungsbaugesellschaft, klare Sozialquoten, aktives Bodenmanagement – plus dezentrale, sichere Unterkünfte und Schutzkonzepte.

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

KdU realitätsgerecht: Ein neues, rechtssicheres „schlüssiges Konzept“ mit aktuellen Mietdaten und fairen Übergängen, damit Angemessenheitsgrenzen am realen Wohnungsmarkt bestehen.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Starke Sozial- & Jugendhilfe: Verlässliche Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Ausbau der Schulsozialarbeit, inklusive Angebote – auch im ländlichen Raum erreichbar.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Faire Praktika: Kreisrichtlinie zur Vergütung studienintegrierter Pflichtpraktika in der Sozialen

Arbeit; Refinanzierungszuschuss für freie Träger bei Einhaltung von Qualitäts- und Anleitungsstandards.

SPD Paderborn

1. Schutzplätze für Frauen in gefährdeten Lebenslagen (z. B. Frauenhäuser)

Das Frauenhaus in Paderborn hat Platz für 15 Frauen und 26 Kinder, damit erfüllen wir die Vorgaben der Istanbul-Konvention. Die Räumlichkeiten wurden erst vor wenigen Jahren neu bezogen und entsprechen modernen Standards. Die Stadt unterstützt das Frauenhaus jährlich, auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion gibt es inzwischen eine Leistungsvereinbarung, um die Finanzierung dauerhaft zu sichern. Damit wäre beispielsweise auch bei einer Haushaltssicherung der Stadt Paderborn der Beitrag der Stadt gesichert.

Der GMP kümmert sich um die Instandhaltung der Räumlichkeiten, das Sozialamt finanziert Plätze im Frauenhaus. Die Stadt hat beispielsweise die Erweiterung unterstützt, ein weiterer Raumbedarf wurde derzeit nicht angemeldet. Um die familiäre Atmosphäre der Einrichtung nicht zu gefährden, ist auch keine Erweiterung gewünscht. Es müsste also eine neue Einrichtung geschaffen werden. Wir stehen jedoch mit den VertreterInnen des Frauenhauses im engen Kontakt und würden weitere Bedarfe, die angemeldet werden, wohlwollend unterstützen, denn sie leisten wichtige Arbeit. Würden wir für das Paderborner Frauenhaus mehr Plätze schaffen, bräuchten wir natürlich auch mehr Personal, denn die Frauen brauchen Bezugspersonen. Wichtiger wäre stattdessen, dass NRW weit ein dichteres Netz an Einrichtungen geschaffen würde. NRW muss jetzt zügig das Gewalthilfegesetz umsetzen.

2a) Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit - Strategie trotz Haushaltsengpässen

Um Personal zu gewinnen und zu halten, bedarf es neben einer fairen Entlohnung vor allem guter Arbeitsbedingungen. Gerade im sozialen Bereich. Überlastung ein großes Problem. Dem können wir vor allem begegnen, wenn wir genügend Personal einstellen. Die SPD-Fraktion hat Personalkürzungen bisher nicht zugestimmt und wird es auch nicht tun, im Jugendamt wurden zuletzt elf zusätzliche Planstellen eingerichtet. Da gerade bei den unterstützenden Diensten erhebliche Engpässe bestehen und zu späte Hilfe oftmals zu stationären Unterbringungen führt, werden wir diesen Bereich sehr kritisch im Blick behalten. Etwas anders stellt es sich mit der Finanzierung der Verbände da. Die Zuschüsse der Stadt wurden fortgeschrieben, damit können aber die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst bei Weitem nicht aufgefangen werden. Das müssen wir im Rahmen der Haushaltsberatungen erneut thematisieren. Wir stehen im engen Kontakt mit der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände und suchen weiter nach Lösungen, da es den Verbänden sonst nicht mehr möglich sein wird, alle bisherigen Leistungen anzubieten. Das betrifft vor allem soziale Beratungen und die OGS. In vielen Fällen, z.B. der Drogenberatung, ist auch der Kreis in der Finanzierungspflicht, wir stehen im engen Kontakt mit der SPD-Kreistagsfraktion. Zudem müssen wir weiter Druck auf Land und Bund ausüben, um dafür zu

sorgen, dass die uns als Stadt aufgegebenen Herausforderungen auch gegenfinanziert werden. Auch die Alltagshelfer in den Schulen und Kitas müssen beispielsweise weiter finanziert werden, sie sind eine wichtige Unterstützung in den Einrichtungen.

2b) Folgen von Sparmaßnahmen – Soziale Infrastruktur sichern

Deswegen dürfen keine Einrichtungen geschlossen werden, die Unterstützung der Stadt für die Vereine und Verbände, die soziale Arbeit leisten, muss erhalten bleiben. Der Abschluss von Leistungsverträgen mit den Trägern kann Sicherheit schaffen, um auch im Fall einer Haushaltssicherung nicht an den falschen Stellen zu sparen. Dafür haben wir uns in den vergangenen Haushaltsberatungen stets ausgesprochen und daran werden wir festhalten. Und nicht nur das: die Stadt muss sicherstellen, dass zumindest Tarifsteigerungen bei den Personalkosten durch die städtischen Zuschüsse abgefangen werden.

3. Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Einen wichtigen Beitrag zu bezahlbarem Wohnraum in Paderborn leistet die von der SPD-Fraktion 2018 geforderte und auf unsere Initiative eingerichtete Wohnungsgesellschaft, die (bisher nur auf den Konversionsflächen) Wohnraum schafft. Aber das reicht nicht, städtische Flächen sind bei der Entwicklung immer unter dem Gesichtspunkt „bezahlbares Wohnen“ zu betrachten. Für andere bundeseigene Immobilien, die im Rahmen der Konversion leer geworden sind, sollte mit der BIma das Gespräch bezüglich der leerstehenden Wohnungen gesucht werden. Die Vermietung von Leerstand in der Innenstadt könnte einen weiteren Beitrag leisten, die Stadt kann da leider nur durch Gespräche Einfluss nehmen. Auch deswegen wurde das City-Management neu organisiert. Und wir sollten nichts unversucht lassen, um Wohnraum zu generieren: eine Grundsteuer C für baureife, aber unbebaute Grundstücke kann ein Anreiz sein, zu bauen. Aufstockungen und Umwidmungen von nicht mehr benötigten Büroflächen sind ein weiterer Ansatz. Auch über eine Erhöhung der Quote von 30 Prozent für geförderten Wohnungsbau bei neuen Geschossbauten sollten wir nachdenken. Leider sind die Fördermittel gedeckelt, sodass nicht alle Vorhaben durchgeführt werden können. Einfamilienhäuser werden das Problem des knappen, bezahlbaren Wohnraums in Paderborn nicht lösen. Wohnungslose erhalten in unserer Stadt wichtige Unterstützung durch die sozialen Träger, beispielsweise KIM und der SKM. Auch hier fehlt es an Wohnraum oder Unterkünften. Diese brauchen unbedingt unsere Unterstützung, an der Stelle darf die Stadt nicht sparen!

4. Richtwerte für Unterkunftskosten (SGB II / SGB XII)

Das Problem ist uns bekannt. Die Wohnungsgesellschaft bietet beispielsweise geförderten Wohnraum zu Preisen an, die im Rahmen der angemessenen Unterkunftskosten liegen. Dennoch haben wir durch den generellen Mangel an Wohnraum insbesondere für bedürftige

Personen – auch z.B. für Frauen, die im Frauenhaus sind und eine Wohnung suchen – Schwierigkeiten, passende Angebote zu finden. Eine Anpassung der angemessenen Unterkunfts-kosten obliegt dem Kreis, da hat die Stadt Paderborn leider keine Beschlussmöglichkeiten. Unser Beitrag kann darin liegen, für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen – siehe Frage 3.

5. Stärkung der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe

Da müssen wir zweigleisig fahren. Einerseits müssen Bund und Land in die Pflicht genommen werden, die uns als Kommune aufgebürdeten Aufgaben gegenzufinanzieren. Andererseits müssen wir unsere Handlungsspielräume kreativ nutzen. Dafür brauchen wir ein gutes Miteinander aller Akteure, die sich für die Menschen in Paderborn einsetzen: Verwaltung, Vereine, Verbände, Schulen, Kirchen etc. Wenn wir alle einander auf Augenhöhe und mit Respekt begegnen, können viele Schultern viele Aufgaben tragen. Und noch einmal: Leistungsverträge können Sicherheit für die Träger bieten. Im Rahmen der Haushaltsberatungen müssen die entsprechenden Ämter ihre Bedarfe anmelden. Mehr Personal bedeutet an vielen Stellen weniger Belastung, daher werden wir insbesondere im sozialen Bereich unterstützen.

6. Vergütung von Pflichtpraktika im Studium der Sozialen Arbeit

Nach unserem Kenntnisstand gibt es die berufsverpflichtenden Praktika in NRW nicht mehr. Studierende von Hochschulen außerhalb NRWs werden bei der Stadt Paderborn nach dem TVPöD (Tarifvertrag für Praktikantinnen/Praktikanten des öffentlichen Dienstes) bezahlt. Auch nach Abschaffung der verpflichtenden Praktika hat die Stadt Paderborn insbesondere im Erziehungsbereich Trainee-Stellen erhalten, die gut genutzt werden und dann zumeist auch zu einer Festanstellung führen. Auch sie werden nach TVPöD bezahlt. Die Stadt Paderborn kommt an diesen Stellen ihren Pflichten als Arbeitgeber also in vollem Umfang nach, hier sehen wir derzeit keinen weiteren Handlungsbedarf. Da die Stadt auch erheblichen Personalmangel hat, ist ihr auch daran gelegen, so z.B. zukünftige Mitarbeiter der generieren. Es gibt auch berufsbegleitende Studienmöglichkeiten.